Für ein freies Kurdistan in einem demokratischen Mittleren Osten

KURDISTAN REPORT



Nr. 141 Januar/Februar 2009 2,50 €

Im Kurdistan Report Nr. 141 Januar/Februar 2009 berichten wir über:

Impressum
Der Kurdistan Report erscheint regelmäßig

Redaktion:
W. Struwe (V.i.S.d.P.),
S. Karabulut,
B. Ruprecht, E. Millich

Kontaktadresse:
Kurdistan Report
c/o ISKU - Informationsstelle Kurdistan e.V.
Schanzenstr. 117
20357 Hamburg

Bankverbindung:
Dr. H. J. Schneider
Hamburger Sparkasse
Kto.Nr. 102 021 21 20
BLZ 200 505 50

Internet-Adresse:
www.kurdistanreport.de
k.report@gmx.de

Druck:
PrimaPrint, Köln

Preise:
Jahresabonnement
6 Exempl. 15,– Euro plus Portokosten

Einzelexempl.: 2,50 Euro

Dänemark 20 dkr.
Großbritannien 2 bp.
Norwegen 20 nkr.
Schweden 20 skr.
Schweiz 4 sfr.

Titelbild:
Demonstration für eine „Demokratische Lösung der kurdischen Frage"
Foto: DIHA

Rückseite:
Sosani – dîlana jinan/ Frauentanz 2005

Umschlag:
Entwurf und Gestaltung: Annett Bender

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Artikel, LeserInnenbriefe und Fotos sind erwünscht und werden nach Möglichkeit abgedruckt. Die Redaktion behält sich das Recht auf Kürzungen vor. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion.
Wir bedanken uns für die Unterstützung zahlreicher FreundInnen



Anders als bei Erdoğans Reise begrüßen Tausende auf den Straßen die Rundreise der DTP durch die kurdischen Ortschaften



Der Aufstand unter dem Motto „Edî bês e – Es reicht“ umfasst alle Generationen der kurdischen Gesellschaft



Die Antwort auf die Friedensbestrebungen der kurdischen Bevölkerung ist weiterhin bestimmt von Terror und Repression der türkischen Sicherheitskräfte Fotos: DIHA

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in einem Moment, in dem gerade noch die Würdigungen prägnanter Jubiläen nachklingen – 30 Jahre Gründung der PKK und damit Beginn der kurdischen Befreiungsbewegung, 15 Jahre Verbot der PKK in Deutschland –, werden zum neuen Jahr den Entwicklungen in Kurdistan vermehrt einschneidende Weichenstellungen vorausgesagt.

Sei es die im März anstehende türkische Kommunalwahl. Die wird von den ProtagonistInnen zur Richtungswahl im Kampf um die (kommunal-)politische Hoheit im türkischen Nordkurdistan stilisiert. Auf jeden Fall werden Delegationsfahrten angebracht sein, die die Ereignisse um die eine Woche nach den Newrozfeierlichkeiten stattfindende Kommunalwahl herum beobachten können.

Oder seien es die Anstrengungen der Türkei, ihr schon lange angestrebtes internationales Bündnis gegen die kurdische Befreiungsbewegung zu schmieden. Mit der Hilfe der benachbarten Hegemonialstaaten, mit internationaler imperialistischer Hilfe, mit südkurdischer Hilfe gar. Damit ihr endlich im irakischen Südkurdistan das gelänge, was sie zuhause schon nicht schafft: die propagierte endgültige Neutralisierung der PKK, wie es Cemal Bayık ausdrückt. Oder: So oder so werden die Ereignisse die Richtung weisen, die Zukunft bestimmen. Wird es die Türkei mit vereinten Kräften schaffen, wozu sie 30 Jahre nicht in der Lage war, die kurdische Befreiungsbewegung militärisch zu brechen – oder wird sich das kurdische Lösungsmodell stabilisieren, verbreitern?

Oder sei es im Falle Hasankeyfs der Entscheidungsprozess im westeuropäischen Kreditgeberlager für den Ilisu-Damm. Nach Faktenlage müsste die finanzielle Absicherung des inhumanen Mammutprojekts von hier aus abgeblasen werden. Wurden die verlangten Auflagen von der türkischen Seite bis zum Fristablauf doch in keinem Fall erfüllt. Doch man laviert, will an diesem Vorhaben beteiligt sein, ist bereit, über die Fakten und den Widerstand hinwegzubrettern. Also Obacht, um das Ilisu-Projekt zu verhindern, müssen noch große Anstrengungen gebracht werden!

Schon seit Längerem hat ja die Türkei den repressiven Zug wieder aufs Gleis gesetzt. Und wird mit der Ausweitung ihres Krieges gegen alles „Kurdische“ international wohl kaum anecken, schwimmt sie doch mit im Trend der „Terrorbekämpfung“ – als Blankoscheck gegen fundamentale Opposition. Und Hoffnung in ein mögliches Korrektiv der EU-Regularien zu setzen, scheint etwas blauäugig. Das belegt unser Artikel über den jüngsten EU-Fortschrittsbericht zum Beitritt der Türkei.

Auch die BRD hat sich dem türkischen Repressionsregime angeschlossen. Sie verschärft ihr Vorgehen gegenüber der kurdischen Bewegung mit Fahnen-, Veranstaltungsverboten … wie schon lange nicht mehr. Aber auch das passt ins Bild. Macht es Sinn (um im Vokabular des besagten Artikels über den EU-Fortschrittsbericht zu bleiben), von der BRD Protest zu erwarten z. B. wegen des Urteils gegen Leyla Zana (10 Jahre Haft und Politikverbot wegen freier Meinungsäußerung)? Von einer BRD, die mit der eigenen innenpolitischen Gesetzgebung im Zweifelsfall den Staat vor der Freiheit schützt anstatt umgekehrt? Von einer BRD, die selbst zunehmend offensiv im internationalen Verteilungskampf mitmischt?

Nun, wir wollen nicht nur schwarzmalen. Unsere Erfahrungen mit der kurdischen Freiheitsbewegung lassen uns hoffen und auf ihr kreatives Potential vertrauen. Die Bewegung arbeitet seit nunmehr 30 Jahren am Aufbau einer menschenwürdigen, selbst organisierten, demokratischen Gesellschaft. Stehen wir der kurdischen Bevölkerung weiterhin solidarisch zur Seite.

Auf ein erfolgreiches Jahr 2009!

Ihre Redaktion

2009: Ein entscheidendes Jahr in der kurdischen Frage

Entweder gestärkte demokratische Selbstverwaltung oder ...

Songül Karabulut

Alle Anzeichen am Ende des Jahres 2007 deuteten auf ein bevorstehendes schwieriges Jahr hin, was sich leider bestätigte. Die Einsicht, dass die gegenwärtigen Probleme unserer Welt nicht mit dem Politikverständnis des letzten Jahrhunderts zu lösen sein werden, blieb auch in diesem Jahr aus. Es wurde weiterhin auf Militäreinsätze und Aufrüstung, neoliberale Wirtschaftspolitik, auf Abbau von Demokratie und Freiheit gesetzt. Dieses Beharren einer kleinen Clique aus Politik und Wirtschaft hat das Leben von Milliarden von Menschen direkt negativ beeinträchtigt. Zerstörung, Leid, Folter und Tod infolge anhaltender Kriege, Anstieg von Armut und Arbeitslosigkeit infolge falscher Wirtschaftspolitik, Umweltzerstörung als Resultat rücksichtsloser Produktionsverhältnisse und Gier waren die Folgen. Gruppen, Völker und Klassen, die von der falschen Politik des Systems direkt betroffen waren, versuchten immer wieder auf den Charakter dieses Weltsystems zu verweisen, ohne erhört zu werden. Aber erst mit der Finanzkrise wurde begonnen, das System wenn auch nur sehr begrenzt zu hinterfragen. Ein Sprichwort besagt: Das Feuer verbrennt die Stelle, auf die es fällt. Jetzt ist die ganze Welt von diesem Feuer betroffen, denn die Wirtschaftskrise ist flächendeckend.

Die politischen Entwicklungen im Mittleren Osten stehen in unmittelbarer Beziehung zur allgemeinen Weltpolitik. Mit Lügen, Krieg und Gewalt wird seit Jahren versucht, die Neuordnung der Welt beginnend im Mittleren Osten zu erzwingen. Alles, was sich dem widersetzt, wird mit dem Modewort dieses Jahrhunderts „Terrorist“ belegt, auf diese Weise wird seine Bekämpfung legitimiert. Zum einen gibt es klare Polarisierungen und auf der anderen Seite ist nicht klar, wessen Hand in wessen Tasche steckt. Die Interessenbeziehungen sind daher äußerst verstrickt und undurchsichtig. Der Kampf um Energiequellen tritt, wie wir in Georgien beobachten konnten, immer mehr in den Vordergrund. Dieser Konflikt stärkt auch die Rolle des Mittleren Ostens und den Ländern in der Region die Hand als politische Akteure. Die Türkei gehört zu diesen Staaten. Sie hat in der Region eine strategische Funktion, ist aber aufgrund der ungelösten kurdischen Frage in ihrem Handlungsspielraum eingegrenzt. Der ehemalige hochrangige CIA-Vertreter Graham Fuller umschrieb die Situation der Türkei vor Kurzem gegenüber dem türkischsprachigen BBC-Sender mit den Worten: „Die Türkei ist von der kurdischen Frage gefangen. Nur ein zufriedenes Diyarbakır kann in der Außenpolitik der Türkei ein wichtiges Mittel darstellen.“

Die Türkei ist aber weit davon entfernt, dieser Realität entsprechend einen politischen Kurs der friedlichen Konfliktlösung einzuschlagen. Sie ist wie besessen davon, die kurdische Frage mit militärischen Mitteln zu beenden, und führt auf diese Weise das Land immer tiefer in die Krise. So fährt die türkische Armee nun seit über einem Jahr mit parlamentarischem Mandat grenzüberschreitende Militäroperationen gegen die kurdische Befreiungsbewegung in Südkurdistan (Nordirak). Wie erwartet hat das Parlament das zuvor auf ein Jahr begrenzte Mandat um ein weiteres Jahr verlängert. Der Vorwand für die grenzüberschreitenden Operationen, die PKK-Guerillas würden in Südkurdistan sitzen und die Türkei angreifen, wurde durch die landesweiten militärischen Aktionen der kurdischen Guerilla widerlegt. Sie sind innerhalb der Türkei schlagkräftiger als je zuvor. Ungeachtet dieser Tatsache bombardieren türkische Kampfeinheiten seit dem 29. November mit aktiver Unterstützung Irans und der Zustimmung der USA täglich Südkurdistan. Die Bilanz der einjährigen grenzüberschreitenden Militäroperationen fiel für die Türkei negativ aus. Nun wird an einem Kriegsbündnis gezimmert, in das neben der Türkei, den USA, Iran auch die südkurdischen Kräfte und Irak einbezogen werden sollen. Zu diesem Zwecke werden unterschiedliche Gespräche mit irakischen Vertretern und der Regionalregierung Kurdistan geführt, offen und geheim. Sollte es der Türkei gelingen, dieses Bündnis auf die Beine zu stellen, wäre dies nichts Neues, nichts was nicht schon ausprobiert wäre. In den 90er Jahren hat die Türkei mehrmals gemeinsam mit den südkurdischen Peschmerga gegen die PKK-Guerilla Krieg geführt, ohne weder die PKK vernichten noch die kurdische Frage militärisch lösen zu können. Ein solches Bündnis würde im Vergleich zu früher aufgrund der veränderten Lage in der Region lediglich zu noch mehr Instabilität führen und die ohnehin bestehende Krise und das Chaos vertiefen. Wenn man sich die über Wochen anhaltenden Volksaufstände in allen kurdischen Städten sowie in den Orten außerhalb Kurdistans, in denen Kurden leben, vor Augen führt, die aus Protest wegen der Information entflammten, dass der kurdische Volksvertreter Abdullah Öcalan in der Haft gefoltert und mit dem Tod bedroht wurde, sind die Ausmaße eines

solchen Kriegsbündnisses nicht schwer vorstellbar. Die Proteste spitzten sich zudem zu, als der türkische Ministerpräsident Tayyip Erdoğan eine Reise nach Diyarbakır unternahm. Er wurde von einer Geisterstadt empfangen, niemand ging zum Empfang, alle Läden blieben geschlossen, die Schulen wurden boykottiert und aus Protest waren die Straßen voller Müll. Die Bewohner von Diyarbakır erteilten der Regierung mit ihrem Protest eine klare Absage. Anstatt diese Reaktion zum Anlass zu nehmen, um seine gescheiterte Politik zu überdenken, setzte Erdoğan noch eins drauf und rief die Kurden dazu auf, doch das Land zu verlassen, wenn sie nicht für „einen Staat, eine Nation und eine Flagge" seien. Die politischen Entwicklungen in der Türkei haben eine dem von der AKP anfänglich verlautbarten Verlauf entgegengesetzte Richtung genommen. Zum *Internationalen Tag der Menschenrechte* haben alle nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen auf die verschlimmerte Menschenrechtssituation in der Türkei hingewiesen. Erwartungen an die AKP, eine Regierung der Lösung zu sein, sind inzwischen erloschen. Auch in Europa scheint man realistischer geworden zu sein, denn die anfänglichen euphorischen Berichterstattungen über die AKP sind in kritische umgeschwenkt.

Wahlen sind ein wichtiger Bestandteil der gegenwärtigen Diskussionen. Nachdem die US-Wahlen zugunsten von Barack Obama und den Demokraten entschieden wurden, ist für das nächste Jahr vor allem in Deutschland Wahlkampfstimmung angesagt. Bis zu vier Wahlen (Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahl) werden hier die Tagesordnung bestimmen. Auch der Türkei steht ein wichtiger Wahlprozess bevor. Im März 2009 finden dort Kommunalwahlen statt. Sowohl für die AKP, die sich mit Erfolg gegenüber dem „tiefen Staat" und Militär als Alternative gegen die DTP vermarktet hat, als auch für die Kurden sind sie von großer Bedeutung. Es wird keine Kommunalwahl sein, wie wir sie kennen, sondern eine mit viel größeren Auswirkungen. Die kurdische Seite hat erklärt, dass die Kommunalwahlen zwischen den Kurden und der AKP, die für den türkischen Staat steht, ausgefochten werden. Dies ist nicht übertrieben, wenn man bedenkt, dass die AKP u. a. aufgrund ihrer Mission, als Alternative gegen die DTP zu fungieren, einem Parteiverbot entgangen ist. Alle Konflikte zwischen AKP und Militär sind außer Sicht. Es ist anzunehmen, dass sie nicht behoben, sondern lediglich verschoben wurden. Sollte es der AKP nicht gelingen, den Einfluss der DTP bei den Wahlen zurückzudrängen, was im Allgemeinen erwartet wird, wird sie die Konsequenz dafür tragen müssen. Das weiß sie auch. Aus diesem Grunde wird sie alles in ihrer Macht Stehende unternehmen, um die Wahlen zu ihren Gunsten und somit zugunsten des Staates zu entscheiden. Die jüngst verhängte Gefängnisstrafe von zehn Jahren gegen die prominente kurdische Politikerin Leyla Zana ist ein konkretes Anzeichen dafür. Mit dieser Strafe soll im Vorfeld ihre mögliche Kandidatur verhindert und ihre aktive Teilnahme am Wahlkampf unmöglich gemacht werden. Andere Verbote und Urteile in dieser Richtung sind auch für weitere kurdische Politiker nicht ausgeschlossen.



„Die Lösung der kurdischen Frage ist nicht in den USA, nicht im Irak, die Lösung ist auf Imralı"

Neben der Anwendung von Repressionspolitik, Verboten und Einschüchterung führt die AKP mit der Instrumentalisierung des Islam einen ideologischen Kampf in den kurdischen Gebieten. Nach Agenturmeldungen vom 10. Dezember hat die AKP-Regierung im Haushaltsplan 2009/2010 für eine Eilaktion 53,652 Mio. YTL [*ca. 25,5 Mio. EUR*] für Neubau und Instandhaltung von Moscheen in den kurdischen Gebieten bewilligt. Zudem sollen vor allem Frauen als Imame für Überzeugungsarbeit in Kurdistan eingesetzt werden. Zuvor hatte die AKP die Thematisierung der Religions- und der Frauenfrage gegen die DTP angekündigt. Sie setzt darauf, den Emanzipationsprozess in Kurdistan zurückzudrängen, indem feudale Werte in Kurdistan geschürt und wiederbelebt werden. Es ist bekannt, dass die kurdische Bewegung sowohl in der Frauen- als auch in der Religionsfrage das Land von Rückständigkeiten befreit. Eine starke Frauenbewegung und Frauenemanzipation ist in Kurdistan gar nicht mehr wegzudenken. Die 40-%-Frauenquote bei der DTP zum Beispiel ist eine Errungenschaft dieses Emanzipationsprozesses. Nun versucht die AKP, diese für sich zu beanspruchen, und tritt neuerdings als Frauenrechtlerin auf. Es ist noch nicht einmal ein Jahr her, als Erdoğan öffentlich alle Frauen aufgefordert hatte, mindestens drei Kinder zur Welt zu bringen.

Die angeblich laizistisch-kemalistischen Kräfte der Türkei, die Fahnenkundgebungen gegen die AKP zur Verteidigung des Laizismus organisierten, scheinen keine Probleme damit zu haben, dass der Islam nun gegen die Kurden instrumentalisiert und ausgebaut wird.

Schon jetzt ist zu erkennen, dass das Jahr 2009 ein entscheidendes Jahr für die Türkei und für die Kurden sein wird. Wird aus den Kommunalwahlen und den politischen Entwicklungen der Lösungsansatz der Kurden einer demokratischen Selbstverwaltung gestärkter hervorgehen oder wird der militärische Lösungsansatz der Türkei auf der Grundlage der Verleugnung sich noch weiter auf die Region ausweiten? Das ist die zentrale Frage, die das neue Jahr bestimmen wird. ♦

Ahmet Türk zu den bevorstehenden Kommunalwahlen am 29. März

… werden es der AKP schon zeigen!

Interview mit Ahmet Türk, Vorsitzender der DTP

Der Vorsitzende und zugleich Abgeordnete der DTP in Mardin, Ahmet Türk, erklärte, die AKP habe während des Verbotsverfahrens gegen sich konkrete Absprachen mit den konservativen Kräften gehabt. Und weiter: „Die AKP hat die konkrete Aufgabe, die DTP aufzulösen und alle geschaffenen Entwicklungen zunichtezumachen. Weil wir uns dagegenstellen, werden wir zur Zielscheibe gemacht." „Wir als DTP haben der AKP die Maske, hinter der sie sich versteckt, heruntergerissen." „Sowohl die kurdische Bevölkerung als auch alle anderen Demokratie-Kräfte werden es in der jetzt auf uns zukommenden Zeit der AKP zeigen." Türk beantwortete die Fragen von ANF zu Erdoğans letzten Äußerungen, den bevorstehenden Wahlen und der Dachpartei.

In den letzten Tagen hat Erdoğan die DTP in einigen Reden, in denen sie auch erniedrigt wurde, zur Zielscheibe gemacht. Was bezweckt er?

Erdoğan hat mehrere Gründe, die DTP zur Zielscheibe zu machen. Der erste ist die mit dem Verbotsverfahren gegen die AKP begonnene Phase, in der diese AKP Übereinkünfte und konkrete Absprachen mit den konservativen Kräften hatte. Wichtig ist natürlich auch die Frage, wie sie dazu gekommen sind. Die AKP spielte nämlich an dem Punkt, an dem die offizielle Ideologie zusammengebrochen war, die politische Rolle, anscheinend eine dieser Ideologie widersprechende Haltung einzunehmen. Wäre die AKP verboten worden, hätte es keine Partei mehr gegeben, die in den kurdischen Gebieten die offizielle Ideologie hätte repräsentieren können. Und das hätte der Regierung nicht gefallen.

Der zweite Grund ist, dass die DTP eine demokratische Opposition darstellt. Mit ihrer Mentalität nimmt sie die demokratischen Kräfte in der Türkei ernst und ist an einer Veränderung interessiert. Die Türkei jedoch hat Angst davor und versucht daher mit allen Mitteln, dies zu verhindern. Sie fühlen sich gestört, weil die DTP sowohl hinsichtlich dieses Ziels und der hierfür verwendeten Mittel als auch gegenüber dem System mit offenen Karten spielt.

Und der dritte Grund ist, dass die DTP den Knoten in der Lösung der kurdischen Frage offenlegt und auf ihrer friedlichen Lösung beharrt.

Erdoğan hatte 2005 in Diyarbakır eine Rede gehalten. Es hatte den Anschein, als ob er von der kurdischen Frage eine zur offiziellen Ideologie unterschiedliche Auffassung habe …

Das stimmt. Die AKP hatte der kurdischen Bevölkerung gewisse Versprechen gemacht. Heute hält sie sich nicht daran. Da wir dies aufgedeckt und ihre Maske, hinter der sie sich verstecken, heruntergerissen haben, wollen sie uns zum Schweigen gebracht wissen. Die Lösung der kurdischen Frage würde die Einleitung einer demokratischen Phase bedeuten. Die anderen Parteien stellen keine ernsthafte Opposition dar. Sie fühlen sich gestört, weil wir die Wahrheit sagen und mit konkreten Daten und Angaben kommen. Die AKP hat die konkrete Aufgabe, die DTP aufzulösen und alle geschaffenen Entwicklungen zunichtezumachen. Weil wir uns dagegenstellen, werden wir zur Zielscheibe gemacht.

Wie wirkt sich der Wandel der AKP auf die kurdischen Regionen aus?

Vor der Parlamentswahl 2007 ist die kurdische Bevölkerung schon davon ausgegangen, dass es sich bei der AKP um eine Partei handelt, die außerhalb der offiziellen Ideologie steht und agiert. Sie war in dem Glauben, dass die AKP für eine Veränderung etwas machen kann. Die AKP äußerte sich dahin gehend auch konkret und machte Propaganda. Heute, wo wir es geschafft haben, die Maske der AKP zu lüften, hat sich auch der Blickwinkel der kurdischen Bevölkerung verschoben. Ich weiß, dass viele, die ihre Stimme damals für die AKP abgegeben haben, heute sagen: „Hätte ich doch bloß nicht …" Ich denke, dass die kurdische Bevölkerung bei den anstehenden Kommunalwahlen der AKP schon die nötige Zensur geben wird.

Außer den Kurden haben ja auch liberale und andere demokratische Kreise rege Kritik an der AKP. Wie wird es sich auf sie auswirken, wenn auch diese Kreise ihre Unterstützung zurückziehen?

Auch die liberalen, demokratischen und intellektuellen Kreise gingen davon aus, dass die AKP sich außerhalb der offiziellen Ideologie positionieren werde,

die Demokratisierung voranbringen und auch den EU-Beitrittsprozess beschleunigen könne. Auch sie haben sich geirrt. Auch diese Kreise haben nun gemerkt, dass die AKP kein Interesse an einer Demokratisierung und nicht das Potential für eine Veränderung der Türkei hat. Diese Haltung ist natürlich wichtig.

Was wird Ihre grundlegende Strategie bei den Kommunalwahlen sein? Was hat sie für eine Bedeutung Ihrer Meinung nach?

Der Ministerpräsident hat jetzt, wo die Kommunalwahlen anstehen, die Latte höher gehängt. Er hat es zugespitzt, ob die Kurden der DTP oder der AKP ihre Stimmen geben werden. Wir wollten nicht, dass eine Kommunalwahl dahin kommt. Der Herr Ministerpräsident ist geradezu hinter der Eroberung Diyarbakırs her. Dies hat natürlich dazu geführt, dass wir die Wahlen ernster nehmen. Der Ministerpräsident sagt: „Meine kurdischen Bürger werden mir ihre Stimmen geben." Nein, die Kurden haben Dir ihre Stimmen gegeben, weil sie die Erwartung, die Hoffnung und den Eindruck hatten, dass Du die kurdische Frage lösen wirst. Aber Eure Maske ist gefallen. Ich bin überzeugt, dass sowohl das kurdische Volk als auch andere demokratische Kreise eine ernsthafte Haltung gegenüber diesen Winkelzügen der AKP zeigen und diese Prüfung mit Erfolg bestehen werden.

Was sind Ihre zahlenmäßige Ziele, wie viele Bürgermeisterposten wollen Sie erreichen?

Wir haben eine Zeit hinter uns, in der wir, weil wir die Wahrheit ausgesprochen und die Bedürfnisse des Volkes geäußert haben, ausgeschlossen und als „Verräter" bezeichnet worden sind. Nachdem aber auch die ganze kurdische Bevölkerung diese Mentalität bemerkt hat, gehe ich davon aus, dass sie in allen Städten, Kreisstädten, Stadtteilen und Bezirken die nötigen Antworten geben wird. Daher halte ich es nicht für nötig, eine zahlenmäßige Einschätzung abzugeben.

Die DTP hat erklärt, dass sie in Orten ohne DTP-Kandidatur demokratische Kandidaten unterstützen werde. Was sind denn hier die Maßstäbe für Sie?

Wir werden natürlich überall, wo es geht, Kandidaten aufstellen. Wir haben aber auch erklärt, dass einige Orte aufgrund der Struktur dort sensibel gehandhabt werden müssten. Daher werden wir darauf achten, dass in den Orten, in denen das linke demokratische Spektrum eine Chance hat, auch unsere Unterstützung vorhanden ist. Dies werden wir aber mit den Demokratiekräften selbst vereinbaren.

In Ankara erklärte Gökçek, dass Sie den SHP-Vorsitzenden Karayalçın unterstützen würden. Haben Sie solch einen Beschluss gefasst?

Gökçek [*AKP-Bürgermeister von Ankara*] gibt solche Erklärungen ab, um rassistische, nationale Kreise auf seine Seite zu bekommen. Wir haben solch einen Beschluss nicht gefasst. Hierbei handelt es sich lediglich um Spekulationen. Sollte es jedoch Personen geben, die konkrete Projekte für eine demokratische Zukunft haben, die das Bedürfnis einer Demokratisierung sehen und es verinnerlicht haben oder die Respekt vor den Werten der kurdischen Bevölkerung haben und sich für eine Lösung der kurdischen Frage einsetzen, werden wir diese natürlich auch zusammen mit den anderen demokratischen Kräften unterstützen.

Es gibt Bestrebungen, auch von Ihnen, zum Aufbau einer Dachpartei. Wie laufen die Vorbereitungen und in welchem Stadium befindet sich das Projekt?

Wir halten die Gründung einer Dachpartei für überaus notwendig. Es ist an der Zeit, dass sich die Demokratiekräfte in der Türkei für eine wahre Veränderung zusammenschließen. Die AKP kann einen Wandel trotz ihrer 49 % der Stimmen nicht herbeiführen. Weil sie nicht die Überzeugung und auch nicht die Kultur dafür hat. Eine Formation ist vonnöten, die das Gewissen der Arbeiter, der Türken, der Kurden, der Aleviten und Sunniten sein kann. Um dieses Bedürfnis abzudecken, arbeiten wir mit all unserer Kraft.



Ahmet Türk in Urfa Foto: DIHA

Wer wird in dieser Formation alles teilnehmen?

Wir sind dabei, Gespräche mit Vertretern verschiedener politischer Parteien, Intellektuellen, mit Wirtschaftskreisen, Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu führen. In naher Zukunft wird es eine Initiativgruppe geben, die aufrufen wird. Auf einer zweitägigen Tagung wird diese Initiativgruppe die Bedürfnisse solch einer Dachpartei diskutieren und versuchen, Schritte zu konkretisieren, wie solch eine Dachpartei aufgebaut werden kann.

Wann wird diese Gruppe tagen?

Ich denke, in einigen Tagen wird sowohl das Datum als auch der Ort der Tagung bekannt gegeben. Nach dieser Tagung wird dann eine Aktionsgruppe gegründet werden, die die weiteren anfallenden Vorbereitungen und Arbeiten erledigen wird. ♦

Duran Kalkan zur Politik der AKP und den Kommunalwahlen im März

Uns steht der Staat gegenüber

Interview mit Duran Kalkan, KCK, aus *Yeni Özgür Politika,* 18. November 2008

Duran Kalkan: Diese Wahlen sind weitaus mehr als nur Kommunalwahlen. In Kurdistan stehen wir nicht der AKP, sondern dem Staat gegenüber. Die KurdInnen sollten ihre Ehre und den Stolz hochhalten und ihre Stimmen nicht verkaufen. Gewinnen ist nur über ausreichende Arbeit möglich.

Die AKP kam an die Macht, indem sie dem Volk versprach, sich für Demokratie einzusetzen. Nun jedoch ist seit Langem zu beobachten, dass sie eine nationalistische Linie verfolgt. Wie bewerten Sie diese Veränderung?

Fehmi Koru ist einer der Schriftsteller, der die AKP am stärksten unterstützte. Nach dem Wahlsieg Obamas jedoch vergleicht er die Situation der AKP mit derjenigen in den USA. Er sagt, dass Tayyip Erdoğan wie Obama an die Macht gekommen und nun jedoch in die Rolle Bushs gefallen sei. Fehmi Koru war Schulfreund Abdullah Güls während ihrer Londoner Schulzeit. Er ist seit Jahren Theoretiker für die AKP, er soll am intensivsten Propaganda für sie machen. Das nicht nur, nachdem die AKP an die Macht kam. Jetzt hat sogar eine solche Person die Situation, in welche die AKP geraten oder gebracht worden ist, mit derjenigen Bushs verglichen, sie hat also ihre Ansichten geändert.

Die AKP kam durch große Wahlversprechen gegenüber der Bevölkerung an die Macht. Sie benutzte vor allem ein Vokabular des „Linksspektrums". Das Regime brauchte eine Partei, welche die Stimmen und die Unterstützung der Bevölkerung einfangen, allein regieren und somit das Volk lenken kann. Eine solche Partei wurde vor allem für die kurdische Frage und für Kurdistan benötigt, um die Sympathie der Menschen für die PKK zu verringern, sie hinzuhalten und somit die Grundlage für die Leugnungs- und Vernichtungspolitik schaffen zu können. Dafür brauchte das Regime eine Partei, die an die Macht kommt. Die AKP erkannte dies früh und nutzte die Chance gut. Sie erkannte früh, dass der Staat im Kampf gegen die KurdInnen Unterstützung braucht, vor allem aber auch, dass der Generalstab an diesem Punkt große Schwierigkeiten und Schwäche gezeigt hat. Die AKP hat auf dieser Strategie aufgebaut. In diesem Punkt unterstützten sie natürlich auch das Militär und die USA eben aufgrund dieser benötigten Hilfe. Die AKP wurde als Partei betrachtet, die das internationale Komplott fortsetzen und zum Erfolg bringen würde. Das internationale Komplott richtete sich an Imralı und sah die ideologisch-politische Eliminierung unseres Präsidenten Abdullah Öcalan vor. Nach dem Scheitern der Regierung des Sozialdemokraten Ecevit damit wurde die Rechnung aufgemacht, dieses Mal den politischen Islam Fuß fassen und eine AKP-Regierung unter Erdoğan es vollenden zu lassen. Dass die kurdische Bevölkerung dem moslemischen Glauben angehört und religiösen Aussagen auch Gehör schenkt, wurde ausgenutzt. Alle Maßnahmen unter Führung der AKP hatten zum Ziel, die Überzeugung und die Verbundenheit der kurdischen Bevölkerung mit unserem Präsidenten und der PKK zu schwächen. Dadurch die kurdische Befreiungsbewegung zu marginalisieren. Anschließend zu eliminieren. Auch das hat die AKP ausgenutzt.

Wie ist die AKP politisch zu bewerten?

Die AKP ist eine pragmatische Partei. Sie ist von jeglichen Grundsätzen und Prinzipien frei, sie schwimmt auf der Konjunktur und nährt sich von außen. Mit diesen Eigenschaften ist sie in der Türkei vielleicht sogar die schwächste Partei. Sie neigt zum politischen Opportunismus, um jede Situation bewältigen zu können. So hielt sie sich bisher an der Macht. In der kurdischen Frage hat sie auch erstmal nach Bedürfnissen geschnuppert und sich anschließend entsprechend geäußert. Genau dies konnte man den Aussagen Erdoğans beim Empfang einer Gruppe Intellektueller in Ankara direkt entnehmen. Dasselbe gilt für seine Reden damals in Amed. Dies waren offene und wichtige Worte, und wäre er ihnen treu geblieben, wären es in der Tat mutige Worte gewesen. Der Generalstab jedoch hat in dieser Situation scharf interveniert. Wenn auch innerhalb einer nur kurzen Zeitspanne, es gab heftige Diskussionen. Die AKP hat also registriert, dass die vom Generalstab gelenkte Phase im Rahmen der Staatspolitik auf der Grundlage der Leugnung und Vernichtung weitergehen wird. Zwar leistete die AKP dagegen Widerstand, jedoch nur, um sich etwas teurer zu verkaufen. Am Ende hat sie sich mit dem Generalstab geeinigt und der Vernichtungs- und Leugnungspolitik ergeben. Gleich im Anschluss hatte Erdoğan seine Worte von Ankara und Amed vergessen.

Nach den Vorfällen von Şemdinli 2005 gab es rege Verhandlungen zwischen AKP und Militär. Für die AKP war das Ziel natürlich, an der Macht zu bleiben, was sie als Höhepunkt dieser Verhandlungen auch aushandeln konnte. Im Gegenzug nahm sie eine anti-kurdische Haltung ein und richtete ihre Politik dementsprechend aus. Sie zog die klassische Leugnungs- und Vernichtungspolitik vor und akzeptierte die Funktion als politischer Arm des Krieges gegen die PKK. Genau nach diesem Zeitpunkt fanden heftige militärische Auseinandersetzungen statt. 2006 wurde ein umfangreicher Angriffsplan gestartet. Die chronische Vergiftung unseres Präsidenten Abdullah Öcalan war sogar Teil dessen, Militäroperationen gegen unsere Guerilla und Angriffe auf die Bevölkerung ebenso. Im Endeffekt führten der Widerstand von Guerilla und Bevölkerung und der von Öcalan erklärte fünfte einseitige Waffenstillstand ab dem 1. Oktober 2006 dazu, dass all diese Pläne ins Leere liefen und erfolglos blieben. Angesichts dessen intensivierte der Generalstab die Angriffs- und Unterdrückungsphase und versuchte, die AKP noch weiter zu zähmen. In dieser Atmosphäre veröffentlichte er dann am 27. April 2007 das militärische Memorandum, nach den Vorfällen von Şemdinli seine zweite große Intervention. Erdoğan sah keine anderen profitablen Wege mehr und wagte auch keine mutigen oppositionellen Schritte. Er verstand die Botschaft des Generalstabs natürlich recht gut. Im anschließenden Gespräch zwischen ihm und Yaşar Büyükanıt im Dolmabahçe-Palast kamen sich Regierung und Militär durch verschiedene Einigungen wieder näher, woraufhin vorgezogene Neuwahlen für den 22. Juli 2007 anberaumt und kurdische Befreiungsbewegung und Bevölkerung im Rahmen eines umfangreichen Konzepts angegriffen wurden. In diesem Zusammenhang gab es Bündnisse mit den USA und dem Iran. Das heißt also, dass die Türkei seit Dezember 2007 PKK und kurdische Befreiungsbewegung mithilfe der USA, deren Verbündeten und des Iran sowie deren Front militärisch als auch anderweitig bekämpft.

Welche Bedeutung haben die Äußerungen Erdoğans in Hakkari?

Was Tayyip Erdoğan in Hakkari von sich gegeben hat, ist unmissverständlich. Er sagte: „Alle diejenigen, die nicht zufrieden sind, können das Land verlassen." Teile der Öffentlichkeit haben es dem faschistischen „Entweder ihr liebt das Land oder ihr verlasst es!" gleichgesetzt. Noch während seine Aussage kommentiert wurde, leugnete er sie. Aber seine Worte bedeuten nichts anderes als das, wie sie kommentiert wurden. Er geht noch weiter und redet von „einem Volk, einem Staat, einer Sprache und einer Fahne". Er sagt: „Gibt es jemanden, dem es nicht gefällt, so kann er gehen." Wenn es nur eine Sprache gibt, heißt das, dass es Kurdisch nicht geben wird. Wenn es ein Volk sein soll, heißt das, dass es die KurdInnen nicht gibt. Eben das kann man aus seinen Worten verstehen. Alle, die dies nicht akzeptieren, sollen gehen, sagt er. Wohin sollen sie gehen?

Dies ist die verbale Grundlage eines Völkermords. Es bedeutet eine Zwangspolitik, die Menschen zwangsweise wegzuschicken, einem Volk sein Land zu entziehen, sie aus ihrem Land hinauszuschmeißen. Die Rolle, die die AKP zurzeit spielt und übernommen hat, ist überaus gefährlich. Sie soll einen Völkermord an den KurdInnen praktizieren. Sie ist nicht in der Lage, eine andere Lösung zu finden. Sie ist Sprachrohr für rassistische und faschistische Verlautbarungen. „Eine Sprache, ein Staat, eine Fahne und ein Volk" hat eben diese Bedeutung. Und was ist mit der Farbe der KurdInnen? Was ist mit der Sprache der KurdInnen? Sind die KurdInnen also gezwungen, ohne ihre Identität zu leben? Dürfen sie sich also nicht selbst verwalten? Wo ist denn dann die Demokratie geblieben? Es wird doch immer davon gesprochen, es gebe Demokratie. Wenn alles zentralisiert wird, alles in der Macht von Erdoğan stehen soll und die KurdInnen nicht die Möglichkeit zur Selbstverwaltung haben werden, wie kann man da von Demokratie sprechen?

Die Taktik der AKP ist es, im Falle eines Sieges bei den kommenden Kommunalwahlen nach außen der Öffentlichkeit und dem Ausland gegenüber als Repräsentanten der KurdInnen aufzu-



In den Ortschaften in Nordkurdistan wurden die DTPler bei ihrer Rundreise immer von Tausenden begrüßt – hier in Şırnak Foto: DIHA



Empfang der DTPler in Batman Foto: DIHA

treten. Deren Kampf für Freiheit, Gleichheit und der Kampf für Demokratisierung sollen marginalisiert werden. Basierend auf dieser dann gewonnenen „Macht“ wird sie auch versuchen, ein Abkommen mit der KDP zu schließen, das deren staatlichen Status seitens der Türkei anerkennen, jedoch die Nichteinmischung der KDP in die kurdische Frage in den anderen Teilen Kurdistans festlegen wird. Wenn dazu noch die vorgesehene Unterstützung der USA kommt und die politische Konjunktur es zulässt, wird dann eine Umsiedlung der kurdischen Bevölkerung auf die Tagesordnung kommen. Gegenwärtig laufen die Vorbereitungen hierfür.

Sowohl die AKP als auch der Staat orientieren sehr stark auf die Kommunalwahlen. Wie bewerten Sie das?

Die Kommunalwahlen wurden von der AKP geradezu zu einem Referendum stilisiert. Das muss zunächst einmal von allen gesehen und verstanden werden. Sie hat schon vor Monaten, ja sogar schon vor Jahren mit den Investitionen in diese Wahlen begonnen. Nun organisieren sie Versammlungen überall, wurden Wahleinsatzgruppen mit jeweils Hunderten Leuten gebildet, die die nötigen Arbeiten ausführen. Das Ziel hierbei ist klar: Sie wollen in allen kurdischen Städten, Stadtteilen, Gemeinden und Kreisen gewinnen, um somit die Kommunalpolitik in die Hand zu bekommen. Was Erdoğan zuvor ja auch propagiert hatte, jüngst öffentlich: „Wir werden auch Dersim und Amed bekommen.“ Schon jetzt also haben die Wahlen die Qualität eines Referendums. Die AKP verfügt über das ganze Staatsbudget. Und zu Geldern stehen ihnen alle Türen offen.

Grenzenlose Finanzmittel werden unter dem Vorwand des GAP veruntreut, die dann für ihre Wahlpropaganda eingesetzt werden. Niemand sieht das und niemand geht auch näher darauf ein. Obwohl die AKP diese Gelder für die eigene Wahlpropaganda benutzt. Sie versucht, die Stimmen der Menschen mit Geld zu kaufen. In Kurdistan steht uns nicht die AKP, sondern der Staat gegenüber. In Kurdistan wird die AKP im Namen des Staates zur Wahl antreten. Sie wird also alle zur Verfügung stehenden staatlichen Mittel dafür verwenden. Allen voran die kurdischen politischen Kräfte, die Demokratiekreise und auch das kurdische Volk sollten das beobachten. Es muss entlarvt werden. Aber leider lässt sich das noch nicht absehen, obwohl die Intellektuellen, SchriftstellerInnen, die Presse hinter solchen Informationen her sein und sie aufdecken sollten.

Wie sollten sich die KurdInnen auf die Kommunalwahlen vorbereiten?

Sie sollten die Spiele, die mit ihnen gespielt werden sollen, aufdecken und ihnen keinen Boden bieten. So wie sie gegen die Verhaftungen, die Folter und die Unterdrückung Widerstand geleistet haben, so sollten sie auch gegenüber der Stimmenkauftaktik der AKP Widerstand leisten. Sie sollten ihre Ehre und den Stolz hochhalten und ihre Stimmen nicht verkaufen. Am 22. Juli [*zur Parlamentswahl*] sagte das Volk: „Die Stimme ist die Ehre – die Ehre wird nicht verkauft.“ Diese Haltung sollte auch dieses Mal bei den Kommunalwahlen stärkere Verbreitung finden. Daneben sollten auch die demokratischen politischen Kräfte organisierter und bewusster auftreten und arbeiten. Sie sollten nicht zu spät anfangen, sondern jetzt schon mit der Wahlpropaganda beginnen.

Als Zweites ist es wichtig, eine Einheit zu bilden und als Einheit aufzutreten. Die breitestmögliche demokratische Einheit sollte geschaffen werden.

Als Drittes ist es wichtig, die KandidatInnen gut auszusuchen, KandidatInnen aufzustellen, die im Volk Anerkennung und Akzeptanz genießen. Diejenigen, die ihre Aufgaben am ehrlichsten, am besten und erfolgreichsten erledigen können, diejenigen, die dem Volk dienen werden und an nichts anderes denken, sollten aufgestellt werden. Daher ist ihre Auswahl sehr wichtig.

Und als Viertes, die Wahlkampagnen und -propaganda sollten gut organisiert werden. Die AKP sucht jede einzelne Person auf, Haus für Haus. Warum sollen denn die Demokratiekräfte das nicht machen? Warum sollen sie denn nicht Klinken putzen, jede/n WählerIn einzeln besuchen und versuchen, sie zu überzeugen? Sich nur auf allgemeine Aufrufe zu beschränken bietet keine Erfolgsgarantie. Im Gegenteil: Frauen, Männer, ältere Menschen, ja sogar Kinder aufzusuchen und mit ihnen zu reden, sie kennenzulernen und um ihre Stimme zu bitten, das ist die Weise, wie gearbeitet werden sollte. Das ist nicht peinlich und auch nicht falsch. Gewinnen kann man nur durch ausreichendes Arbeiten. Daher sollte jetzt schon mit einer kraftvollen Wahlkampagne und richtigen, konstruktiven Wegen und Methoden begonnen werden. ♦

Verhandlungen zwischen Türkei und Südkurdistan:

Gemeinsames Ziel ist die Neutralisierung der PKK

Interview mit Cemil Bayık, KCK

Das Interview von Agit Erdal mit Cemil Bayık wurde am 21. November 2008 in der *Yeni Özgür Politika* veröffentlicht.

Wie bewerten Sie die jüngsten Beziehungen der Türkei zur Regionalregierung Kurdistan?

Es ist allgemein bekannt, dass die Regionalregierung Kurdistan und die Parteien im Süden Kurdistans im Rahmen der Politik der USA bemüht sind, ihre Beziehungen zur Türkei zu entwickeln. Sie wollen von der Türkei anerkannt werden, um ihre Position offiziell zu sichern. Die Türkei verweigert aber bis heute der Regionalregierung Kurdistan die Anerkennung und lehnt auch jede Beziehung auf dieser Grundlage ab. Dies hielt so lange, bis die PKK sie in die Ecke zwang. Wann immer sie von der kurdischen Freiheitsbewegung bedrängt wird, benötigt sie die Föderale Regierung in Kurdistan und die südkurdischen Parteien und sucht nach Kontakten. Das heißt, der Kampf der PKK nötigt sie zur Annäherung an den Süden.

Daher kann gesagt werden, dass die Türkei durch die Instrumentalisierung der Regionalregierung Kurdistan und der politischen Parteien der Guerilla einen Schlag versetzen möchte. Sie möchte, indem sie den Willen des Volkes bricht, bei den Kommunalwahlen gewinnen, um auf diese Weise das Ende der kurdischen Frage verkünden zu können. Ausschließlich auf dieser Grundlage nähert sie sich den südkurdischen Kräften an.

Südkurdistan wird von der Türkei bei der Eliminierung der PKK strategisch betrachtet. Es heißt regelrecht: „USA, EU, Israel, Iran und Syrien haben wir auf unsere Seite, im Inneren haben wir unser Einheit. Wenn wir jetzt nur noch die Südkurden auf unsere Seite ziehen könnten, wäre die PKK zu neutralisieren." Hierauf konzentrieren sie all ihre Bemühungen. Aus ihrer bisherigen Praxis wissen sie ganz genau, dass ihr Konzept keinen Erfolg haben wird, wenn sie die Südkurden nicht gegen die PKK einsetzen können. Aus diesem Grunde setzen sie sie dermaßen unter Druck, um sie in den Vernichtungsangriff einbeziehen zu können. Sie denken, wenn ihnen dies nicht gelingt, werden sie kein Resultat erzielen können. Auf diese Weise versuchen sie, auch mit Druck und Förderung der USA, Beziehungen mit Südkurdistan aufzubauen. Bedenkt man die Tatsachen, dass die Türkei bei ihrem Vorhaben, die PKK zu eliminieren, auf den Süden angewiesen ist und dieser im Gegenzug seinen Machtbereich offiziell garantiert haben möchte, im Zusammenhang, so resultiert daraus als gemeinsames Ziel die Neutralisierung der PKK. Diese ist in der Region eine dritte Kraft, sie vertritt eine dritte Linie. Sie vertritt die Freiheitsinitiative der Völker. Was sowohl für die nationalistischen, etatistischen und den Status quo befürwortenden Kräfte in der Region als auch für die Vertreter des globalen Kapitals, die in die Region interveniert haben, eine große Bedrohung darstellt. Die PKK wird als etwas gesehen, das unbedingt aus dem Weg geschafft werden muss. All die Gespräche, Beziehungen und Verhandlungen finden auf dieser Grundlage statt.

Versucht die Türkei, das, was sie nicht geschafft hat, über die Südkurden zu erreichen?

Wäre die Türkei stark genug und davon überzeugt, die PKK ganz allein zu schaffen, würde sie niemals Kontakt zur Regionalregierung im Süden und zu den südkurdischen Kräften aufnehmen. Wenn sie heute mit ihnen in Verbindung steht, liegt es an ihrer Schwäche und Ausweglosigkeit und nicht daran, dass sie sie akzeptiert. Es ist doch klar, dass die Türkei, die ihre eigenen Kurden nicht akzeptiert, diejenigen aus den anderen Teilen Kurdistans auch nicht anerkennen wird. Auch hier ist sie konkret auf eine Täuschung aus. Heute versucht die Türkei, das, was sie selbst nicht geschafft hat, die Südkurden machen zu lassen. Diese Aufgabe auf sich zu laden liegt in keiner Weise im Interesse der Regionalregierung Kurdistan, der kurdischen Parteien und unseres Volkes. Nicht einmal die Türkei hatte Erfolg bei diesem Vorhaben; wenn sie die Kraft dazu gehabt hätte, hätte sie es selbst gemacht und auch die Konsequenzen getragen. Die Türkei beabsichtigt, nach der Neutralisierung der PKK ihre Position zu stärken, um im Anschluss jede Errungenschaft und Institution der Kurden, vor allem in Südkurdistan, unwirksam zu machen.

Die Türkei will der gesamten kurdischen Bewegung einen Schlag versetzen, indem sie Kurden gegen Kurden ausspielt, um sich aus der Bedrängnis und Ausweglosigkeit zu befreien. Wenn die Regionalregierung Kurdistan und die südkurdischen Parteien nicht die Aufgabe übernehmen, an der die Türkei gescheitert ist, wird diese sich aus dieser

trostlosen Lage nicht befreien können. Und dies wiederum wird zu einem Bruch in der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik der Türkei führen. Aus diesem Szenario würde die kurdische Bewegung als Gewinnerin hervorgehen und die kurdische Frage würde in allen Teilen Kurdistans den Lösungsweg einschlagen.

Daher wären die Regionalregierung Kurdistan und die südkurdischen Parteien gut beraten, sich nicht an diesem kurdenfeindlichen Vorhaben zu beteiligen, dafür aber eine demokratische Lösung der kurdischen Frage zu erzwingen. Eine solche Lösung liegt im Interesse des Südens, des gesamten Volkes und der Menschheit.

Könnte es trotz allem passieren, dass sich die südkurdischen Kräfte für die Politik der Türkei instrumentalisieren lassen?

Wir hoffen, dass nicht. Südkurdistan steht einer historischen Verantwortung gegenüber. Wenn es der im Sinne einer demokratischen Lösung gerecht wird und dem Druck der Türkei standhält, wird dies eine große Leistung für das kurdische Volk und für die Menschheit sein, andernfalls ein großer Verrat. Wenn es mit der Türkei gegen die kurdische Bewegung vorgeht, würde es der Türkei in dieser ausweglosen Situation, in die sie sich reingeritten hat, Luft verschaffen und den Weg für Massaker an Kurden eröffnen. Dies würde dem kurdischen Volk und der Menschheit einen großen Schaden zufügen. Die Türkei ist infolge unseres Kampfes an dem Punkt angelangt, an dem sie ihre bisherige Verleugnungs- und Vernichtungspolitik nicht mehr fortsetzen kann. Es ist der letzte, der Bruchpunkt. Entweder wird die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik kippen, was die Entwicklung einer Lösung zur Folge hätte, oder die Türkei wird Erfolg haben mit ihrer Verleugnungs- und Vernichtungspolitik mit der Folge, dass die kurdische Befreiungsbewegung und das kurdische Volk gebrochen werden würden.

Die Türkei hat nur einen einzigen Ausweg, sich aus dieser riskanten Lage zu retten: dass die Regionalregierung Kurdistan und die politischen Parteien sich an der Seite der Türkei positionieren mit der Folge, sich selbst, die Kurden und die Menschheit zu verraten. Anders ist es nicht möglich, dass die Türkei an ihrer Verleugnungs- und Vernichtungspolitik festhalten und Massaker verüben kann. Wir hoffen nur, dass die Regionalregierung und die südkurdischen Parteien nicht auf dieses Spiel hereinfallen.

Es finden Gespräche statt mit dem Ausdruck gegenseitiger Genugtuung. Die Rede ist von stiller Diplomatie, die Türkei reklamiert Erfolg damit. Einige Kreise in der Türkei sind bemüht, die Südkräfte zu überrumpeln. Verschiedene Delegationen aus dem Süden kommen in die Türkei, sogar Pressegespräche finden statt, Delegationen aus der Türkei führen Gespräche im Süden. Außer den über die Presse verbreiteten Informationen gibt es nichts darüber, was besprochen und welche Abkommen getroffen wurden. Faktisch sind die USA, Großbritannien, Israel und der Iran ebenfalls involviert. Soweit wir der Presse entnehmen konnten, zwingt die Türkei dem Süden geheimdienstliche und militärische Zusammenarbeit auf. Sie versucht, den Süden genauso zu benutzen wie die Banden im Norden. Die Südkurden wollen aber eine Beziehung, die weiter geht. Doch es ist in keiner Weise zu erkennen, dass die Türkei zu Schritten hin zu einer offiziellen Anerkennung des Südens und einem umfassenden gleichberechtigten und freien Verhältnis bereit ist. Die Vernichtung der PKK wird zur Bedingung gemacht für jede Art von Beziehung.

Aus diesem Grunde erklärten die Verantwortlichen aus dem Süden, dass sie nicht nur an Kontakten auf geheimdienstlicher und militärischer Ebene, sondern in allen Bereichen interessiert seien. Sie wollen eine politische Beziehung durchsetzen. Die Türkei hingegen erklärt, dass es dafür noch zu verfrüht sei, sie sollten sich erst einmal beweisen. Erst bei einem gemeinsamen Vorgehen gegen die PKK könne man eine solche anstreben. Auf diese Weise wollen sie die Südkurden täuschen. Aus deren Erklärungen ersehen wir, dass sie das Spiel der Türkei durchschauen. Hoffentlich irren wir uns nicht. Weil die Gespräche geheim laufen, kann man im Moment nichts über deren Ausgang sagen. Die Erklärung des türkischen Außenministers Ali Babacan, mit dieser stillen Diplomatie Resultate zu erzielen, erweckt Misstrauen. Wir haben unseren südkurdischen Geschwistern mehrmals versichert, dass wir keine Haltung einnehmen werden, die dem kurdischen Volk schaden könnte. Im Interesse unseres Volkes haben wir zwingend von einer innerkurdischen Auseinandersetzung abzusehen und auf der Grundlage einer gemeinsamen Strategie zu handeln. Wir hoffen, dass die Regierung, die südkurdischen Parteien und alle unsere Geschwister im Süden sich dieser Realität bewusst sind und in diesem Interesse handeln werden.

Die kurdische Öffentlichkeit sollte in dieser Richtung Druck machen und ihre demokratischen nationalen Werte sichern. Wir sind davon überzeugt, dass sie die kurdische Einheit und ihre Interessen vertreten und verteidigen und dies allgemein durchsetzen wird. Sie wird sich gegen jede Art von Politik stellen, die dem Feind dient. Alle kurdischen Intellektuellen, Schriftsteller, demokratischen Kreise werden in diesem Rahmen ihre Verantwortung wahrnehmen und eine innerkurdische Auseinandersetzung nicht zulassen. Erst recht, wenn diese von kolonialistischen Kräften aufgezwungen wird.

Die letzten Entwicklungen haben auch gezeigt, dass unser Kampf in jeder Hinsicht Südkurdistan gestärkt hat. Daher sollte der Süden seine Beziehungen mit der PKK auf der Grundlage der Freundschaft gestalten und seine Verantwortung im Bezug auf eine demokratische Lösung im Norden wahrnehmen. Sie sollten wissen, dass ihre Position auch nur auf dieser Basis gesichert werden wird. Die Erwartung aller Kurden an den Süden geht in diese Richtung.

Die PKK hat natürlich für alle Eventualitäten Vorkehrung getroffen. Sie wird vor keinerlei Drohung, Erpressung oder Angriff, egal von welcher Seite, einknicken und wird keine Haltung akzep-

tieren, die den Interessen unseres Volkes widerspricht. Sie wird diese Interessen immer über alles stellen und hierfür Widerstand leisten. Das sollten alle wissen.

Kann der türkische Staat eine Offensive zur Besetzung der Medya-Verteidigungsgebiete durchführen? Wie sehen die Vorbereitungen der Guerilla dagegen aus?

Das um ein weiteres Jahr verlängerte parlamentarische Mandat für grenzüberschreitende Operationen beinhaltet im Eigentlichen eine Erpressung der USA, des Irak und Südkurdistans. Mit der Drohung, den Süden zu besetzen, sollen Zugeständnisse von ihnen erzwungen werden. Sie sollen sich bei der Eliminierung der PKK ebenfalls aktiv einbringen. Diese Kräfte haben Schwächen. An bestimmten Punkten benötigen sie die Türkei. Weil die Türkei das weiß, versucht sie, mit Drohungen und Erpressung Resultate zu erzielen. Allen sollte bewusst sein, dass die Türkei die kurdische Frage im Norden Kurdistans nicht bewältigen kann, wie also sollte sie dies im Süden erreichen? Die kurdische Frage besteht im Norden und nicht im Süden. Die Besetzung des Südens würde sie in keiner Weise lösen, sie würde vielmehr zur Verhärtung des Problems führen.

Es ist nicht so einfach, in Südkurdistan einzumarschieren und es zu besetzen, weil die PKK Widerstand leistet und die globale Wirtschaftskrise sich immer mehr ausweitet. Es ist kein Vorhaben, das nur Auswirkungen auf die Türkei hätte. Daher ist diese Drohung eher eine Erpressung. Weder die Situation in der Türkei noch die Weltwirtschaftskrise und deren Einfluss auf die Türkei und die Region lassen eine Besetzung möglich erscheinen. So etwas wäre ohne Zustimmung der USA, der EU und der Regionalregierung Kurdistan nicht möglich. Ich denke nicht, dass diese einen solchen Plan billigen würden. Es entspräche auch nicht ihren Interessen. ♦

---

14. Generalversammlung des *Menschenrechtsvereins* IHD

Es bedarf eines starken Demokratisierungsprogramms

Rede des IHD-Vorsitzenden Hüsnü Öndül

Am 1. November 2008 fand in Ankara die 14. Generalversammlung des *Menschenrechtsvereins* IHD statt. Wir geben die Eröffnungsrede von Hüsnü Öndül, auf der 13. Generalversammlung zum Vorsitzenden gewählt, in überarbeiteter Fassung wieder:

Während die gegenwärtige globale Finanzkrise die Tagesordnung weltweit bestimmt, so stellen die militärischen Auseinandersetzungen und daraus resultierenden Entwicklungen die Haupttagesordnungspunkte in unserem Lande dar.

Auch wenn Ungewissheit und Unkenntnis über Grund, Ausmaß und Auswirkungen dieser globalen Finanzkrise bestehen, so scheint es sicher, dass der Kapitalismus eine Krise, die er in sich birgt, produziert, vertieft und verbreitet hat. Das Weltfinanzsystem ist vollkommen von dieser Entwicklung beeinflusst. Auch die Türkei liegt im Einflussbereich dieser Krise. Interessant ist, dass mit dieser Krise erneut an Karl Marx erinnert und von den sozialen Funktionen des Staates und seinen Sicherheiten geredet wird.

Es macht Sinn, im Hinblick auf die globale Finanzkrise einen Blick auf einige Eigenschaften des Rechts- und Sozialstaates zu werfen. Die Handelsrevolution hat die Bourgeoisie hervorgebracht. Der Rechtsstaat entstand in diesem Rahmen im 18. und 19. Jahrhundert als Erkenntnis und System, das die individuellen und politischen Rechte garantiert. Folglich ist der Rechtsstaat ein Produkt der Handelsrevolution.

Die Industrierevolution hingegen brachte die Arbeiterklasse hervor. Auf diese Weise wurde das 19. Jahrhundert zu einer Ära, in der neben Idee und Praxis des Rechtsstaates auch die Idee des Sozialstaates sich ausdehnte und zu seiner Umsetzung praktische Schritte eingeleitet wurden. Der Sozialstaat ist folglich das Produkt der Industrierevolution. Sozialstaat bedeutet: ein Staat, der die soziale Situation seiner Staatsbürger bedenkt und der Menschenwürde entsprechende Mindestlebensstandards bietet und garantiert.

Die Ansichten über die Verkleinerung des Staates, er solle sich aus dem Produktions- und Finanzsektor heraushalten, in keiner Weise in den Wirtschaftsmarkt intervenieren, wurden in den letzten 25 bis 30 Jahren zum Ausdruck gebracht und standen hoch im Kurs. Begriffe wie Gemeinwohl, öffentlicher Dienst, soziale Gerechtigkeit, soziale Sicherheit wurden zunehmend abgenutzt. Diese Auffassungen begannen, die Welt zu beherrschen und wurden als neoliberale Politik bezeichnet. Zur sel-

ben Zeit nahmen weltweit die Ungleichheiten zwischen Ländern und Völkern zu. Es existierte ein ungerechtes Weltsystem. Dabei wissen wir Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger, dass wir sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene das Recht auf eine Ordnung haben, die die Würde des Menschen garantiert, wie es auch im 28. Artikel der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* steht:

„Jeder Mensch hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in welcher die in der vorliegenden Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können."

Die Würde der Menschen kann nicht nur durch die Anerkennung und Umsetzung der individuellen und politischen Rechte gewährleistet werden. Die Rechtsordnung muss gemeinsam mit den Freiheiten die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte anerkennen und umsetzen, sie vorbereiten und Möglichkeiten bieten. Dies ist nur mit den Eigenschaften des Sozialstaates möglich.

Im Zusammenhang mit der globalen Krise werden die Eigenschaften des Staates als Rechtsstaat und Sozialstaat noch einmal erinnert.

Die Begriffe wie Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit werden erneut in Erinnerung gerufen. Diese Erinnerungen werden von lauten Forderungen nach einer gerechten Welt begleitet.

Die vorhergegangene Analyse gilt auch für die Türkei. Es bedarf eines starken Demokratisierungsprogramms, eines Programms für ökonomische, soziale und kulturelle Rechte. Ein solches Programm ist sowohl für die Überwindung der Krise als auch für die Lösung der strukturellen Probleme notwendig. Die Türkei muss sich von einer Wirtschaftsstruktur befreien, die mehr konsumiert als produziert, die mehr investiert als spart, die mehr importiert als exportiert. Die Krise kann nur mit einem Plan und einem Programm, die sich auf das Volk stützen, überwunden werden. Es ist daher zwingend notwendig, zu einem System überzuwechseln, das die Produktion, Beschäftigung und Produktivität zur Grundlage hat, das die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung aufhebt, die soziale Gerechtigkeit etabliert und für jeden Einzelnen Gesundheits- und Bildungsmöglichkeiten bietet. Die demokratischen, sozialen und rechtsstaatlichen Eigenschaften des Staates sollten gestärkt werden. Es bedarf sozialistischer Orientierungen und Politik, die wie in gewöhnlichen Zeiten auch in Krisenzeiten die Rechte und Interessen der Bevölkerung garantieren.

Die Atmosphäre der bewaffneten Auseinandersetzungen (im Jahr 2008 haben monatlich im Durchschnitt 100 Menschen ihr Leben verloren) erinnert an die Praxis und Ergebnisse der 90er Jahre. Die kurdische Frage ist mit der Demokratiefrage eng verbunden. Frieden eilt. Friedliche Lösungen außerhalb der Gewalt sind möglich. Auf diesen Aspekt werde ich gleich grundsätzlich eingehen.

Das Problem der illegalen Organisationen innerhalb des Staates, das in der Türkei schon immer auf der Tagesordnung der oppositionellen Kräfte stand, ist seit Kurzem auch auf die Tagesordnung der Justiz gelangt. Nun stellen wir die Frage, ob sich das Verfahren gegen *Ergenekon*, auch als Gladio-typische Organisation bekannt, sich tatsächlich gegen die Kontraguerilla bzw. gegen die illegalen Banden innerhalb des Staates richten wird, ob es von den Putschisten Rechenschaft verlangen wird, das Verschwinden in Polizeihaft, die außergerichtlichen Hinrichtungen, die Morde unbekannter Täter aufklären wird, oder ob es dazu beitragen wird, weiterhin die Behauptung aufrechtzuerhalten, dass eine solche illegale Organisation innerhalb der Armee, der Polizei und des Geheimdienstes nicht existiere? Wir werden es mit der Zeit sehen. Wir fordern ein Verfahren, das dem Menschenrechtsstandard entspricht. Egal wie man sie nennt, wir fordern, dass sich der Staat von diesen Gladio-ähnlichen Organisationen befreit, alle Morde, Putschisten und Putschversuche aufgedeckt werden.

Verehrte Gäste, liebe Delegierte!

Wenn wir die Entwicklungen bezüglich der Menschenrechte und Demokratisierung auf der Grundlage des Rechtes betrachten, so stimmt das nicht sehr froh.

Probleme hinsichtlich des Rechtes auf Leben und des Folterverbotes: Wenn ich mich nur auf die ersten neun Monate des Jahres 2008 beziehe, so beträgt die Zahl der Menschen, die ihr Leben im Gefängnis verloren haben, 26. Einige von ihnen sind Todesfälle als Resultat von Folter. Es gibt keine Veränderung bei der Folteranwendung und bei der Straflosigkeit von Folterern. Der Justizminister hatte erklärt, in den Jahren 2006 und 2007 gegen Zehntausende von Polizisten und Gendarmen Ermittlungen oder Anklagen eingeleitet zu haben, aber es gibt keinen einzigen inhaftierten Bediensteten des öffentlichen Dienstes. Solange die exekutiven und judikativen Organe ihre straflose Politik fortsetzen, wird es nicht möglich sein, Folterungen vorzubeugen. Im Zusammenhang mit dem Schutz des Rechtes auf Leben ist seit Juni 2007 in der Praxis der Sicherheitskräfte bei außergerichtlichen Exekutierungen eine offensichtliche Zunahme zu verzeichnen. Es ist zu beobachten, dass die Sicherheitskräfte in unterschiedlichen Regionen und zu unterschiedlichen Zeiten willkürliche und unverhältnismäßige Gewalt anwenden. Die über 100 Todesfälle von Arbeitern in den Werften von Tuzla sollten in diesem Bereich gesehen werden. Eine kurze und klare Bewertung im Sinne des Rechtes auf Leben: Die Todesfälle von Arbeitern sind Morde. Wir protestieren dagegen.

Im Hinblick auf die Meinungsfreiheit: Die Türkei ist weiterhin ein Land, in dem Menschen, die ihre Meinung offen bekunden, verurteilt werden. So wurde 2006 und 2007 gegen 39 Schriftsteller und Verleger ein Verfahren eröffnet. Diese Zahl stieg in den ersten sieben Monaten des Jahres 2008 auf 38 Schriftsteller und 47 Bücher. Der Justizminister veröffentlichte, dass allein 2006 und 2007 annähernd 2 000 Verfahren und Ermittlungen allein nach Artikel 301

eingeleitet wurden. Anstatt den Artikel 301 ganz abzuschaffen, wurden im April 2008 Veränderungen vorgenommen. Diese Veränderungen konnten nicht verhindern, dass Ermittlungen und Verfahren eingeleitet wurden. Das Verbotsregime, das nicht nur auf den berüchtigten Artikel 301 begrenzt ist, gilt noch immer. Mit den Artikeln 84, 125, 132, 134, 215, 216, 217, 218, 220, 222, 226, 257, 267, 273, 283, 285, 286, 288, 299, 301, 305, 314, 318 des Türkischen Strafgesetzbuches bestehen mindestens 23 Artikel, die die freie Meinungsäußerung verhindern. Eine ganze Menge von Bestimmungen im Terrorismusbekämpfungsgesetz, im Gesetz gegen das Vergehen gegen Atatürk und im Parteiengesetz verhindern die freie Meinungsäußerung.



Tränengasgeschwängerte Luft und Hatz der Polizei auf alle auf den Straßen Foto: DIHA

Es gibt auch erhebliche Schwierigkeiten, in das Internetsystem zu gelangen. Es finden Handlungen statt und Beschlüsse werden gefasst, die die Meinungsfreiheit verletzen.

Im Hinblick auf die Religions- und Gewissensfreiheit: Obwohl die (türkische) Verfassung das Laizismusprinzip betont, widerspricht sie mit der verfassungsrechtlichen Existenz und Funktion des *Amtes für Religiöse Angelegenheiten* und dem in der Verfassung vorgesehenen zwingenden Religionsunterricht dem Verständnis von einem laizistischen Staat. Für Bürger, denen mit dem Abkommen von Lausanne ein Minderheitenstatus zugesprochen wurde, müssen befriedende Zugeständnisse in der Frage von Stiftungen und religiösen Freiheiten gemacht werden. Entwicklungen für alevitische Bürger (auch den alevitischen Bürgern werden ihre Existenz und Eigenschaften abgesprochen; sie sind wie „andere", z. B. Kurden), mit denen die Probleme und Schwierigkeiten, mit denen sie konfrontiert sind, überwunden werden, müssen eingeleitet werden. Die Cem-Häuser müssen als Glaubensstätten anerkannt werden. Alevitische Kinder sollten aus dem Pflichtfach Religion ausgenommen werden. Es sollte in dieser Angelegenheit im Rahmen des Urteils des *Europäischen Menschenrechtsgerichtshofes* gehandelt werden. Auch die Frage des Kopftuches, die im Zusammenhang steht mit der Religions- und Gewissensfreiheit sowie anderen Freiheiten und Rechten, sollte auf der Grundlage der Prinzipien von Demokratie und Freiheit gelöst werden.

Die Tatsache, dass Frauenrechte Menschenrechte sind, sollte auch vom Staat anerkannt werden; Maßnahmen zur Umsetzung des Gleichstellungsprinzips in allen Bereichen des Lebens sollten ergriffen werden. Der Staat sollte zur Erlangung der Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Bereichen die positive Diskriminierung von Frauen anwenden. Auf der 2. außerordentlichen Vollversammlung im Jahre 2007 hatte die damalige IHD-Vorsitzende Reyhan Yalçındağ zu diesem Thema gesagt:

„Auch in dieser Zeit hat die Gewalt gegen Frauen nicht abgenommen. In vielen Orten der Türkei wurden Frauen unter dem Vorwand der ‚Ehre' ermordet. Diskriminierung muss vorgebeugt, Chancengleichheit, Gleichstellung von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen wie Bildung und Gesundheit uneingeschränkt umgesetzt werden. Die antidemokratische Praxis des Systems der Männerherrschaft zeigt, wie einfach die Menschenrechte von Frauen verletzt werden."

Es gibt keine Veränderung dieser Situation. Daher unterstreichen wir erneut die Forderungen.

Über die Rechte der Gefangenen: Im Jahre 2008 haben wir versucht, monatlich auf die Gesundheitsprobleme der Gefangenen in den Gefängnissen aufmerksam zu machen. Auch in diesem Bereich waren keine positiven Entwicklungen zu erkennen. Im Gegenteil: Infolge mangelnder medizinischer Versorgung und Folter (wie im Falle von Engin Ecer) kam es zu Todesfällen. Aufgrund der Aktualität muss auch darauf hingewiesen werden, dass uns die Information erreicht hat, dass Abdullah Öcalan Folter und schlechter Behandlung ausgesetzt sowie mit dem Tod bedroht wurde. Die Anwälte Herrn Öcalans haben die Beschwerde ihres Mandanten sowohl der Öffentlichkeit als auch den verantwortlichen Instanzen weitergeleitet. Auch gab es einen Antrag an den IHD. Daraufhin haben IHD, *Mazlum-Der* und TIHV eine Anfrage an das Justizministerium gerichtet mit der Aufforderung zur Klärung der Beschwerde und erklärt, dass sie sich einbringen könnten. Bis heute haben wir keine Antwort vom Justizministerium erhalten. Die Situation in den Gefängnissen und die Foltervorfälle haben erneut die Wichtigkeit der Unterstützung und Ratifizierung des Fakultativprotokolls der Anti-Folter-Konvention bewiesen.

Die *Türkische Menschenrechtsstiftung* TIHV führt mit der Unterstützung des IHD und aller anderen Menschenrechtsorganisationen die Kampagne zu diesem Thema durch und fordert die Regierung zur Bewilligung auf.

Hinsichtlich der kurdischen Frage: Der IHD hat die kurdische Frage immer als eine Frage der Demokratie und Menschenrechte bewertet. Die kurdische Frage ist das wichtigste Glied in der Kette der türkischen Demokratie. Die kurdische Frage ist keine Frage der Sicherheit. Daher sollte das Problem nicht mit Mitteln der Gewalt, sondern mit demokratischen Mitteln und Methoden friedlich gelöst werden. Es ist wichtig, die Vielfältigkeit der Sprache, Religion, Ethnie und Kultur der türkischen Gesellschaft anzuerkennen. Die Vielfalt sollte als Reichtum betrachtet werden. Wie Habermanns sagte: „Demokratische Rechtsstaaten können Minderheitenfragen und kulturelle Rechtsfragen mit der Partizipationspolitik lösen." Es ist unmöglich, im Rahmen dieser Rede die einzelnen Schritte, die dazu gemacht werden sollten, aufzulisten. Aber es ist ein Problem, das mit Maßnahmen in der Verfassung, rechtlich, politisch, ökonomisch, sozial und kulturell zu lösen ist. Dafür muss man sich bemühen, fordern und versuchen zu verstehen. Den Frieden können wir mit der Politik und Aktivitäten auf der Grundlage der Rechte entwickeln und dauerhaft gestalten. Daher, wie Samuel Beckett in „Warten auf Godot" schrieb: „An jedem Punkt kann begonnen werden."

Repression gegen Menschenrechtler: Menschenrechtsverteidiger ist jemand, der individuell oder mit anderen zusammen sich für die Menschenrechte aktiv einsetzt. Die Verteidigung von Menschenrechten ist selbst ein Menschenrecht. Menschenrechtsverteidiger, die die Rechte anderer verteidigen, können selbst Rechtsverletzungen ausgesetzt sein. Wir haben gegenwärtig Freunde, Kollegen, die im Gefängnis einsitzen. An dieser Stelle möchte ich ihnen unsere Liebe und unseren Respekt übermitteln. Die Entwicklungen der letzten zwei Monate sind erschreckend: Im August 2008 wurde unser Kassenführer des Kreisvorstandes IHD-Adana, Hüseyin Beyaz, während der Durchführung eines Beobachtungsauftrages festgenommen und ihm durch Folter sein Arm gebrochen. Auch Resul Yıldız vom Kreisvorstand Izmir wurde im Oktober 2008, als er eine Aktion einer politischen Partei beobachtete, festgenommen und ihm wurden seine Rippen gebrochen.

Über die Verfassung: Die AKP begann im Jahr 2007 mit der Ausarbeitung einer neuen Verfassung und später verschwand dieses Vorhaben in der Schublade. Zu diesem Part werde ich meine Rede damit fortsetzen, dass ich die Ansichten des IHD, die unsere ehemalige Vorsitzende Reyhan Yalçındağ auf der 2. außerordentlichen Vollversammlung zur Sprache gebracht hatte, wiederhole, um auf die Kontinuität hinzuweisen:

„Für eine pluralistische Demokratie muss in erster Linie die Ausarbeitung einer demokratischen und zivilen Verfassung angegangen werden. Der IHD hat auch schon in der Vergangenheit Kampagnen und Aktivitäten zur Ersetzung einer Putschverfassung durch eine demokratische Verfassung durchgeführt. Auch heute halten wir an unserer Meinung fest. Die Verfassung muss als Ganzes verändert werden. Wir benötigen einen neuen Gesellschaftsvertrag, der unsere Unterschiede als Reichtum anerkennt und schützt und der die Hauptkriterien für ein gleichberechtigtes Leben festlegt. Es muss ein Gesellschaftsvertrag sein, der bei der Lösung der kurdischen Frage eine Schlüsselrolle spielt und alle ausgegrenzten Gruppen als tragendes Gewebe der Türkei anerkennt. Es ist nicht möglich, mit der Verfassung von 1982, die sich nicht auf gesellschaftlichen Konsens stützt, die militaristische Annäherungen beinhaltet, den Pluralismus ablehnt und die Teilhabe größtenteils verhindert, in der Türkei eine wahre demokratische Ordnung herzustellen, die Menschenrechte vollkommen zu garantieren oder die Vormachtstellung des Rechts zu gewährleisten. Die zivile Beschaffenheit ist genauso wichtig wie ihr Inhalt. Der Verfassungsentwurf der AKP ist weit davon entfernt, all diese Bedürfnisse abzudecken und unsere Probleme zu lösen. In diesem Zusammenhang können wir als IHD unsere zukünftigen Forderungen wie folgt zusammenfassen:

- Es muss verfassungsrechtlich garantiert werden, dass die Substanz der Grund- und Menschenrechte unter keinem Vorwand angetastet wird.
- Die Aufgaben und die Machtgrenzen des Militärs müssen klar festgelegt und der Zivilmacht unterstellt werden.
- Die Vormachtstellung des Rechts darf in keiner Ausnahme ausgehebelt werden, die Aktivitäten und Arbeitsvorgänge der Verwaltungen müssen ausnahmslos der Kontrolle der Justiz unterliegen und das Dilemma der militärisch-zivilen Gerichtsbarkeit muss beendet werden.
- Die parlamentarische Vertretung sollte mit der Berücksichtigung des gesellschaftlichen pluralistischen Charakters zur Verfassungsnorm gemacht werden.
- Das Prinzip des Pluralismus sollte anerkannt werden; die kurdische Identität und die kulturellen Rechte sollten in diesem Zusammenhang garantiert werden.
- Neue verfassungsrechtliche Normen sollten entwickelt werden, die die regionalen Verwaltungen stärken.
- Die Definition der Staatsbürgerschaft sollte neu geregelt werden, sodass sie nicht ethnisch ausgelegt werden kann.
- Das Recht auf muttersprachliche Bildung und Presse sollte als Grundrecht anerkannt sowie die Möglichkeit eingeräumt werden, dass bei Angebot und Nutzung öffentlicher Dienstleistungen die lokalen Sprachen zu gebrauchen sind.
- Herstellung der verfassungsrechtlichen Basis zur Gründung unabhängiger Menschenrechtsorganisationen gemäß den Pariser Grundsätzen.
- Die Gleichstellung von Frau und Mann sollte erneut abgeglichen und ihr Umfang noch klarer und augenscheinlicher festgelegt werden. Wenn die Gleichstellung bewertet wird, sollten neben der Geschlechtergleichstellung auch unterschiedliche geschlechtliche Identitäten und sexuelle Orientierungen einbezogen werden.
- Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen sollte als Grundrecht in die Verfassung aufgenommen werden. (…)" ♦

Steine werfende Kinder für den Staat gefährlicher als Mörder Tausender Menschen

IHD Adana: 264 Festnahmen Minderjähriger in elf Monaten

Songül Karabulut

Die *Konvention über die Rechte der Kinder* wurde am 20.11.1989 von der UN-Generalversammlung angenommen und trat am 20. September 1990 in Kraft. 19 Jahre nach der Konvention versuchen Millionen von Kindern weltweit, unter den Folgen von Ausbeutung, Armut und Krieg ihr Leben zu führen.

Die Zahl der Kinder, die Gewalt, Ausbeutung und sexuellem Missbrauch ausgesetzt sind, nimmt weltweit zu. Untersuchungen zufolge wachsen eine Milliarde Kinder unter fehlenden gesunden Familienverhältnissen auf. 20 Millionen sind obdachlos und 7 Millionen müssen als Flüchtlinge leben.

Zwar hat die Türkei die Kinderrechtskonvention im Jahre 1995 unter Vorbehalt der Artikel 17, 29 und 30 ratifiziert, an der Situation der Kinder hat sich jedoch nichts verbessert. Kinderarbeit, sexueller Missbrauch, Drogenabhängigkeit, Kinderkriminalität, Straßenkinder u. v. m. stehen weiterhin auf der Tagesordnung. Untersuchungen zufolge leben 200 000 Kinder in der Türkei auf der Straße.

Die unter Vorbehalt gestellten Artikel betreffen das Kommunikations- und Informationsrecht (Artikel 17), das Bildungsrecht (Artikel 29) und das Minderheitenrecht (Artikel 30). Bei diesen drei Artikeln handelt es sich um das Recht auf muttersprachliche Information und Bildung sowie das Recht, die eigene kulturelle Identität ungehindert ausüben und pflegen zu dürfen.

Über Kinderrechte wird lediglich gesprochen

Entgegen der Ratifizierung der *UN-Konvention für Kinderrechte* gerät der türkische Staat aufgrund seines gewaltsamen Vorgehens gegen Kinder, vor allem gegen kurdische Kinder, immer stärker in die Schlagzeilen. Kinder, oft auch als unsere Zukunft bezeichnet, werden getötet, gefoltert, festgenommen und diskriminiert.

So ist der Fall von Uğur Kaymaz noch frisch in Erinnerung. Am 22.11.2004 wurde in der Kreisstadt Kızıltepe bei Mardin der 12-jährige Uğur Kaymaz gemeinsam mit seinem Vater vor seiner Haustür von türkischen Sicherheitskräften niedergeschossen. Dieses staatliche Verbrechen wurde in der türkischen Presse als ein erfolgreicher Schlag im Kampf gegen den Terror deklariert. Die Autopsie stellte 13 Kugeln im Körper von Uğur sicher. Auch haben wir Ismail Erkek (8 Jahre), Abdullah Duran (9 Jahre), Enes Ata (8 Jahre) nicht vergessen, die Ende März 2006 bei Ausschreitungen in kurdischen Gebieten von türkischen Polizisten getötet wurden. Erdoğan rechtfertigte das Vorgehen seiner Sicherheitskräfte damals mit den folgenden Worten: „Die Sicherheitskräfte werden das Nötige tun, auch wenn es sich um Frauen und Kinder handeln sollte."

Durch die legitimierenden Worte des Ministerpräsidenten Erdoğan ermutigt spitzt sich die polizeiliche Brutalität gegen Kinder immer weiter zu. Auch in diesem Jahr gingen erneut Bilder durch das Internet und einige TV-Sender, die uns erstarren ließen. Vor laufenden Kameras bricht ein Polizist einem 13-jährigen kurdischen Jungen den Arm, weil er Steine geworfen haben soll. Die Botschaft an alle kurdischen Kinder, die sich gegen die Staatsgewalt widersetzen, ist glasklar: „Wir werden Euch allen den



Kinderalltag Foto: DIHA

Arm brechen, solltet ihr Euch gegen die Staatsgewalt stellten." Es ist ein Vorgehen, das nicht vereinzelt vorkommt. Es ist ein System, das institutionalisiert ist. Denn die Verbrechen bleiben meist gedeckt und die Täter gehen straffrei aus.

Auch in der zweiten und dritten Oktoberwoche 2008 wurden bei Protestkundgebungen von Kurdinnen und Kurden erneut Kinder geschlagen, gefoltert und festgenommen. Kurden gingen überall auf die Straße als bekannt wurde, dass ihr politischer Vertreter, Abdullah Öcalan, auf der Gefängnisinsel Imralı gefoltert und mit dem Tod bedroht worden war. Ein Volksaufstand bestimmte die Straßen Kurdistans. Nach Angaben des türkischen *Menschenrechtsvereins* IHD wurden bei den Vorfällen vom 28. Oktober in Diyarbakır 29 Kinder festgenommen. Gegen 21 wurden Verfahren

eingeleitet. 19 dieser Kinder befinden sich noch immer in Haft und 6 der 21 Kinder sind unter 15 Jahren. Ihnen werden Mitgliedschaft in einer Terrororganisation (gemeint ist die kurdische Freiheitsbewegung), Straftaten und Propaganda für die Organisation sowie Verstoß gegen das Versammlungsrecht und Beschädigung öffentlichen Eigentums vorgeworfen.

Adana war ebenfalls eine Stadt, in der es aus demselben Grund zu Ausschreitungen kam. Auch hier wurden Kinder und Jugendliche festgenommen und Verfahren eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft fordert bis zu 56 Jahre Gefängnis. Der Gouverneur von Adana fordert den Einzug der Yeşıl Kart [*Zugangsberechtigung zu staatlicher Gesundheitsversorgung für Bedürftige*] von Familien, deren Kinder Steine geworfen haben sollen.

Einer Presseerklärung des IHD Adana zufolge wurden in den letzten 11 Monaten 264 Kinder und Jugendliche in Adana festgenommen. 69 von ihnen wurden verhaftet. Diese Zahl umfasst nur Kinder und Jugendliche, denen politische Vergehen vorgeworfen werden. Zurzeit befinden sich in Adana 14 Kinder noch immer in Haft.

Nach der Anklageschrift der Staatsanwaltschaft werden für 11 Kinder im Alter von 13–16 Jahren insgesamt 533 Jahre Gefängnis gefordert.

Das folgende Bespiel zeigt auf, mit welchen Maßstäben in der Türkei echtes Verbrechen und angebliche Straftaten gehandhabt werden: Vor einigen Monaten hatte Ayhan Çarkın, Mitglied einer türkischen Spezialeinheit und Angeklagter im Susurluk-Skandal, in einem TV-Programms erklärt, dass er annähernd 1 000 Menschen getötet habe. Gegen ihn wurde bislang nicht eine einzige ernst zu nehmende Untersuchung eingeleitet. Ein weiteres Beispiel stellt der Mörder von Hrant Dink dar, der zugleich Bombenleger gegen McDonalds war. Er wurde zu nur drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Welch eine Ironie; Kinder, vor allem, wenn es sich um kurdische Kinder handelt, die Steine gegen die Sicherheitskräfte und Panzer werfen, werden als Sicherheitsrisiko für das Land eingestuft und mit hohen Gefängnisstrafen bedacht, während Mörder und Verbrecher Straffreiheit genießen oder, wenn es zu einer Verurteilung kommt, diese sehr milde ausfällt.

In einem gemeinsamen Brief von Kindern aus dem Gefängnis Karataş, der an den IHD Adana verschickt wurde, heißt es: „Als wir festgenommen wurden, haben die Polizisten mit ihren Gewehrkolben und Schlagstöcken willkürlich auf unsere Köpfe und Körper einge-

Artikel 17

Die Vertragsstaaten erkennen die wichtige Rolle der Massenmedien an und stellen sicher, dass Kindern Zugang zu Informationen und Material aus einer Vielfalt nationaler und internationaler Quellen, insbesondere derjenigen, welche die Förderung seines sozialen, seelischen und sittlichen Wohlergehens sowie seiner körperlichen und geistigen Gesundheit zum Ziel haben. Zu diesem Zweck werden die Vertragsstaaten a) die Massenmedien ermutigen, Informationen und Material zu verbreiten, die für das Kind von sozialem und kulturellem Nutzen sind und dem Geist des Artikels 29 entsprechen; b) die internationale Zusammenarbeit bei der Herstellung, beim Austausch und bei der Verbreitung dieser Informationen und dieses Materials aus einer Vielfalt nationaler und internationaler kultureller Quellen fördern; c) die Herstellung und Verbreitung von Kinderbüchern fördern; d) die Massenmedien ermutigen, den sprachlichen Bedürfnissen eines Kindes, das einer Minderheit angehört oder Ureinwohner ist, besonders Rechnung zu tragen; e) die Erarbeitung geeigneter Richtlinien zum Schutz des Kindes vor Informationen und Material, die sein Wohlergehen beeinträchtigen, fördern, wobei die Artikel 13 und 18 zu berücksichtigen sind.

Artikel29

1) Die Vertragsstaaten stimmen darin überein, dass die Bildung des Kindes. darauf gerichtet sein muss,
a. die Persönlichkeit, die Begabung und die geistigen und körperlichen Fähigkeiten des Kindes voll zur Entfaltung zu bringen;
b. dem Kind Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten und den in der Charta der Vereinten Nationen verankerten Grundsätzen zu vermitteln;
c. dem Kind Achtung vor seinen Eltern, seiner kulturellen Identität, seiner Sprache und seinen kulturellen Werten, den nationalen Werten des Landes, in dem es lebt,– und gegebenenfalls des Landes, aus dem es stammt, sowie vor anderen Kulturen als der eigenen zu vermitteln;
d. das Kind auf ein verantwortungsbewusstes Leben in einer freien Gesellschaft im Geist der Verständigung, des Friedens, der Toleranz; der Gleichberechtigung der Geschlechter und der Freundschaft zwischen allen Völkern und ethnischen, nationalen und religiösen Gruppen sowie zu Ureinwohnern vorzubereiten;
e. dem Kind Achtung vor der natürlichen Umwelt zu vermitteln.

2) Dieser Artikel und Artikel 28 dürfen nicht so ausgelegt werden, dass sie die Freiheit natürlicher oder juristischer Personen -beeinträchtigen, Bildungseinrichtungen zu gründen und zu führen, sofern die in Absatz 1 festgelegten Grundsätze beachtet werden und die in solchen Einrichtungen vermittelte Bildung den von dem Staat gegebenenfalls festgelegten Mindestnormen entspricht.

Artikel 30

In Staaten, in denen es ethnische, religiöse oder sprachliche Minderheiten oder Ureinwohner gibt, darf einem Kind, das einer solchen Minderheit angehört oder Ureinwohner ist, nicht das Recht vorenthalten werden, in Gemeinschaft mit anderen Angehörigen seiner Gruppe seine eigene Kultur zu pflegen, sich zu seiner eigenen Religion zu bekennen und sie auszuüben oder seine eigene Sprache zu verwenden.

schlagen. Sie beschimpften und beleidigten uns auf übelste Weise. Auch auf der Fahrt ins Gefängnis wurden wir im Polizeiwagen geschlagen.“

Nach dem Menschenrechtsverein *Mazlum-Der* ist die Bewertung der Türkei wegen den Rechtsverletzungen gegen Kinder sehr negativ ein. Einem Bericht von *Mazlum-Der* zufolge werden 80 % der in den Gefängnissen gehaltenen Kinder drogenabhängig, in Kinderheimen sind sie unterschiedlichen Gewaltformen – sexuellem Missbrauch eingeschlossen – ausgesetzt. Ihnen wird das Recht auf muttersprachliche Bildung verweigert. Aufgrund der wirtschaftlichen Probleme werden die Kinder jedoch als Arbeitskraft ausgebeutet.

Kurdische Kinder werden durch Explosionen von Minen und Bomben, die seitens des türkischen Militärs willkürlich zurückgelassen wurden, getötet oder verletzt. Ihnen wird aufgrund von Zwangsvertreibung, Krieg und falscher Bildungspolitik das Recht auf grundlegende Bildung entzogen. Sie werden festgenommen, weil sie DVDs mit kurdischen Filmen in der Tasche haben.

In dem Brief von Ümit Ekinci an den IHD heißt es:

„Ich gehe in die vierte Klasse der Silvan Adil Kepollu Grundschule. Ich habe meine Mutter verloren, als ich in die erste Klasse ging. Ich lebe mit meinen drei Geschwistern, meinem gehbehinderten Vater und seiner Schwiegermutter zusammen. Weil mein Vater nicht arbeiten kann, kümmern wir – mein älterer Bruder und ich – uns um den Lebensunterhalt und das Schulgeld indem wir Schuhe putzen. Aufgrund des Winters ist es schwierig, Kunden zu finden. Aus diesem Grunde sind wir gezwungen, bis spät in die Nacht zu arbeiten. Wir putzen im Durchschnitt am Tag 5 bis 10 Paar Schuhe. Das Geld vom Schuhputzen geben wir unserer Schwiegermutter, damit sie das Nötige für den Haushalt besorgen kann. Weil es kalt ist, frieren meine Hände. Dann wärme ich meine Hände durch meinen Hauch und arbeite anschließend weiter. Hätte mein Vater eine Arbeit, müssten wir nicht arbeiten. Wir sind kein Einzelfall, in Silvan leben Hunderte von Familien unter ähnlichen Umständen.“

Diese wenigen Beispiele reichen aus, um die katastrophale Situation der Kinder und der Kinderrechte in der Türkei zu verdeutlichen. Der Staat sieht sich in keiner Weise verantwortlich für die Kinderarmut infolge falscher Wirtschaftspolitik und/oder der politischen Bedingungen in diesem Land (z. B. durch die Zwangsvertreibung). Die Situation der Kinder verschlimmert sich zunehmend. Das bedeutet, dass es für Kinder und Jugendliche immer schlechtere Zukunftsperspektiven gibt. Kinder werden also aufgrund dieses Systems immer stärker in die Kriminalität gedrängt. Aus Protest gegen die diskriminierende Politik des türkischen Staates gegen das kurdische Volk lehnen sich kurdische Kinder schon sehr früh gegen den Staat auf. Die Situation der Kinder in der Türkei weist also auch auf die Zukunft des Landes hin, die alles andere als ermutigend ist. ♦

„Konstruktive Rolle der Türkei in der gesamten Region“

Der neue EU-Fortschrittsbericht zum Beitritt der Türkei

Elmar Millich

Der im November erschienene jährliche Fortschrittsbericht über den Erweiterungsprozess der EU seitens der EU-Kommission fällt dieses Jahr bezüglich der Türkei so lustlos aus, wie es auch der Stimmung in der Bevölkerung entspricht. In der Einleitung wird klar die ökonomische und geostrategische Rolle der Türkei für die EU in den Vordergrund gerückt: „Die Türkei spielt durch eine aktive Diplomatie in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft und in der ganzen Region eine konstruktive Rolle“, heißt es in dem Bericht. Wer meint, die EU beziehe sich damit auf die ständige völkerrechtswidrige Bombardierung des Nordiraks sowie auch den Einmarsch von Bodentruppen in Südkurdistan, traut ihr denn doch zu viel Böses zu. Gemeint sind in diesem Fall die politischen Vermittlungsaktivitäten der türkischen Regierung zwischen Israel und Syrien und der Besuch von Staatspräsident Gül in Armenien anlässlich eines Fußballspiels.

Die aktuelle Kriegssituation in der Türkei, die sich seit einem Jahr zunehmend verschärft, ist der EU-Kommission gerade mal einen Satz wert: „Die EU hat die Terroranschläge der PKK scharf verurteilt, die zahlreiche Menschenleben gefordert haben. Das türkische Militär ging mehrfach gegen PKK-Stützpunkte im Nordirak vor.“ Keine Rede ist davon, dass sich eine ganze Region de facto im Ausnahmezustand befindet, dass von Politikern und Medien aufgehetzt Pogrome gegen die kurdische Bevölkerung stattfinden. Es wird im weiteren Verlauf des Berichts kein Bezug dazu hergestellt, dass fast alle Versäumnisse, die der Türkei zur Last gelegt werden, im Bezug zur kurdischen Frage stehen. Sei es Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit,

Rechtsstattlichkeit oder der Umgang mit Oppositionsparteien: In allen Bereichen stellt der EU-Bericht gravierende Verstöße und geringen Fortschritt fest, ohne aber eine Analyse zu bieten, geschweige denn ein in sich schlüssiges Konzept zur Abstellung zu liefern. Man hat den Eindruck, es soll auf jeden Fall der Schluss vermieden werden, der naheliegt. Der Kampf gegen die PKK, dem sich der türkische Staat mit Leib und Seele verschrieben hat, und die schwer wiegenden Menschenrechtsverletzungen sind die Kehrseiten einer Medaille.

Bei diesem Kampf hat die Türkei die uneingeschränkte Unterstützung der EU und der USA. Macht es Sinn, der Türkei die Verhinderung kurdischsprachiger Medien vorzuwerfen, wenn gleichzeitig Deutschland den einzig authentischen kurdischen Fernsehsender – Roj-TV – verbietet? Macht es Sinn, die Türkei zu ermahnen, die prokurdische Partei DTP nicht zu verbieten, wenn gleichzeitig spanische Richter reihenweise baskische Parteien wegen angeblich zu großer Nähe zur ETA verbieten?

In solche Fragestellungen müssen sich die Brüsseler Beamten nicht allzu sehr vertiefen, denn sie wissen selbst am Besten, dass ihr „Fortschrittsbericht" mittlerweile zum reinen Fleißpapier geworden ist. Der Beitritt der Türkei steht zurzeit sowohl innerhalb der EU als auch der Türkei ganz unten auf der Prioritätenliste.

Spätestens bei seinem Besuch in Washington 2007 machte Ministerpräsident Erdoğan eine radikale Wende. Der in seinen ersten Regierungsjahren betriebene auf den EU-Beitritt gerichtete Reformprozess hatte ihn nach anfänglichen Erfolgen in die Sackgasse geführt. Außenpolitisch waren mit der deutschen Bundeskanzlerin Merkel und dem französischen Staatspräsidenten Sarkozy in den zwei wichtigsten EU-Staaten klare Gegner eines türkischen EU-Beitritts an die Macht gekommen. Innenpolitisch wurde er von der nationalistischen Opposition und dem Militär als Ausverkäufer türkischer Interessen an die EU vor sich hergetrieben. Besonders das Militär sah die weitere Annäherung an die EU mit großer Skepsis, sah es doch seine politischen und wirtschaftlichen Privilegien in Gefahr.

In dieser Situation schien der Dreierpakt AKP-Regierung, türkisches Militär und USA gegen die PKK der beste Ausweg für alle Beteiligten. Das türkische Militär konnte durch die Ausweitung des Krieges gegen die KurdInnen seinen Einfluss stärken und die AKP-Regierung konnte sich vom Ruf der islamistischen Unterwanderung seitens des kemalistischen Establishment zu einem großen Teil befreien. Mit dem militärischen Bündnis mit den USA ging aber auch eine politische Verschiebung der türkischen Außenpolitik von Westen nach Osten einher. In enger Anlehnung an die USA sieht sich die Türkei als Global Player im Mittleren Osten. Sei es bei Vermittlungen zwischen Syrien und Israel oder wie zuletzt im Georgienkonflikt. Die Türkei sieht sich mit wohlwollender Unterstützung der USA zunehmend als Vermittler und Richter in der Region. Mit der EU verbindet die Türkei weiterhin intensiver wirtschaftlicher Austausch, aber das ist mit und ohne EU-Beitritt im Interesse aller Beteiligten und keine Frage von Verbesserung der Menschenrechte oder demokratischen Reformen in der Türkei.

Dass der EU-Beitrittsprozess der Türkei formal weitergeführt wird, ist kein Widerspruch, denn gerade bei langfristigen Projekten ist es ein Gebot politischer Klugheit aller Beteiligten, sich alle Optionen offenzulassen. Nur darf niemand ernsthaft erwarten, die Türkei würde sich in dieser Situation seitens der EU unter Druck setzen lassen, demokratische Reformen durchzuführen. Das ist auch nicht das Ziel der EU, da auf absehbare Zeit eine Mitgliedschaft der Türkei innenpolitisch nicht durchsetzbar wäre. Die EU konzentriert sich auf den weiteren Ausbau des Handels, während sie akzeptiert, dass die außenpolitische Orientierung der Türkei von den USA vorgegeben wird.

Im EU-Fortschrittsbericht wird dann auch konsequent die wirtschaftliche Bedeutung der Türkei in den Vordergrund gestellt: „Aufgrund der geostrategischen Position der Türkei kommt ihr eine entscheidende Rolle für die Sicherheit der Energieversorgung in der EU zu, vor allem für die Diversifizierung der Energiequellen. ... Die rechtzeitige Fertigstellung des südlichen Gaskorridors durch die zügige Durchführung der geplanten Projekte, insbesondere des Baus der Erdgasleitung Nabucco, ist eine der höchsten EU-Prioritäten für die Energiesicherheit."

Unter solchen Gesichtspunkten können Menschenrechte und die kurdische Bevölkerung nur stören. ♦

Türkei am Tag der Menschenrechte

Zum *Internationalen Tag der Menschenrechte* am 10. Dezember hat der *Menschenrechtsverein* IHD, Sektion Diyarbakır, eine Bilanz der Rechtsverletzungen in den kurdischen Provinzen gezogen. 2008 war nach Angaben von dem Vorsitzenden der Zweigstelle des IHD in Diyarbakır Muharrem Erbey „das schlimmste Jahr der vergangenen 15 Jahre" im Hinblick auf die Verletzung von Menschenrechten. 32 115 Fälle seien dem IHD bekannt geworden – in den Kategorien Recht auf Unversehrtheit des Lebens, Frauen- und Kinderrechte, Folter, Gefängnisse, persönliche Freiheit und Sicherheit, Meinungs- und Versammlungsfreiheit. „Insbesondere die Aussagen von Ministerpräsident Erdoğan haben zu einem Anstieg der Rechtsverletzungen geführt", so führte Erbey weiter aus. Weitere Zusammenhänge seien der Krieg und die Ausweitung der Polizeibefugnisse. „Es wird immer nur über den Paragraphen 301 gesprochen. Aber darüber hinaus gibt es noch 14 weitere Artikel, mit denen die Menschenrechte beschnitten werden. Und die meisten davon werden gegen kurdische Politiker das kurdische Volk benutzt. Die Menschen werden hier jedes Mal, wenn sie den Mund aufmachen, mit Ermittlungen, Gerichtsverfahren und Verurteilungen konfrontiert."

Auch habe es einen starken Anstieg der bekannt gewordenen Fälle von Misshandlung und Folter gegeben. „Juristische Schritte, Strafanzeigen, mit denen wir dagegen angehen, bleiben unbeantwortet. Bei keinem einzigen Fall ist es auch nur zu einem Ermittlungsverfahren gekommen." Besonders extrem sei die Situation in den Haftanstalten, die quasi ein rechtsfreier Raum seien. *ÖP, 10.12.2008, ISKU*

Die Wurzeln der Türkei: Ergenekon

Ismail Yildiz, Journalist

In den Jahren, in denen das Osmanische Reich im wahrsten Sinne des Wortes im Sterben lag, haben gewisse Kreise innerhalb der offiziellen Regierung des Sultans eine neue verborgene Organisation entwickelt. Als das Osmanische Reich dann schließlich zerbröckelte und ein Machtzentrum namens Türkei in der Region zu regieren begann, war diese Geheimorganisation noch vorhanden und begleitet die Republik seit nunmehr 85 Jahren.

Während sich innerhalb dieser Zeit die Regierungen ablösten, im sozialen und ökonomischen Bereich Fortschritte vollzogen wurden, Regierungen durch Militärputsche abgesetzt und Massaker durchgeführt wurden, hat diese Kraft diejenigen, die die Staatsmacht in der Hand hielten, wie eine Marionette eingesetzt. Sie hat dazu beigetragen, dass die Türkei ihre Identität nicht klären konnte und immer eine Unklarheit diesbezüglich durchlebte.

Die Interventionen dieses Machtzentrums erreichten manchmal einen Punkt, an dem der Staat den Anschein erweckte, ein doppelköpfiger Drache zu sein. Sogar offizielle Regierungsvertreter, Ministerpräsidenten eingeschlossen, erweckten den Eindruck, von der Hand dieses Zentrums geleitet zu werden. Deshalb blieben alle Demokratisierungsbestrebungen nur vorübergehend. Der Grund hierfür liegt darin, dass auf der einen Seite der Wille des Volkes steht und auf der anderen Seite diese verdeckte Hand, die die Marionetten in der Regierung in eine andere Richtung bewegt. Dieses dunkle Machtzentrum wird von einigen als der „tiefe Staat“, von anderen mit der europäischen Definition Gladio und von der Bevölkerung als „Banden“ bezeichnet. Das Erstarken des demokratischen Freiheitskampfes der kurdischen Bewegung hat diese verdeckte Erscheinung regelrecht sichtbar werden lassen. Um seine Ziele zu erreichen, hat der tiefe Staat sogar die Marionetten aus dem Spiel gelassen und ist selbst als Hauptdarsteller auf die Bühne getreten.

Dieser Apparat, der tiefe Staat, hat sich in allen offiziellen Staatsorganen eingenistet: innerhalb der Armee als JITEM, im zivilen Bereich als TIT („türkische Rachebrigade“) und innerhalb der Polizei und des nationalen Geheimdienstes in noch spezielleren und mächtigeren Formen und Strukturen. Die Geheimorganisation geht sogar noch weiter und lässt im legalen politischen Bereich viele Parteien wie Bauchtänzerinnen um sich herumtanzen und scheut sich nicht, im Namen des Staates alle möglichen Taten zu begehen. Dieses Machtzentrum, das während des Osmanischen Reiches als Turan gärte und während der Republik Türkei als türkisch-islamische Synthese seine Identität fand, ist verantwortlich für Gräueltaten wie die Zerstörung und Verbrennung von fünftausend kurdischen Dörfern und Ortschaften, für Tausende Morde so genannter „unbekannter Täter”, für Hunderte von Massakern, für unvorstellbar grausame Foltermethoden in den Gefängnissen und die Vertreibung von Millionen von Menschen aus ihrer Heimat. In den Jahren, in denen der Osten der Türkei im wahrsten Sinne des Wortes in einen Schlachthof für Menschen verwandelt wurde, durchlebte der Westen der Türkei ein gesellschaftliches Trauma und einen Gedächtnisverlust als Folge der Klagerufe aus dem Osten. Das ganze Land gewöhnte sich an die blutige Geschichte der Region und machte es zu einem Teil seines Alltages. Dieses Zentrum, das seine Macht immer mehr ausweitete, entwickelte sich zu einem unaufhaltbaren Ungeheuer, indem es islamische Terrororganisationen kontrollierte, sich im Wirtschaftsleben organisierte und die Fäden der Medienwelt in der Hand hielt. Die Organisation entwickelte feste Strukturen im Bereich der Politik und innerhalb des Generalstabs und der Geheimdienste.

Dieser Apparat, der zuletzt unter dem Namen Ergenekon als Gerüst für die oben aufgelisteten unterschiedlichen Strukturen auftauchte, verwandelte sich zu einem riesigen Reich. Wenn nur ein einziger Baustein herausgezogen wird, droht es, zusammenzubrechen und alle unter sich zu begraben. Dieses System, das sich als Staat im Staat organisierte und zwei unterschiedliche Staaten hervorbrachte, war nicht mehr lange zu verheimlichen. Aufgrund von Widersprüchen innerhalb des türkischen Geheimdienstes MIT wurden die Angaben des Geheimdienstagenten Tuncay Güney öffentlich. Eine Untersuchung wurde eingeleitet und der Vorfall weitete sich aus, nachdem bei Hausdurchsuchungen in Ümraniye bei Istanbul und in Eskişehir Bomben und Kriegsmunition gefunden worden waren. In der Öffentlichkeit wurde diese illegale Organisation dann als Ergenekon bezeichnet.

Dieses Konstrukt, das angesichts der aktuellen Entwicklungen nicht mehr zu ignorieren und zu verheimlichen war, flog auf. Die türkische Armee und die AKP-Regierung, die sich bis zu diesem Zeitpunkt wie zwei scharfe Hunde gegenüberstanden, änderten danach ihre Haltung. Dies wiederum führte dazu, dass sich die Route der Untersuchung ebenfalls änderte. So wurde die Ermittlung auf Militärführer, die inzwischen im Ruhestand sind, oder auf Personen, die mit dem Militär keinerlei Beziehungen mehr haben, begrenzt. Parallel zu diesen Ermittlungen lief auch noch das Verbotsverfahren gegen die Regierungspartei AKP.

Vertreter des Generalstabes und der AKP, die stets bemüht waren, sich aus dem Weg zu gehen, haben in den Tagen, in denen die *Ergenekon*-Ermittlungen und das Verbotsverfahren gegen die AKP lie-

fen, geheim und offen Dutzende Treffen und Verhandlungen durchgeführt, um eine Übereinkunft über den Ablauf des Verfahrens zu treffen. Mit dieser Übereinkunft wurde als Gegenleistung für das Nichtverbot der AKP die Zusage gegeben, dass die Ermittlungen gegen *Ergenekon* die Türen der Kasernen nicht überschreiten dürfen. Diese Übereinkunft, die ihre endgültige Form bei dem Treffen zwischen dem türkischen Ministerpräsidenten Erdoğan und dem damaligen Generalstabschef Yaşar Büyükanıt im Palast Dolmabahçe erhielt, war das erste Zeichen für die Entlastung derjenigen, die die politische Geschichte der türkischen Republik mit Blut geschrieben haben. In diesem Rahmen wurde die Ermittlung, wie vereinbart, begrenzt auf zwei ehemalige Generaloberste, einen ehemaligen General, einige ehemalige Soldaten sowie eine Gruppe von Personen, die in der Öffentlichkeit aufgrund ihrer negativen Praxis schon bekannt waren, geführt. Auf diese Weise wurden alle Erwartungen, endlich das Land von diesen Banden zu säubern, enttäuscht. In der Zeit der Untersuchung bis zum Prozess wurden außerordentliche Szenarien entwickelt. Es wurde der Eindruck erweckt, der Staat würde Rechenschaft für alle schmutzigen Taten ablegen, für die er verantwortlich ist, und alle undemokratischen Organisationen auflösen und die unaufgeklärten Seiten von Ergenekon aufdecken. Aber im Prozessverlauf wurde schnell klar, dass dieser Prozess nichts weiter als eine Formalität sein würde. Die Ereignisse in Susurluk und Şemdinli, die die Ängste der Gesellschaft schüren, und ein Selbstverständnis, das die Massaker vor allem an Kurden rechtfertigt, werden weiter in den geheimsten und sichersten Ecken der türkischen Republik behütet sein. In der Türkei, in der sich alle Gegensätze in der kurdischen Frage vereinen und wo nach außen der Eindruck von einem Land, das sich ändert, vermittelt wird, werden alle Vergehen gegen die Gesellschaft innerhalb der letzten 85 Jahre bedeckt bleiben.

Die Gerichtsverhandlungen werden an einem Ort durchgeführt, der weit weg von den Augen der Öffentlichkeit ist. Die Anklageschrift baut auf Anklagepunkten auf, die nicht die eigentliche Basis der Verbrechen darstellen. Auch wird das Verfahren unnötig mit Tausenden Details verdünnt und die Kurden, als die Hauptopfer von *Ergenekon*, werden nicht als Nebenkläger zugelassen. Dies alles wird für die zukünftigen Taten der *Ergenekon* eine Empfehlung darstellen.

Dieses Verfahren, das nur symbolisch ein paar Personen verurteilt, zeigt noch einmal, inwieweit das türkische Rechtssystem abhängig und ungerecht ist. Es wird deutlich, auf welcher Grundlage die staatlichen Organisationen miteinander verbunden sind und nach welchem Mechanismus sie arbeiten.

Diese lenkende und Grenzen aufweisende Atmosphäre ist ein Zeichen dafür, dass in naher Zukunft die Türkei sehr ernste Probleme erwarten. Um die Organisation, die wie eine Krake ihre Arme in alle Lebensbereiche ausgestreckt hat, vollständig aufdecken und die Verantwortlichen vor Gericht bringen zu können, ist es notwendig, den Umfang der Ermittlung auszuweiten. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, den vorherigen Generalstabschef Büyükanıt, den ehemaligen Innenminister Mehmet Ağar, die ehemalige Ministerpräsidentin Tansu Çiller sowie viele Politiker und Militärs, die gegenwärtig Mandate innehaben, eine Vielzahl von Polizisten, die inzwischen im Ruhestand sind, alle, die JITEM gegründet haben, alle, die Hizbollah und TIT gegründet haben und viele mehr bei den Ermittlungen mit einzubeziehen. Andernfalls wird es nicht möglich sein, einen solchen Apparat, der bis in die Wurzeln des Staates eingedrungen ist, zu bekämpfen. Es wird nicht möglich sein, mit der Vergangenheit abzurechnen, die gesellschaftlichen Probleme zu lösen und aus der Türkei eine Republik der Völker zu machen.

Details zu *Ergenekon*

Das *Ergenekon*-Verfahren kam am 12. Juni 2007 auf die öffentliche Tagesordnung, als in einem Übernachtungshaus im Stadtteil Umraniye bei Istanbul 27 Handgranaten, TNT-Spuren und Lunten sichergestellt wurden. Anfänglich schien es sich um eine gewöhnliche Bandenangelegenheit zu handeln. Aber als die Ermittlungen sich ausweiteten und viele Personen, die in diesem Zusammenhang festgenommen wurden, Personen des öffentlichen Lebens waren, steigerte sich die Aufmerksamkeit. Während von den 150 Festgenommenen 58 verhaftet wurden, blieben die anderen Verfahrensbeteiligten auf freiem Fuß. Bei der Fortführung der Untersuchung im Haus von Fikret Emek, einem ehemaligen Militär in Eskişehir, wurden ähnliche Munitionsmengen gefunden. Dies führte dazu, dass neue Fragen aufkamen und die Ernsthaftigkeit der Angelegenheit zunahm. Die Festnahme von zwei ehemaligen hochrangigen Mitgliedern des Militärs in den darauffolgenden Tagen brachte einen Sturm in die Sache. Eine weitere Entwicklung in diesem Zusammenhang war, dass diese beiden hochrangigen Generäle von einem von der Armee offiziell beauftragten hochrangigen Militärmitglied im Gefängnis besucht wurden.

Die Presse konnte einen Wirbel auslösen, die Politiker behielten diesen Vorfall monatelang auf ihrer Tagesordnung und ein Teil der Öffentlichkeit hegte gewisse Hoffnungen. Der Tag, an dem der Prozess vor dem 13. Strafgericht Istanbul in Silivre begonnen wurde, war für die Türkei ein historischer Tag. Denn über 30 Live-Übertragungswagen und Hunderte Journalisten waren zur Prozesseröffnung angereist. Die Vorfälle am ersten Prozesstag gaben auch Anhaltspunkte, inwieweit der Staat dieses Verfahren ernst nimmt. Die Unzulänglichkeiten im Prozesssaal, die fehlende Professionalität des elektronischen Systems und die Größe des Saals, der nur ein Drittel der Besucher fassen konnte, führte dazu, dass die Verhandlung nicht wie geplant beginnen konnte. In den darauf folgenden Prozesstagen nahm das Interesse der Angehörigen der Angeklagten sowie das Interesse der nicht inhaftierten Angeklagten ab. Auch die Bemühungen der Presse, das Interesse abflauen zu lassen, führte dazu, dass dieser Prozess fast von der Tagesordnung gedrängt wurde. Über die andauernden Verhandlungen ist nur ab und an in den Fernsehkanälen und Zeitungen etwas zu hören. Auf diese Weise ist auch Klarheit in den Köpfen eingekehrt, wie dieser Prozess wohl enden wird. ♦

Großkundgebung der Aleviten in Ankara

Der Alptraum der Regierung: ein kurdisch-alevitisches Bündnis

Erdal Er, Journalist

Aleviten – in der Türkei noch immer ein Tabuthema, noch immer für nicht existent erklärt und die Diskussionen um sie lange Jahre de facto verboten – waren mit ihrer alevitischen Identität und ihren Forderungen auf der Straße. Die Kundgebung in Ankara, zu der am 9. November 2008 landesweit über hunderttausend Aleviten zusammenkamen, beweist, dass – wenn gewollt – Tabus gebrochen und alte Denkstrukturen überwunden werden können.

Diese Kundgebung ist vor dem Hintergrund, dass zum ersten Mal Aleviten für ihre Belange auf die Straße gehen, sie somit die erste ihrer Art ist und mit der alevitischen Identität durchgeführt wurde, von großer Bedeutung.

Auf der Kundgebung unter dem Motto „Wir wollen gleiche Bürgerrechte" kamen Forderungen zum Ausdruck, die eigentlich seit Jahren von alevitischen Institutionen und VertreterInnen vorgetragen werden. So die nach einer Anerkennung der Cem-Häuser als Gebetshäuser, der Abschaffung des Pflichtfaches Religion, der Einstellung von Moscheebauten in alevitischen Dörfern und Ortschaften, der Abschaffung des *Amtes für Religionsangelegenheiten*, nach der Umwandlung des Madimak-Hotels in ein Museum, der Anerkennung gleicher Bürgerrechte und einer demokratischen Lösung der kurdischen Frage.

Die Hauptforderung der Kundgebung war Gleichberechtigung, denn die Aleviten sind in der Türkei weder rechtlich noch in der Verfassung oder aus Sicht der Bürgerrechte gleichgestellt. Denn die alevitische Kultur wird abgelehnt und als nicht existent erachtet, das Glaubensrecht wird für Aleviten außer Kraft gesetzt, alevitische Kinder werden mit dem Pflichtfach gezwungen, am Religionsunterricht teilzunehmen, in alevitischen Dörfern werden Moscheen gebaut, um alevitische Kultur und Glauben zu assimilieren, Aleviten werden diskriminiert, weil sie Aleviten sind, das Madimak-Hotel, in dem am 2. Juli 1993 bei einem Brandanschlag alevitische Dichter, Intellektuelle und Künstler ums Leben kamen, wird als Kebab-Haus betrieben, der Staat finanziert nur eine Konfession, weil die türkisch-islamische Synthese als offizielle Staatsideologie aufgezwungen wird. Das alles verletzt das Prinzip der Gleichheit. Aus diesem Grunde werden diese Praktiken zu Recht von alevitischer Seite abgelehnt.

Aber lassen sich die Probleme der Aleviten darauf reduzieren? Nein, denn es lässt sich unmöglich behaupten, das wären allein die Probleme der alevitischen Gemeinschaft. Sie haben politische, kulturelle und soziale Dimensionen.

Es ist natürlich ein ernstes Problem, wenn über Pflichtunterricht und Moscheebauten Assimilation betrieben wird. Aber viel wichtiger sind in diesem Zusammenhang die offizielle Staats- und die Alevitenpolitik. Der türkische Staat nimmt die Aleviten ähnlich wie die Kurden als ein Problem wahr. Seit der Gründung der Republik bis heute werden die Aleviten als potentielle Täter gesehen. Ein Staat und seine politischen Parteien, die sich nicht von dieser Strategie und Politik distanzieren, werden auch nicht in der Lage sein, dauerhafte Lösungen für die Probleme der Aleviten zu entwickeln.

Sowohl zu den Zeiten des Osmanischen Reiches als auch in den vergangenen 85 Jahren der Republikgeschichte wurden die Aleviten diskriminiert und der Staat massakrierte sie, weil sie Aleviten sind. Er wird das Alevitenproblem nicht lösen, solange er nicht bereit ist, Rechenschaft über diese Gräueltaten abzulegen.

Ein Staat, der sich nicht mit den Massakern in Koçkiri, Dersim, Malatya, Maraş, Çorum, Sivas und Gazi konfrontiert, kann das Alevitenproblem nicht lösen und kein Lösungsvorschlag würde auf die Zustimmung der Aleviten stoßen.

Nach der Kundgebung von Ankara haben Parteien wie die AKP, CHP und MHP, die schon immer die Aleviten ablehnten und deren legitime Forderungen ignorierten und Hauptverantwortung für die Entwicklung des Problems bis zum gegenwärtigen Punkt tragen, nun die Aleviten auf ihre Tagesordnung gesetzt:

Die Diskussionen um neue Öffnungen für die alevitische Frage, nachdem die AKP angeblich mit ihren Vorhaben dabei gescheitert ist, bedeuten nichts anderes, als dass neue Pläne gegen die alevitische Gemeinschaft geschmiedet werden.

Die alevitischen Stimmen, die vor den Kommunalwahlen als ein Kuchen betrachtet werden, den es noch aufzuteilen gilt, scheinen den Appetit dieser Parteien geweckt zu haben.

Das Aleviten-Problem kann nicht dadurch gelöst werden, dass die alevitischen Geistlichen nun entlohnt, die Aleviten am *Amt für Religionsangelegenheiten* beteiligt und den Cem-Häusern kostenlos Wasser und Strom zugeteilt werden sollen.

Wenn wirklich Interesse an einer Lösung besteht, darf die Existenz der Aleviten nicht mehr als Problem aufgefasst werden. Anstatt unrealistische Rezepte anzubieten und auf diese Weise über die Köpfe der Aleviten hinweg zu bestimmen, sollten die Rechte, die diese einfordern, zugestanden und respektiert werden. Eine realistische Lösung kann es nur geben, wenn sie den alevitischen Forderungen entspricht. Es geht nicht darum, den Aleviten ein neues Kleid aufzuzwingen.

Die klaren und deutlichen Forderungen der Aleviten zu ignorieren bedeutet nichts anderes als ihre Verleugnung. Aber wir wissen, dass es dem Staat nicht um eine Lösung des alevitischen Problems geht, sondern darum, seine eigenen Aleviten zu schaffen und das alevitische und kurdische Zusammentreffen auf gleicher Basis zu verhindern. Die größte Besorgnis des Staates im Hinblick auf die Aleviten besteht darin, dass Aleviten und Kurden sich verbünden könnten. Dass sie sich im Rahmen gemeinsamer Forderungen zusammentun wollen, ist zum Alptraum auf staatlicher Seite geworden.

Die Aleviten müssen ihre Ansprüche mit anderen Volksgruppen, die ebenfalls große Probleme zu bewältigen haben, in erster Linie der kurdischen, vereinen. Ein kurdisch-alevitisches Bündnis kann die Lösungsadresse für die Probleme der Türkei sein. ♦

Die *Freie Demokratische Alevitische Bewegung* ist ein junger Zusammenschluss

Interview von Songül Karabulut mit Ergin Doğru, Sprecher der *Freien Demokratischen Alevitischen Bewegung*, über die Schwierigkeiten und Forderungen der alevitischen Gemeinschaft in der Türkei.

Herr Ergin, wir beobachten, dass die Aleviten in der Türkei in den letzten Jahren ihre Forderungen im Vergleich zu früher stärker und auf unterschiedliche Weise zum Ausdruck bringen, zuletzt mit einer großen Kundgebung in Ankara. Ist in der Türkei eine organisierte alevitische Opposition im Entstehen begriffen?

Der Kızılbaş-Alevitismus[1] hat es hier als uralter Glaube trotz der Angriffe und Massaker der herrschenden Mächte geschafft, bis heute zu existieren. In der Zeit des Militärputsches vom 12. September 1980, als alle dynamischen gesellschaftlichen Kräfte niedergewalzt wurden, blieb auch der Kızılbaş-Alevitismus nicht verschont. Eine lange Zeit des Schweigens war die Folge. Hierfür gibt es unterschiedliche Gründe. Auch der Kızılbaş-Alevitismus wurde ebenso wie andere gesellschaftliche Kreise von der sich entwickelnden demokratischen kurdischen Bewegung beeinflusst. Nach dem Massaker in Sivas[2] war es für uns unumgänglich, den Kampf zu stärken. Dabei blieb das System nicht tatenlos und versuchte, die Aleviten unter seine Kontrolle zu bringen. Folglich entstanden mehrere Organisationen. Heute können wir von einer breiten alevitischen Organisierung trotz unterschiedlicher Ansichten und Haltungen sprechen und in diesem Sinne von der Kundgebung in Ankara als einem Wendepunkt für die demokratische alevitische Bewegung. Diese alevitische Bewegung, die bislang von einer Antragsmentalität und einer Erwartungshaltung an die Machthaber gekennzeichnet gewesen war, hat zum ersten Mal ihre Forderungen auf die Straße getragen. Auf diese Weise hat sie einen wichtigen Schritt unternommen, indem sie ihre speziellen Forderungen mit den allgemeinen gesellschaftlichen Forderungen verband, um so die Absichten des Systems zum Scheitern zu bringen.

Was sind die konkreten Forderungen der Aleviten, was kritisieren sie und was fordern sie ein?

Wegen der verschiedenen Ansichten und Haltungen der kızılbaş-alevitischen Organisationen in der Türkei gibt es auch Unterschiede bei den Forderungen. Aber die Forderungen, die in der allgemeinen alevitischen Öffentlichkeit Konsens finden, sind folgende:

- Anerkennung der kızılbaş-alevitischen Identität, nicht nur verbal, sondern verfassungsrechtlich garantiert.
- Einstellung aller Behinderungen und Repressionen der Organisierung der Aleviten und Beendigung ihrer Diskriminierung.
- Rechtlicher Status für unsere Gebets- und Kulturhäuser *Cemevi*.
- Aufklärung aller Massaker, denen die Kızılbaş-Aleviten bis heute ausgesetzt waren, und Verurteilung der Verantwortlichen. Der Staat sollte sich für seine Verantwortung für die Massaker entschuldigen.
- Umwandlung des Madimak-Hotels in ein Gedenkmuseum.
- Einstellung der Assimilationspolitik, Beendigung des Zwangsreligionsunterrichts sowie des Moscheebaus in alevitischen Dörfern und Ortschaften.

(1) kızılbaş: seit Mitte des 15. Jh. Anhänger des schiitischen Sufi-Ordens der Safawiden; ihr Name leitet sich ab von der charakteristischen roten Kopfbedeckung mit 12 Zwickeln, die ihr Ordensmeister Haydar eingeführt haben soll.

(2) Am 2. Juli 1993 wurden dort anlässlich des Pir-Sultan-Abdal-Kulturfestes die Veranstaltungsorte von annähernd 10 000 angeblichen islamischen Fundamentalisten belagert und das Madimak-Hotel in Brand gesetzt, was 33 alevitische Intellektuelle, Künstler, Dichter und Schriftsteller das Leben kostete.

Neben diesen gemeinsamen Forderungen verlangen wir als *Freie Demokratische Alevitische Bewegung*, dass die Grabstelle unseres Glaubensführers Seyid Riza bekannt gegeben wird, sowie das Recht, in unserer Muttersprache predigen und beten zu können.

Der Alevitismus ist eine Glaubensrichtung, der Menschen aus unterschiedlichen ethnischen Gruppen angehören. So gibt es türkische und kurdische Aleviten. Stellt das ein Problem beim gemeinsamen Handeln dar? Wenn ja, wie kann es behoben werden?

Ich denke, dass diese Frage wichtig ist. Es ist ein Problem, das bislang nicht offen diskutiert wird und eher unter den Tisch fällt. Einige alevitische Organisationen, die der monistischen Mentalität des Systems anheimfallen („ein Staat, eine Nation, eine Sprache"), zeigen vor allem gegenüber den kurdischen Aleviten eine verleugnerische Haltung. Ihnen zufolge können Aleviten alle ethnischen Identitäten haben, nur keine kurdische. Diese chauvinistische und amtliche Haltung herrscht bei den meisten traditionellen Organisationen vor, insbesondere der CEM Vakfı (*„Cumhuriyetçi Eğitim ve Kültür Merkezi Vakfı"*, etwa: Republikanische Bildungsstiftung) und der Stiftung *Ehlibeyt [ehlibeyt: nächste Angehörige des Propheten Mohammed]*. Bei den alevitischen Organisationen, die wir als verhältnismäßig fortschrittlich betrachten, wird dieses Problem ignoriert. Wir müssen diese verleugnende chauvinistische Gesinnung aufbrechen. Diese Haltung, die der Philosophie und Kultur des Kızılbaş-Alevitismus widerspricht, alle als gleich anzusehen und zu behandeln, muss überwunden werden. Die kurdische Frage, als Problem dieses Landes, ist auch ein Problem der Aleviten. Diese Verleugnung der kurdischen Aleviten kann durch die Loyalität zu unserer Geschichte, Philosophie und Kultur überwunden werden. Wir sollten uns für Frieden und Geschwisterlichkeit einsetzen und für die demokratisch-friedliche politische Lösung der kurdischen Frage. Nur so können wir untereinander diese beschämende Verleugnungsmentalität überwinden.

Die AKP wird in Europa als die Lösungspartei gesehen und als solche unterstützt. Sind Sie der Meinung, dass die AKP eine der Lösung der Probleme der Türkei dienliche Haltung an den Tag legt? Wie würden Sie die AKP-Politik bezüglich Religion und Glauben kurz umschreiben?

Als die AKP hervortrat, wurde sie von den Kapitalkreisen und den USA mit dem Ziel unterstützt, die politische Stagnation des Landes zu durchbrechen und die Beziehungen zur EU zu verbessern. Die aus den anfänglichen Schritten in der EU-Frage aufkeimende Hoffnung führte dazu, dass die AKP als die Lösungspartei betrachtet wurde. Es dauerte nicht lange, bis klar wurde, dass es nur eine Täuschung war. Wesentlich dafür war die Annäherung der AKP an die kurdische Frage und den Militarismus. Die Haltung der Regierung gegenüber den chronischen Problemen der Türkei bestimmt auch die Zukunft des Landes. Weil hier politische Parteien nicht den Mut haben, diese beiden wichtigsten Fragen zu lösen, können sie keine Stärke entwickeln und sich nicht von der bevormundeten Demokratie befreien. Auch die AKP hat in diesen beiden Fragen auf der Seite des Status quo Platz genommen. Folglich ist sie keine Partei der Lösung, sondern eine des Status quo. Die Annäherung der AKP an Religions- und Glaubensfragen ist ebenfalls täuschend und falsch. Die Herangehensweise dieser Partei, die den sunnitischen Islam vertritt und die Verleugnungsmentalität, ist nicht ernsthaft. Von einer Partei, die von einem autoritären und monistischen Ministerpräsidenten geführt wird, zu erwarten, dass sie pluralistisch und demokratisch agiert, ist unrealistisch. Trotz der Versuche der AKP, sich anders zu verkaufen, sieht die Realität so aus.

Können Sie uns kurz die *Freie Demokratische Alevitische Bewegung* vorstellen?

Die *Freie Demokratische Alevitische Bewegung* (ÖDAH) ist ein junger Zusammenschluss. Sie ist sozusagen als eine Reaktion auf die Assimilationsmentalität und deren Pläne entstanden und versucht, sich so schnell wie möglich zu organisieren. Unsere junge Bewegung, die aus gemeinsamen Standpunkten zu drei Hauptpunkten entsprang, wird, je mehr sie mit der Bevölkerung zusammenkommt, von dieser unterstützt werden. Wir denken, dass sie sich auf ihrem Weg mit den Wurzeln des Kızılbaş-Alevitismus verbinden und sich in diesem Sinne ihres historischen Kerns, ihres Erbes und ihrer Vorbilder annehmen sollte, um der Assimilationspolitik Einhalt zu gebieten. Nach dieser Festlegung unserer Referenz erachten wir es als zwingend notwendig, den Alevitismus erneut mit der demokratischen Kampftradition zusammenzubringen, entgegen den Bestrebungen des Systems, sie voneinander zu trennen. Wir haben verstanden, dass wir uns ansonsten nicht davor schützen können, zum Ersatzteil des Systems zu werden. Bei den drei Hauptpunkten, über die wir einen Konsens erzielt haben, geht es um die Einsicht, dass auch wir bei der Lösung der Grundprobleme der Türkei, d. h. bei der Lösung der kurdischen Frage, etwas zu sagen haben sollten. Diese zwingende Einsicht resultiert zum einen aus der philosophischen Tradition unseres Glaubens und zum anderen daraus, dass wir Kurden sind. Die Mitglieder der ÖDAH sehen es als ihre Aufgabe, sich für das demokratische, freie und friedliche Zusammenleben in der Türkei zu engagieren, und sind fest entschlossen, sich selbstlos für die Lösung der Probleme einzusetzen, die aus der Verleugnungs- und Vernichtungsmentalität gegen den Kızılbaş-Alevitismus resultieren.

Zur Person:
Ergin Doğru ist 1972 in Istanbul geboren. Seine Eltern stammen aus Dersim (Tunceli). Seit dem Gymnasium ist er politisch aktiv. Er wirkte in unterschiedlichen Parteien in der Leitung. Aufgrund seiner politischen Ansichten war er in der Türkei für kurze Zeit im Gefängnis. Gegenwärtig ist er im *Menschenrechtsverein* IHD sowie als Sprecher der *Freien Demokratischen Alevitischen Bewegung* tätig. ♦

70 Jahre nach dem Genozid in Dersim

Vertreibung und Vernichtung – Kontinuität der Türkei

Baki Gül, Journalist

Eine Frau, die das Massaker der türkischen Armee in Dersim 1937 als 9-Jährige erlebte, teilt nach 70 Jahren das erlittene Leid der ganzen Welt mit, zur Hälfte in Dimilki und zur Hälfte in Türkisch, und sie bestätigt das Wort von Tschingis Aitmatow: „Der Tag zieht sich hin bis zu einem Jahrhundert.“ Ein Schlüsselsatz zum Verständnis der Geschichte der Völker in der Türkei.

Da die Geschichte in der Türkei auf der Grundlage „des ewigen Fortbestehens des Staates, der Unzerstörbarkeit der Republik und des Grundsatzes von einer Fahne, einer Nation, einem Land und einer Sprache“ basiert und dementsprechend geschrieben wurde, können Sie die Realität der Vergangenheit nicht nachvollziehen. Den Spuren von 1,5 Millionen Menschen, die 1914–1915 beim Massaker an den Armeniern getötet wurden, werden Sie im Staatsarchiv der Republik Türkei nicht begegnen. Auch wenn Sie fündig werden, stehen Sie den unerschütterlichen Mauern des Staates gegenüber. Sie können die Vertreibung der Rhomäer nicht zum Ausdruck bringen. Sie werden mit Ihren Forschungen die Dunkelheit in den Wirrungen vom „Staat im Staat“ nicht erhellen. Wenn Sie von den Details der Massaker an den Altsyrern und Yeziden hören und diesen nachgehen, können die Spuren Sie von den Tälern Kurdistans in die Berge führen. ... Die Geschichte der hier kurz erwähnten Armenier, Rhomäer, Altsyrer und Yeziden in der Türkei ist von Massakern geprägt. Wer hat warum und wie diese Massaker verübt?

Sie werden mit ihren unbeschreiblichen und undefinierten historischen Thesen in den diplomatischen Beziehungen zwischen den Staaten verheimlicht oder zum Bestandteil von Verhandlungen. Es gibt jedoch einen Zeitraum in der Geschichte der Republik Türkei, der weder auf die Tagesordnung der Türkei noch der Kurden oder internationaler Beziehungen gekommen ist. Viele haben diese Realität übersehen, überhört und Unwissenheit vorgetäuscht: In den Jahren 1937–1938 wurden im Gebiet Dersim in Nordkurdistan durch ein systematisches Massaker der Republik Türkei nach staatlichen Angaben 12 000, nach Angaben örtlicher Quellen und unabhängiger Historiker 70 000 alevitische Kurden ermordet. Über dieses Massaker haben sie außer den Liedern, die den Schmerz darüber zum Ausdruck bringen, und den Erzählungen der Unterdrückten, Verängstigten und Flüchtlinge nichts in der Hand. Doch in den versteckten und offenen Archiven der Republik Türkei finden sich Pläne und Belege für ein systematisches Massaker. Der *Verein zum Neuaufbau von Dersim* hat am 13. November 2008 mit Unterstützung der Linksfraktion des Europaparlaments eine „Konferenz zum Genozid in Dersim 70 Jahre danach” durchgeführt. Da diese die erste Konferenz nach 70 Jahren war, wurde in der Türkei und international viel darüber diskutiert. Es war wichtig, dass über das Thema diskutiert wird. Denn das Massaker von 1938, bisher weder in der Türkei noch international thematisiert, ist eine Realität, die das Leiden in der kurdischen Geschichte aufrechterhält. Zudem bietet es der Republik Türkei eine bedeutende Chance, sich mit ihrer Vergangenheit auseinanderzusetzen und den Fehler einzugestehen. Jedoch waren die Diskussionen in der Türkei nach der Konferenz im *Europäischen Parlament* nicht im Sinne der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Die Türkei hat das Massaker von Dersim als eine Situation bewertet, die ihr wie das Massaker an den Armeniern und Rhomäern auf internationaler Ebene Probleme bereiten wird. Doch was war 1937–1938 in Dersim geschehen? Wie kam diese Realität auf der Konferenz zur Sprache?

> „... sie haben meine Familie in der Nähe von Kemerece ermordet; im Munzur floss nur rotes Blut. Ich habe Hunde mit Füßen und Händen von Menschen gesehen. Sie haben uns jeweils zu zweit an Bäume gebunden, zwei Schwangere hatten Wehen, sie wurden von der Klippe heruntergestoßen und die Kinder im Leib der zertrümmerten Mütter klebten an den Steinen. Sagt, dass Europa dieses Massaker nicht zulassen soll ...“

In der Region Dersim leben alevitische Kurden. Das Gebiet Dersim reicht bis Sivas, einschließlich Koçgiri, und umfasst große Teile von Bingöl, Harput und Erzincan. Wie auch im Osmanischen Reich lebten die Menschen aus Dersim, die sich nicht an die Republik Türkei gebunden fühlten, de facto in einem autonomen Gebiet. Sie zahlten keine Steuern an die Zentralregierung und gingen nicht zum Militär. Auch wenn zu Zeiten des Osmanischen Reiches die Zentralregierung versuchte, diese Situation zu ändern, gelang es ihr aufgrund des Widerstandes der Men-

schen in Dersim nicht. Die von Mustafa Kemal gegründete Republik Türkei jedoch etablierte in der Gründungsphase die Zentralregierung durch Übernahme der Kontrolle über Anatolien und Thrakien. Allerdings konnte sie ihre Macht in Dersim nicht festigen, so dass sie es wie bereits die vorherigen kurdischen Aufstände durch Einsatz von Militär blutig niederschlagen wollte. Da militärische Offensiven 1933 keinen Erfolg hatten, entwickelte die Türkei einen neuen Plan. Die Regierung in Ankara verabschiedete Sondergesetze und plante, Dersim zu entvölkern – die Aufständischen zu vernichten und die Verbliebenen zu vertreiben.

So wurde am 14. Juni 1934 das Vertreibungsgesetz Nr. 2510 verabschiedet, welches die Türkei nach ethnischen Gesichtspunkten in drei Gebiete teilt. Am 25. Dezember 1935 benannte das Ausnahmezustandsgesetz Nr. 2884 Dersim in Tunceli („Bronzehand") um. Elazığ, Tunceli, Erzincan und Bingöl wurden zum vierten Gouverneursbezirk mit Elazığ als Zentrale zusammengelegt. Ministerpräsident Ismet Inönü veröffentlichte seine Eindrücke und Vorschläge bezüglich des Ostens 1935 in einem „Ost-Bericht". In der Regierungssitzung vom 18. Juni 1937, an der auch der Generalstabschef Fevzi Çakmak teilnahm, stellte er das sogenannte „Reformprogramm" vor. Anschließend begannen Militäroffensiven. Seyit Riza und seine Gefährten wurden am 15. November 1938 in Elazığ hingerichtet. Zehntausende Menschen wurden in Dersim ermordet.

Prof. Dr. Roland Mönch von der Universität Bremen teilt die Ereignisse in drei Phasen ein: Die erste Phase war die Vorgeschichte. Die Verfügung für die Vertreibungen und Massaker in Dersim kam vom Verhandlungstisch. Sowohl das Massaker an den Armeniern 1915–1917 als auch die Repressalien in Dersim gegen Sprache, Religion und Ethnie waren im Sinne des „Verbrechens an der Menschheit", das dem Aufbau einer homogenen Nation in Anatolien diente. Die zweite Phase war der Genozid von 1936–1938, bei dem 70 000 Menschen getötet wurden. Die Assimilations-, Vertreibungs- und Verleugnungspolitik nach 1938, die bis heute andauert, bildet die dritte Phase.

Zahlreiche Wissenschaftler haben belegt, dass das Massaker aufgrund offizieller Beschlüsse und einer systematischen Politik durchgeführt wurde. Doch konnte es weder in der Türkei noch auf internationalem Parkett ausreichend zur Sprache gebracht und erörtert werden. Daher wurde in der Türkei über die Dersim-Konferenz im EP vom 13. November 2008 umfassend diskutiert. Die europäische Öffentlichkeit hat, wenn auch nur begrenzt, versucht zu verstehen, was die Kurden in Dersim in dieser Zeit erlebt haben. Auf der Konferenz wurden Parallelen gezogen zwischen der damaligen Vernichtungs- und der heutigen Staatspolitik. Die DTP-Abgeordnete Aysel Tuğluk aus Diyarbakır, ursprünglich aus Dersim kommend, beschreibt diese Parallelität: „Wenn die Kurden Widerstand leisten und ihre Rechte einfordern, werden sie als Terroristen bezeichnet. Bedauerlicherweise haben auch die Europäer, die die fortschrittlichsten Zivilisationen gegründet haben, die kurdische Realität nicht bewerten können. Jahrzehnte starben wir, wurden unsere Namen verändert; wenn wir unsere Identitätsrechte einforderten, wurde die Armee auf uns gehetzt. Ismet Inönü, der den Befehl für das Massaker gab, sagte vor Jahren: ‚In diesem Land steht nur der türkischen Nation das Widerstandsrecht zu.' Auch nach 70 Jahren wird diese Phase mit der gleichen Mentalität fortgesetzt. Es wird von einer Nation, von einer Sprache gesprochen. Wir wollen unsere Identität; wir wollen so leben, wie ein Volk mit seiner Würde lebt."

Politiker, Akademiker, Zeitzeugen und Juristen haben den Genozidcharakter der Ereignisse in Dersim hervorgehoben. In der Abschlussdeklaration wurden folgende Beschlüsse gefasst:

- Die Republik Türkei muss sich mit ihrer Vergangenheit auseinandersetzen und ihre sich aus internationalem Recht ergebenden Pflichten gegenüber den Opfern erfüllen.
- Die unbekannten Grabstätten bzw. der Verbleib Seyit Rizas, seines Sohnes und der anderen Menschen müssen ihren Angehörigen mitgeteilt werden.
- Der Verbleib der während des Genozids verschwundenen bzw. entführten Kinder muss geklärt werden.
- Alle Archive bezüglich des Massakers in Dersim, die die Türkei, die EU-Staaten, die USA und die Russische Föderation besitzen, müssen der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.
- Ein spezielles Rehabilitationsprogramm zur Minimierung der Schäden in den Bereichen Sprache, Kultur, Glauben und Identität ist notwendig.
- Der Bau der Staudämme, der lediglich auf die Entvölkerung der Region abzielt, muss unverzüglich gestoppt werden. Vorkehrungen für den Schutz der Natur müssen getroffen werden.
- Alle betreffenden Institutionen, allen voran die EU, müssen ihren Einfluss in der Türkei geltend machen, damit der Genozid in Dersim nicht vergessen wird und alle Details ans Licht kommen. ♦

Türkische Justiz ermittelt gegen deutschen Professor

Die türkische Staatsanwaltschaft ermittelt gegen einen deutschen Professor, weil dieser bei einem Vortrag im EU-Parlament den türkischen Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk "beleidigt" haben soll. Er sei von dem Ermittlungsverfahren nicht überrascht, sagte Ronald Mönch.
Der Jurist Mönch, ehemaliger Rektor der Hochschule Bremen, hatte Mitte November bei einer Konferenz im EU-Parlament in Brüssel über einen Kurdenaufstand in Ostanatolien im Jahr 1937 gesprochen, der von den türkischen Behörden gewaltsam niedergeschlagen wurde. In diesem Zusammenhang sagte Mönch, nach heutigen Maßstäben hätte Atatürk als türkischer Staatschef wegen der Gewaltanwendung gegen Zivilisten vor Gericht gestellt werden müssen. Die Staatsanwaltschaft in Ankara sieht darin eine mutmaßliche Beleidigung des türkischen Staatsgründers, wie türkische Zeitungen berichteten.

Quelle: Der Standard, 1.12.2008, ISKU

Was geschah 1937–38 in Dersim?

Ayşe Hür, Taraf

1937 sogenanntes Reformprogramm

Ministerpräsident Ismet Inönü hatte seine Eindrücke und Vorschläge bezüglich des Ostens 1935 in einem „Ost-Bericht“ veröffentlicht. In der Regierungssitzung vom 18. Juni 1937, an der auch Generalstabschef Fevzi Çakmak teilnahm, stellte er das sogenannte „Reformprogramm“ vor. Demnach sollten Straßen, Brücken und Schulen gebaut, militärische und Steuerangelegenheiten geregelt, Feudalismus, Stammesherrschaft und Scheichtum aufgehoben werden; die Besitztümer Gewalttätiger sollten in staatlichen Besitz überführt und der Bevölkerung Land, landwirtschaftliche Maschinen und Saatgut gegeben werden. Diejenigen, die Dersim zu einem Zentrum für Räuber gemacht hatten, sollten im türkischen Westen zu ehrenhaften, gebildeten Staatsbürgern ausgebildet werden. Dersim sollte komplett entvölkert werden und niemand ohne Genehmigung des Ministerrates in Dersim wohnen oder sich dort niederlassen dürfen. So sollten die Menschen aus Dersim – laut offizieller historischer These ursprünglich original sunnitische Türken aus Horasan und zu den Kızılbaş-Kurden [=*Aleviten*] übergegangen – zu ihrem eigentlichen Umfeld und ihrem eigentlichen Ich kommen. Unter den von Inönü veröffentlichten Maßnahmen befand sich auch folgende: „In den mehrheitlich türkisch bewohnten Orten sollen Mädchen- und Jungenschulen eröffnet werden. Dort sollen alle Kinder aus Dersim, die das fünfte Lebensjahr erreicht haben, Schulbildung erhalten. Sie sollen miteinander verheiratet werden. So soll ein türkisches Nest entstehen.“

Während das Programm vorbereitet wurde, ergaben sich 2 000 der 3 700 Gesuchten den staatlichen Sicherheitskräften. Die einzigen Widerstand Leistenden waren Seyit Riza und seine Gefährten, die sich in der Schlucht Kutu versteckt hatten.

Das Verfahren gegen Seyit Riza und seine Gefährten begann am 18. Oktober 1937 in Elazığ. Am 15. November wurden Seyit Riza, sein Sohn Hüseyin, Hasso Seyidi, Führer des Seyhan-Stammes, der Führer des Yusufhan-Stammes und weitere Stammesführer hingerichtet. (Quelle: 16. November 1937, Tan)

Anderthalb Monate nach den Hinrichtungen begann eine noch umfangreichere Offensive in Dersim. Nach Unterlagen des Generalstabs sollten am 2. Januar 1938 im Dorf Kackerek 1 149 von der Justiz und der Ausmusterungsbehörde in Ovacık gesuchte Personen, 100 Personen des Haydaran- und des Kör-Abbas-Stammes, 50 Räuber des Demanan-Stammes, 100 Räuber des Kecel-Stammes und 50 Bewaffnete des Abbas-Asuran- und des Beyit-Stammes mitsamt Familien gesäubert werden. (Reşat Hallı, Aufstände in der Republik Türkei (1924–1938), Vorsitz der Historie des Generalstabs, 1972, S. 432 ff.)

Dass dies nicht das Ziel war, war bekannt. Denn die Offensive war nicht nur auf das Gebiet des Widerstandes begrenzt, sondern umfasste auch Pertek, Mazgir, Nazımiye, Pülümür und Erzincan, welche dem Staat Steuern zahlten und zum Militär gingen. Diese Züchtigungs- und exemplarische Bestrafungsoffensive dauerte bis zum 31. August an. Mit dieser wurden laut Buch alle Räuber, Diebe, Bergmenschen und umgebenden Gruppen vernichtet, gesäubert und ihre Dörfer verbrannt. Die Bilanz der Offensive vom 6.–16. September 1938: „Aus dem Gebiet wurden lebend bzw. tot 7 945 Menschen herausgeholt. 1 019 Waffen wurden beschlagnahmt.“ (Reşat Hallı, S. 478) Nach inoffiziellen Angaben liegen die Zahlen deutlich höher.

Und Vertreibungen: Nach der Offensive wurden 347 vom Innenminister Şükrü Kaya persönlich ausgewählte Familien auf die westlichen Orte Tekirda, Edirne, Kırklareli, Balıkesir, Manisa und Izmir verteilt. Cemal Bayar, der aufgrund der Krankheit Mustafa Kemals am 1. November 1938 die Eröffnungsrede im Parlament hielt, brachte seinen „Stolz über die Säuberung Dersims von Räubern und Banditen sowie die Etablierung der nationalen Vorherrschaft“ zum Ausdruck. Ismet Inönü erklärte: „Wir sind die Plage von Dersim losgeworden.“ Der Kampf derjenigen, die sich in den Bergen versteckt haben, wird bis 1946 fortgesetzt; erst 1948 geht er zu Ende; das Verbot über das Gebiet wird erst 1948 aufgehoben.

Die erschreckende Behauptung von Çağlayangil: „Die Armee hat Gas eingesetzt.“

Welche Methoden angewendet wurden, habe ich von einer Tonband-Aufzeichnung, die mir vor einigen Monaten per Post zugestellt wurde, erfahren. Auf dem Band war ein Teil eines Interviews mit Ihsan Sabri Çağlayangil, dem Außenminister i. R. zu Zeiten der berühmten Regierungen Süleyman Demirel. Nachdem ich diese Aufzeichnung einigen, die seine Stimme kennen, zu Gehör gebracht hatte, war ich sicher, dass es seine Stimme war. Es scheint sich um Aufzeichnungen zu handeln, die in seiner Wohnung gemacht wurden. Denn zwischendurch war auch die Stimme seiner Frau zu hören. Ich gebe die letzten Sätze der Aufzeichnung, welche haarsträubend sind, wörtlich wieder:

Eine blutige Offensive:

„... Er hat es dem Dolmetscher auf Kurdisch erzählt. Dieser hat es uns übersetzt. [Der kurdische Mann hat gesagt] ‚Ihre Erklärung hat uns gerührt. Wir

haben die Namen, die Sie angeben werden, erforscht. Wir haben uns entschlossen, Ihnen diese bis auf drei zu übergeben.' Abdullah Paşa fragte, wer diese drei seien. Eine von ihnen ist eine Frau. Noch ein anderer Mann. Abdullah Paşa sagte, dass sie das Zurückhalten dieser drei Personen nicht akzeptieren könnten und auch diese sich ergeben müssten. Er fragte nach dem Grund für das Zurückhalten. Der Kurde antwortete ehrlich: ‚Jede Frau hat einen Mann. Sie führen eine Offensive durch. Diese wird vorbeiziehen. Das Gebiet wird wieder den kurdischen Stammesführern gehören. Sie werden uns unterdrücken. Ihr könnt uns nicht retten. Wenn Sie ganz Dersim beherrschen und die Staatsautorität dort etablieren, müssen wir uns Euch ergeben. Aber Ihr seid nicht dort. Daher sind die Stammesführer unsere Ansprechpartner. Diese sind Scheichs, religiöse Führer; daher sind wir gezwungen zu machen, was diese uns sagen.' Abdullah Paşa sagte, dass dies zwar bis heute so gewesen sei, die Regierung jedoch von nun an entschlossen sei, auch in Dersim die staatliche Autorität zu etablieren. Man solle sich nicht auf die Aussagen der Stammesführer einlassen. Sie haben es nicht akzeptiert. Dann sind wir zurückgekehrt. Also zum Parlament. Ich sage das Ergebnis. Sie haben es nicht akzeptiert. Sie waren in die Berge geflüchtet. Die Armee hat Giftgas eingesetzt. Sie hat sie wie Ratten vergiftet. Sie haben die Kurden aus Dersim von 7–70 geschnitten. Es war eine blutige Offensive. Die Dersim-Angelegenheit war beendet. Die staatliche Autorität hat in die Dörfer und in Dersim Einzug gehalten. Dersim wurde so vernichtet. Heute können sie gemütlich nach Dersim. Sowohl die Gendarmerie als auch sie. Jedoch hat vor allem in der letzten Zeit in den Grenzgebieten eine von ausländischen Einflüssen geprägte Unabhängigkeitsbewegung der Kurden begonnen. Ein Teil der Kurden ist in der Türkei, ein Teil im Iran ..." (Die Aufzeichnung endet hier.)

Wenn die Aussagen von Çağlayangil stimmen, wie können wir dann denjenigen widersprechen, die sagen, dass in Dersim ein Genozid stattgefunden hat?

PS: In meiner Zeitungskolumne hatte ich angekündigt, eine Kopie dieser Aufnahme auf die Internetseite zu stellen, doch es gibt technische Verzögerungen. Wer sie haben möchte, dem kann ich sie schicken. Ich hoffe, demnächst einen einfacheren Weg zu finden. ♦

Quellen:
Reşat Hallı, Aufstände in der Republik Türkei (1924–1938), Vorsitz der Historie des Generalstabs, 1972;
M. Kalman, Der Widerstand von Dersim mit Belegen und Zeugen, Nûjen Verlag, 1995;
Nurşen Mazıcı, Die Amtszeit von Celal Bayar (1937–1939), Der Verlag, Istanbul, 1996;
Dersim, Bericht des Führungsstabes der Gendarmerie, Kaynak Verlag, 1998;
Ismail Beşikçi, Das Tunceli-Gesetz (1935) und das Genozid in Dersim, Belge Verlag, 1990;
Mehmet Bayrak, Alevitentum und Kurden, Öz-Ge Verlag, Ankara 1997.



Seyid Riza with Turkish military officers Unknown/Deng-Azadi, Istanbul

aus: Kurdistan – In the Shadow of History

Erinnern an Dersim 70 Jahre danach: „Tendenz Völkermord“

„Der Tisch von Lausanne“

Rede von Hans Branscheidt anlässlich der Versammlung im Brüsseler Europaparlament zur Erinnerung des Massakers von Dersim vor 70 Jahren

Frau Präsidentin,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Befürchten Sie nicht, dass ich historisch umständlich aushole, wenn ich an einige Dinge erinnere, die sich auf die großen Verträge der Vergangenheit beziehen, was ich nur kurz tun werde - und weil die Zitate Hochaktuelles berühren:

Da ist diese wunderschöne Passage aus dem Abkommen von Sèvres vom August 1920, der Artikel 64:

I)
„Wenn das ... kurdische Volk bzw. das in den obigen Gebieten die Mehrheit bildende Volk innerhalb eines Jahres ... den Wunsch äußert, sich von der Türkei zu trennen und gänzlich unabhängig sein möchte ... und der Völkerbund zu der Überzeugung gelangt, dass dieses Volk in der Lage ist, diesen Unabhängigkeitswunsch zu verwirklichen, und seine entsprechenden Empfehlungen ausspricht, wird sich die Türkei verpflichten, dieser Empfehlung nachzukommen und auf alle ihre Rechte und Privilegien in diesem Gebiet verzichten.“
zitiert nach: Sahin, Mukaddes, Kurdistan vor der Neuaufteilung; in: medico international, Kurdistan zwischen Aufstand und Völkermord, Köln 1991, Seiten 26 f.

Bereits das Abkommen von Lausanne vom 23. Juli 1923 wusste davon nichts mehr und teilte Kurdistan auf den Iran, den Irak, die Türkei und Syrien auf und sah nicht einmal mehr eine Autonomie für die Kurden vor.

Heute, – auf der Höhe des Jahres 2008 und 70 Jahre nach dem Dersim Massaker, – äußert sich in diesem historischen Vernichtungskontext der Verteidigungsminister jener Türkei, die nach Europa will, mit dem Geständnis:

II)
Türkei: Minister lobt Vertreibung von Griechen und Armeniern

Der türkische Verteidigungsminister Vecdi Gönül hat mit lobenden Worten über die Vertreibung der Griechen und der Armenier aus der heutigen Türkei für Schlagzeilen gesorgt.

Bei einer Feierstunde zum 70. Todestag von Staatsgründer Mustafa Kemal Atatürk stellte Gönül nach heutigen Presseberichten die Frage, ob die Türkei heute derselbe Nationalstaat sein könnte, wenn es noch viele Griechen und Armenier im Land gäbe.

Mehr als eine Million Griechen wurden damals nach Griechenland umgesiedelt; im Gegenzug kamen etwa eine halbe Million Muslime aus Griechenland in die Türkei. Im Ersten Weltkrieg waren mehrere hunderttausend anatolische Armenier bei Massakern und Todesmärschen ums Leben gekommen.
Die Presse, Wien, 12.11.2008

Damit man versteht, worum es geht, kann man auch die folgende Pressemeldung heranziehen:

III)
Türkei begrüßt härtere Gangart gegen die PKK / Tisch von Lausanne als Geschenk übergeben

Pascal Couchepin und sein türkischer Amtskollege Abdullah Gül haben mit viel Symbolik die Versöhnung beider Staaten zelebriert. Nach Jahren gespannter Beziehungen sollen harmonischere Zeiten anstehen.

Der türkische Präsident begrüßte die Maßnahmen des Bundesrats gegen die kurdische Arbeiterpartei (PKK). Couchepin erwähnte bei seinem Treffen mit Gül auch die geplante Pipeline TAP durch die Adria, über die künftig unter anderem Gas aus dem Iran nach Italien fließen soll. Als Zeichen besonderer Verbindung übergab Couchepin der Regierung in Ankara als Geschenk auch jenen Tisch im Original, an dem die Vertragspartner von Lausanne gesessen hatten.
sda, 11.11.2008

Der Tisch von Lausanne steht heute also wieder in Ankara!

Nie in der bisherigen Menschheitsgeschichte ist so viel so systematisch erinnert worden wie heute, und dies meist auch in aller Form:

Die deutsche Entwicklungshilfe-Ministerin entschuldigt sich bei den Namibiern für vom wilhelminischen Reich begangene Gräuel, der australische Staatschef bittet die Aborigines um Verzeihung, der kanadische Premierminister bittet um Vergebung durch die Inuit (Eskimos) – andere entschuldigen sich bei den sogenannten Indianern beider Amerikas.

Die Tendenz der Verbrechen, die hier erinnert und entschuldigt werden sollen, trägt stets die gleiche Signatur: Versuchte oder vollendete Auslöschung.

Es ist kein schlechtes Zeichen, dass nun erinnert wird – auch wenn die jeweilige Entschuldigung viel zu spät kommt.

Es scheint allerdings, dass solche Zeichen von Kultur in der Türkei noch ziemlich unbekannt sind: gerade dort also, wo immer schon viele und unterschiedliche Populationen lebten, denen einiges Entsetzliche geschah.

Ein herausragendes Negativbeispiel für die vollendete historische Amnesie, die Betäubung jeglichen Gedenk- und Erinnerungsvermögens ist die offizielle Türkei auf dem Weg nach Europa.

Die kemalistische genauso wie die islamische der AK-Party.

Von Kurden zu reden ist immer noch beinahe straffällig. An Armenier zu erinnern, denen in der Tat ein Genozid zuteil wurde, kann nach wie vor eine lebensgefährliche Angelegenheit sein.

Und die Aleviten? – Sivas fällt einem ein: die ganze Summe furchtbarer Pogrome.

Und man denkt an Dersim.

Eine stets selbstbewusste Region, deren Menschen deshalb eine starke Verbindung untereinander hielten, weil sie wussten, welchem Bedrohungspotenzial sie beständig ausgesetzt waren – und sind.

Wird es uns Aleviten ergehen wie den Armeniern? – Diese bange Frage stand den Menschen Dersims geradezu physiognomisch zur Verfügung: die Angst schon im Gesicht!

Dersim war laut dem 1932 Gesetz Zone 4: Evakuierungsterrain.

Das hieß „Fertig machen zum Abtransport!“

Prompt traten die „Tunceli-Gesetze“ auf den Plan, der Ausnahmezustand wurde ausgerufen, der ohnehin bereits geherrscht hatte.

Das Signal stand auf: Auswanderung unter Druck!

1937 dann die Explosion: nach unendlichen Demütigungen und Verfolgungen schlossen sich die alevitischen Menschen zu einer Art von guerillaistischer Armee zusammen. Schlecht bewaffnet und ohne große militärische Erfahrung versuchte man, den türkischen Feind durch Nadelstichaktionen und Überraschungsangriffe in die Schranken zu verweisen.

Die dabei in große Schwierigkeiten gebrachte türkische Armee, die hohe Verluste hatte, reagierte nach der von ihr entwickelten „armenischen Methode“: der Gedanke der Ausrottung geriet zur Parole, wurde militärische Anweisung wie Praxis.

Diese Maxime ist es auch, die es erlaubt, die Niederschlagung und Verfolgung der Aleviten von Dersim in die eindeutige Nähe des Genozid-Standards der Vereinten Nationen zu rücken.

Auch wenn es so nicht in letzter Vollendung geschah, weil es ihnen einfach nicht gelang: Sie hätten es getan und wollten es tun, wenn es ihnen nur gelungen und möglich gewesen wäre: die Ausrottung und völlige Vertreibung wäre praktiziert worden.

Der Munzur-Fluß weiß von diesem Blutsturz zu berichten, in den sich Menschen stürzten, oder in den sie geworfen wurden, und ertranken, nach den Vergewaltigungen.

Der Schrei der Massakrierten erreichte wirkungslos den Völkerbund, die heutigen Vereinten Nationen.

1938 wurden die letzten Kämpfer, die sich in den Bergen verschanzt hatten, durch überwältigende Kräfte Ankaras aufgerieben.

Wie bei den Armeniern wurden die nicht am Kampf beteiligten Frauen und Kinder zu langen Kolonnen vereint – und das türkische Militär trieb sie auf Vernichtungsmärschen vor sich her.

Mehr als 100 000 Menschen wurden am Ende verschubt: Deportation.

Mehr als 60 000 Menschen waren getötet worden.

Namen und Zeichen und Symbole wurden getilgt.

Bis in die 70er Jahre erholte sich die Region nicht von diesem tendenziell genozidalen Ereignis: Sie verblieb in Armut in bitterster kultureller und ökonomischer Lage.

Die Dinge sind sämtlich dokumentiert. Die Vernichtungsgesetze sind bekannt. Die Erlasse zur Deportation, die Verfügungen und Eingaben und Befehle.

Alles ist minutiös beweisbar. Alles ist bekannt.

Die offizielle Türkei, die nach Europa will, bekennt sich nicht – sie leugnet.

War das, was in Dersim geschah, ein Genozid nach internationalem Standard?

Die menschliche Antwort darauf lautet: Die Methode verrät die Tat und den Täter. Die juristische sollte genauso lauten.

Die angewandte Methode zielte auf Auslöschung.

Daran wird die politische Türkei erinnert werden müssen – solange, bis sie sich selber erinnert.

Erst dann und dadurch wird sie eine andere sein und werden können.

Anders aber kann sie werden, wenn die Versammlung am Tisch von Lausanne, der nun in Ankara steht, ganz neu eröffnet wird:

Diesmal, indem alle, die verfolgt und bedroht und gedemütigt und verleugnet wurden und werden, mit an diesem Tisch sitzen.

Gleichberechtigt und frei.

Die Türkei wird nie mehr Dersim verleugnen und verdrängen können: Auch sie entkommt nicht jenem psychoanalytischen Gesetz, das von der unhinderbaren „Wiederkehr des Verdrängten“ spricht. ♦

Die demokratische Kommunalität der Frauen bedeutet konföderale Organisation der Gesellschaft

Arbeiten an einer neuen Frauenverfassung

Interview mit Zelal Edessa, KJB

In unserer vorletzten Ausgabe (Heft 139) wurde das Projekt einer Frauenverfassung der kurdischen Frauenbewegung vorgestellt. Auch hatten wir angekündigt, weiterhin über dieses Projekt zu berichten. Nun lösen wir unser Versprechen ein und veröffentlichen das folgende Interview, das der *Kurdistan Report* mit Zelal Edessa, Mitglied des Frauenverfassungskomitees des KJB (*Hoher Frauenrat*), führte.

Die kurdische Frauenbewegung hat in diesem Jahr mit dem Projekt einer Frauenverfassung begonnen. Vor einigen Jahren hat die Bewegung einen Gesellschaftsvertrag aus Sicht von Frauen ausgearbeitet[1]. Nun arbeitet sie an einer Frauenverfassung. Warum eine Frauenverfassung?

Um den genannten Gesellschaftsvertrag von Frauen weiterzuentwickeln und in die Praxis umzusetzen, hat die *Partei der Freien Frauen Kurdistans* (PAJK) auf ihrem 5. Parteikongress [2004] beschlossen, eine Frauenverfassung zu erarbeiten. Der vorhandene Gesellschaftsvertrag entspricht nicht im ausreichenden Maße den Bedürfnissen der Frauen von heute und es gab Schwierigkeiten bei seiner Umsetzung. Was für ein Leben fordern Frauen? Es ist wichtig, dass die Bedingungen dafür geschaffen werden, dass Frauen ihr Leben aus freiem Willen selbst bestimmen können. Aus diesem Grunde haben wir uns vorgenommen, eine Verfassung auszuarbeiten, die auf der Basis von Meinungen und Vorschlägen erarbeitet wird, die wir von Frauen aus allen Teilen Kurdistans einholen darüber, was für eine Verfassung sie sich wünschen.

Anhand dieser Vorschläge soll dann im Anschluss ein Entwurf für die Verfassung ausgearbeitet werden, der in der Folge mit Akademikerinnen bzw. Juristinnen beraten und vervollständigt werden soll. Nach einer einjährigen Phase der Arbeit an einem Entwurf für die geplante Verfassung wurden Prinzipien entwickelt, die alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens betreffen.

Auf die Frage – warum eine Frauenverfassung – möchte ich Folgendes sagen: Es ist wichtig, die historische und aktuelle Situation zu betrachten. Heute stehen die Menschheit und die Natur schwerwiegenden Problemen gegenüber. Es ist eine allgemein akzeptierte Realität, dass die Grundlage hierfür in hierarchischen Staatsstrukturen, der herrschenden männlichen Mentalität sowie der sexistischen, versklavenden, ausbeutenden Kriegskultur liegt.

Parallel zu der Entwicklung der Klassenzivilisation begann auch die Degenerierung der ethischen und moralischen Werte der Menschheit. Dies hatte wiederum zur Folge, dass die Freiheit für einige gesellschaftliche Schichten eingegrenzt und vielfach für vollkommen nichtig erklärt wurde. Das hierarchische Staatssystem entwickelte sich zunehmend zu einem System, das das Leben durch die Ausbeutung von Völkern, der Natur, vor allem aber durch die Ausbeutung der Frauen aufzehrte. Diese Eigenschaft des Systems wird von allen verspürt. Die Welt bewegt sich zunehmend am Rand einer Katastrophe. Der Hauptgrund liegt im System und in der sexistischen Mentalität, die der Mann erschaffen hat. Wenn wir die Geschichte analysieren, sehen wir diese Realität. Das Leben der Menschheit muss zurückgewonnen werden.

Dort, wo das Leben vernichtet wird, muss es zurückerobert werden. Aus diesem Grunde sehen wir ein Frauensystem als Alternative zu den existierenden Staatssystemen.

Es ist eine frauenorientierte Mentalität, die die erste Vergesellschaftung erschaffen hat. Wenn wir von demokratischen, kommunalen Werten der Gesellschaft des neolithischen Zeitalters sprechen, so meinen wir kollektive Werte wie demokratisch, gleich, frei und ganzheitlich. Die Frau kann heute ein neues Leben, eine zeitgenössische neolithische Revolution erwirken. Unser Vorsitzender hat zu diesem Thema viele Lösungsprojekte vorgeschlagen. So hat er eine verfassungemäße Struktur für das demokratische konföderale System auf der Grundlage eines demokratisch-ökologischen Gesellschaftsparadigmas entwickelt.

Wir sind der Meinung, dass das verlorene Leben befreit werden kann, wenn die demokratische Kommunalität der Frauen, die konföderale Organisation der Gesellschaft verfassungsmäßig verankert werden. Denn die Kapitalisierung des etatistischen Systems ist zu einem internationalen Konsumungeheuer mutiert. Die Tatsache, dass die Reichen sich verstaatlichen, sich zu Holdings entwickeln und im Gegenzug die Armen immer ärmer werdend sich zu

einer Armee der Arbeitslosen verwandeln, die Natur ihr Gleichgewicht fast vollständig verloren hat, zwingt uns zur Herausbildung eines neuen Systems. Dieses neue System nennen wir das Frauensystem. Es zu praktizieren und zu entwickeln wird davon abhängen, inwieweit eine verfassungsmäßige Struktur entwickelt werden kann. Eigentlich geht es darum, die gegenwärtigen Staatssysteme zu demokratisieren, ihren sexistischen Charakter zu überwinden. Eins ist sicher: Die männliche Mentalität, die sich seit fünftausend Jahren mit ihrem herrschenden System vertieft hat, wird kaum in der Lage sein, die notwendige Transformation zu vollziehen. Die Frau, die unterdrückt wird, deren Bedürfnis nach Freiheit größer ist als nach Wasser und Brot, kann einen solchen gesellschaftlichen Wandel herbeiführen. Aus diesem Grunde arbeiten wir an einer Frauenverfassung. Es gibt noch weitere Gründe. Es kann das historische, soziale, psychische und ökonomische Ausmaß der heute existierenden Probleme aufgelistet werden. Aber ich will es erst einmal hierbei belassen.

Was bezweckt Ihr mit dieser Frauenverfassung. Wenn man Frauenverfassung hört, kommt einem sofort eine Verfassung in den Sinn, die im Konsens von allen Frauen der Welt getragen wird. Habt Ihr ein solches Ziel? Wenn ja, wie soll dieses Ziel erreicht werden?

Das Hauptziel unserer Verfassung liegt darin, Bedingungen für ein neues Leben zu entwickeln. Ein gesellschaftliches Leben, das sich auf Demokratie, Ökologie und Geschlechterbefreiung stützt. Dies wollen wir durch die Bekämpfung des hierarchischen, klassenspezifischen und männlichen Herrschaftsverständnisses und durch die Institutionalisierung und Errichtung einer gesellschaftlichen Demokratie unter der Federführung von Frauen erreichen. Dieses Projekt kann ein erster Schritt dafür sein, im Mittleren Osten unter der Federführung der Frauen einen demokratischen Konföderalismus aufzubauen. Ein Anfang für die notwendige Veränderung muss gemacht werden. Wir als kurdische Frauen im Mittleren Osten glauben an unsere Stärke, einen solchen Schritt zu tun.

Unsere ideologische Haltung bedeutet die Befreiung aller Frauen. Aufgrund der sexistischen Ideologie haben Frauen als Frauen gemeinsame Probleme. Wir glauben an die Befreiung der Frauen, der unterdrückten Gesellschaftsschichten und der herrschenden Männer. Den gemeinsamen Kampf mit allen Bewegungen, die sich für die Befreiung der Frauen einsetzen, haben wir schon immer unterstützt. Die Frauenverfassung, die wir ausarbeiten wollen, kann aufgrund der speziellen Bedingungen von Ländern, Gesellschaften und Kulturen jeweils Unterschiede aufweisen. Aber im Grunde handelt es sich um dasselbe Modell. Es ist zu vergleichen mit dem demokratischen System, das jedes Land seinen Bedingungen entsprechend entwickelt. Auch das System des *Demokratischen Konföderalismus* kann als Modell für alle Länder umgesetzt werden, wie es unser Vorsitzender erklärt hat. Es bedarf einer langen Zeit, bis eine universelle Frauenverfassung entwickelt wird. Aus diesem Grunde haben wir als KJB die Aufgabe, zunächst eine kurdische Frauenverfassung zu entwickeln. Wenn es allen Frauen gelingt, durch die Überwindung der Grenzen eine gemeinsame Organisierung herzustellen, wird sich die Welt schneller, als wir es uns vorstellen, verändern. Unsere Annäherung an die Frauenbefreiung ist universell. Frauenbewegungen aus anderen Ländern hatten ihre Meinungen und Anregungen bezüglich des Gesellschaftsvertrages eingereicht, als wir ihn entwickelten. Wir legen großen Wert darauf.



Demonstration am 25. November – Internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen: „Frau ist das Leben – Töte nicht das Leben“ Foto: DIHA

Wie soll diese Verfassung umgesetzt werden? Wie wird sich eine Verfassung, die von Frauen entwickelt und akzeptiert wird, auf das Leben auswirken?

In erster Linie muss die gesellschaftliche Mentalität sich ändern, damit diese Frauenverfassung umgesetzt werden kann. Das Bewusstsein von der demokratischen Kultur auf der Grundlage des demokratisch-ökologischen Gesellschaftsparadigmas muss sich in der Gesellschaft entfalten. Die Geschichte zeigt, dass die Frau die Quelle des Lebens ist. Ihre Kraft, das Leben zu verändern und zu schaffen, ist mitreißend.

Es ist bekannt, dass die Gesellschaft nur mit Regeln funktioniert. Wir können die Kraft der Regeln nicht bagatellisieren oder ignorieren. Weil die gesellschaftliche Mentalität nicht von heute auf morgen verändert werden kann, werden die Regeln des Zusammenlebens, die von Frauen festgelegt werden, bei der Veränderung der Gesellschaft eine große Rolle spielen. Aufgrund ihrer friedlichen, produktiven, gleichberechtigten Eigenschaften wird das Leben mit der Farbe der Frau verschönert. Denn die Verfassung sieht ein produktives Lebenssystem vor, das die Einheit aller gesellschaftlichen Gruppen auf der Grundlage von Demokratie, Gleichheit und Freiheit vorsieht.

Unsere Frauenverfassung ist noch nicht fertig ausgearbeitet. Es gibt einen Entwurf, der die Hauptprinzipien einer Verfassung festgelegt hat. Wir müssen diesen Entwurf noch weiter entwickeln und die rechtswissenschaftliche Basis darin stärken. Parallel dazu ist es wichtig, entsprechende Gesetze auszuarbeiten, damit die Frauenverfassung umgesetzt werden kann. Das heißt, wir müssen Gesetze entwickeln, die für alle Probleme des Lebens eine Lösung vorsehen. Das wiederum ist ein langwieriger Arbeitsprozess.

Worin wird sich die Frauenverfassung von den staatlichen Verfassungen unterscheiden?

Wir wissen, dass alle hierarchischen Staatssysteme sich über die Verfassungen sichern. Über die Organe der Exekutive, Legislative und Judikative legitimieren sie ihren Bestand und machen sich auf diese Weise unverzichtbar. Wenn wir uns die tausendjährigen Verfassungen etatistischer Zivilisationen anschauen, so können wir nicht von Gesetzen reden, die die Frauen und die Natur schützen. Im Gegenteil, es existieren Gesetze, die zum Nachteil von Frauen und der Natur sind, die die Ausbeutung von Frauen und Natur für die Profitinteressen des Kapitals legitimieren. Wir können sagen, dass diese Gesetze, die ihren Ursprung im sumerischen Priesterstaat haben, männlichen Charakters sind. Das Männersystem, dass die Werte von Frauen für sich beansprucht, die Göttinnenkultur verleugnet, hat seit Tausenden von Jahren die Frauen aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens herausgedrängt. Die Ausbeutung der Frauen, als erster unterdrückter Klasse, wurde später auf verschiedene Gesellschaftsschichten und auf die Natur ausgeweitet. Die hierarchische Staatsherrschaft im Interesse des Kapitals hat ein unbegrenztes Ausbeutungssystem aller gesellschaftlichen Gruppen, in erster Linie der Frauen, Kinder, der Jugend und der Natur, ja sogar des männlichen Geschlechts, entwickelt. Diese wurden in jedem Zeitalter mit Gesetzen, die die Macht des Kapitals festigten, unantastbar gemacht. Mit der tief greifenden Ideologie der Männerherrschaft wird das Leben der Menschheit damals wie heute an den Abgrund der Katastrophe geführt. Mit dem *Demokratischen Konföderalismus* der Frau werden die Werte

„Mehr Demokratie – mehr Frauen"
DTP-Frauen rufen zur Kandidatur für Kommunalwahlen auf

Die DTP-Frauenfraktion bereitet sich unter dem Motto „Mehr Demokratie – mehr Frauen" auf die Kommunalwahlen am 29. März 2009 vor. Wie Besime Konca als Sprecherin des Frauenrates innerhalb der Partei erläuterte, seien Frauen überall dazu aufgerufen, ihre Kandidatur einzureichen. „An die Macht zu kommen, bedeutet nicht, sich den Männern anzupassen. Frauen sollten diesen Kampf nicht führen, indem sie sich mit Männern vergleichen. Es handelt sich um einen lang angelegten Kampf voller Schwierigkeiten und Risiken."

Die DTP hat in allen Parteistrukturen eine Geschlechterquote von 40 Prozent festgelegt. Um diese auch bei den Kommunalwahlen zu erfüllen, sind 17 Wahlkreise inklusive der Provinzen Dersim und Kars ausgewählt worden, in denen an oberster Stelle in der Kandidatenliste Frauen stehen sollen. „Die politischen Parteien in der heutigen Türkei betrachten Frauen nicht als Menschen, die die Politik verändern, sondern als ein Geschlecht, das angepasst an den Mann an der Seite von Männern seinen Platz einnimmt", so Konca. „Zu unseren Kriterien gehört die Überwindung der Geschlechterungleichheit. Für uns ist wichtig, dass Frauen mit dem ihnen eigenen Bewusstsein und Willen eine aktive Rolle sowohl in der Kommunalverwaltung als auch in der Politik einnehmen. Weiterhin gehört zu unseren Kriterien für die Kandidatinnenauswahl, dass diese der Gesellschaft dienen wollen, sich nicht über die Menschen stellen, dass sie sowohl in Hinblick auf die Frauenbefreiung als auch auf den Befreiungskampf des kurdischen Volkes eine Kraft darstellen, zu diesen Themen konstruktive Politik machen können."

Natürlich sei die Kandidatur von Frauen nicht auf 17 Wahlkreise begrenzt. „Wir haben diese Wahlkreise nur als strategische Orte festgelegt, an denen das Potenzial für eine Weiterentwicklung des Frauenkampfes besonders hoch ist. Darüber hinaus kann sich jede Frau, die sich in diesem Kampf wiederfindet und der Gesellschaft etwas geben möchte, in jedem anderen Wahlkreis um eine Kandidatur bewerben."

Quelle: ÖP, 11.12.2008, ISKU

des Lebens von Frauen, der gesamten Gesellschaft und der Natur zurückgewonnen. Die Frauenverfassung bedeutet die Anerkennung des Systems des *Demokratischen Konföderalismus* und die Festlegung seiner Prinzipien. Der Unterschied zu den staatlichen Verfassungen besteht darin, dass sie einen demokratischen Charakter hat und nicht sexistisch ist, dass sie Prinzipien beinhaltet, die verschiedene Lebensweisen und die Natur schützt und fördert. Dass wir sie Frauenverfassung nennen, heißt nicht, dass sie nur die Interessen von Frauen garantieren will und folglich nun das weibliche Geschlecht zum Nachteil Anderer agieren wird. Die Frauenverfassung wird die männliche Vorherrschaft nicht durch die weibliche Herrschaft ersetzen. Wir sprechen von einem System, das mit der Farbe der Frau das demokratisch-gleichberechtigte und freie Zusammenleben entwickelt, ähnlich der kommunalen, gleichberechtigten, freien Gemeinschaft, die in der neolithischen Gesellschaft durch die Frau existierte.[2] Die vorhandenen Verfassungen haben eher die Funktion, den Staat zu schützen als die Gesellschaft. Wir wollen aber eine Frauenverfassung, die auf der Grundlage der Gesellschaft und der Natur ein ökologisches Leben entwickelt.

Wie wird die Beziehung der Frauenverfassung zu den bestehenden staatlichen Verfassungen oder feudalen Clan-Gesetzen aussehen?

Ich kann nicht oft genug betonen, dass es nicht leicht sein wird, die Werte der sexistischen Gesellschaft, die seit fünftausend Jahren von dem männerbeherrschten System geschaffen wurde, zu verändern. Die zu entwickelnde Frauenverfassung wird bei der Demokratisierung der staatlichen Verfassungen eine wichtige Rolle spielen. Denn die herrschende hierarchische Mentalität stellt ein großes Hindernis gegenüber der Demokratisierung des Staates dar. Aus diesem Grunde ist es kaum möglich, die Länder des Mittleren Ostens betreffend von demokratischen Verfassungen zu sprechen. Die Türkei ist z. B. eines der Länder in der Region, das am weitesten entwickelt ist, aber der Paragraph in der Verfassung, die Türkei sei ein demokratisch-sozialer Rechtsstaat, besteht nur auf dem Papier. Das eigentliche Wesen der Türkei beruht auf dem Grundsatz einer einzigen Nation, eines einzigen Staates und einer einzigen Sprache, ist also antidemokratisch. Die Türkei hat keinen demokratisch-pluralistischen Charakter. Im Iran herrschen Gottesgesetze. Ein Land, das täglich Dutzende Menschen hinrichtet, kann mit Demokratie, Menschen- und Naturrechten nicht in Einklang gebracht werden. Mit der zu entwickelnden Frauenverfassung sollen die demokratische Kultur und Politik des Staates entwickelt und die Demokratisierung der Gesellschaft erreicht werden. Auch wird dadurch die Möglichkeit geschaffen, gegen reaktionäre gesellschaftliche Werte anzukämpfen. Mit Gesetzen, die Frauen, Kinder, ältere Menschen – alle, die ausgebeutet und unterdrückt werden – schützen und ihre Rechte garantieren, können Veränderungen erreicht werden.

Also können wir sagen, die Beziehung der zu entwickelnden Frauenverfassung zu bestehenden Verfassungen und Gesetzgebungen wird darin bestehen, einen Kampf auf der Grundlage demokratischer Veränderung mit ihnen zu führen.

Die Übereinkunft zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau – CEDAW[3] – wird auch als ein Fundament einer Frauenverfassung, die weltweit bindend sein soll, bewertet. Wie bewertet Ihr diese Übereinkunft?

Wir haben versucht, unterschiedliche Quellen einfließen zu lassen, als wir den Entwurf ausgearbeitet haben. Zunächst haben wir Verfassungen von Staaten mit unseren begrenzten Möglichkeiten zu untersuchen versucht. Weiter haben wir versucht, die Arbeiten anderer Frauenorganisationen und -institutionen zum Schutz und zur Förderung von Frauen zu studieren. In diesem Zusammenhang auch die Übereinkunft CEDAW. Darin sind lebenswichtige Themen aus Sicht der Gesellschaft und Frauen behandelt. Weiter verfolgt sie das Ziel, ein System zu entwickeln, mit dem diese Übereinkunft in vielen Ländern umgesetzt werden kann. Diese Arbeit unterstützen wir. Aber es bedarf eines Sanktionsmechanismus, um diese Übereinkunft umsetzen zu können. Was die Verfassung so überlegen macht, ist die unbedingte Sanktionskraft gegenüber denjenigen, die gegen sie verstoßen. Die Übereinkunft beinhaltet Grundsätze, aber es ist unklar, welche Reaktionen bei ihrer Verletzung erfolgen, welche Sanktionen vorgesehen sind. Ansonsten ist die CEDAW eine sehr wichtige und wertvolle Arbeit.

Wie weit seid Ihr mit dem Projekt, welches Arbeitsprogramm verfolgt Ihr?

Im letzten einen Jahr hat das Frauenverfassungskomitee des KJB einen Entwurf mit den Grundprinzipien ausgearbeitet. Wir wollen diesen Entwurf auf die Tagesordnung aller kurdischen Frauen bringen, um ihre Meinungen einzuholen. Weiter müssen Richtlinien ausgearbeitet werden, um die Bedingungen für ihre Umsetzung zu gewährleisten. Wir planen, diesen Part in Zusammenarbeit mit Frauen aus der Rechtswissenschaft anzugehen. Wir wollen die Meinungen eines breiten Spektrums von Frauen einholen, um Rechte und Gesetze auch für ihr Leben entwickeln zu können.

Es ist ein Hauptanliegen von uns, dass das Ergebnis unserer Arbeit zum Schluss die Zustimmung aller Frauen findet.

Wir versuchen seit Jahren, diese Arbeit in den Bergen der Freiheit durchzuführen. Es kommt vor, dass unsere Planungen sich aufgrund unserer Bedingungen verzögern. Aus diesem Grunde wurde eine Arbeitsgruppe innerhalb der PAJK gebildet. ♦

Fußnoten:
(1) PJA: Entwurf für einen neuen Gesellschaftsvertrag, Köln, Mezopotamien Verlag [2003 auf Deutsch erschienen]
(2) Siehe z. B. „Von Cayönü nach Catal Hüyük – Entstehung und Entfaltung einer egalitären Gesellschaft“, Bernhard Brosius, München 2004
(3) CEDAW, internationale Übereinkunft der Vereinten Nationen zu Frauenrechten, wurde am 18. Dezember 1979 verfasst und trat am 3. September 1980 in Kraft, deutscher Text u. a.: www.amnesty-frauen.de/Seiten/Konventionen/Konv.htm

Trotz Baubeginn – Ilisu-Finanzierung nach wie vor unsicher

Bewegung gegen das Staudamm-projekt wächst weiter an

Ercan Ayboğan, Initiative zur Rettung Hasankeyfs

Nach dem blauen Brief der Regierungen Deutschlands, von Österreich und der Schweiz an die türkische Regierung vom 8. Oktober 2008, in der eine Umsetzung der Auflagen für das Ilisu-Staudamm-Projekt innerhalb von 60 Tagen gefordert wurde, ging die öffentliche Diskussion in Europa und der Türkei um das Ilisu-Projekt intensiv weiter (eine Entscheidung seitens der europäischen Regierungen war beim Verfassen dieses Artikels noch nicht getroffen). Zuvor hatten selbst Berichte der Expertenkommission belegt, dass die Türkei sich nicht an die Auflagen [*Terms of Reference* TOR genannt] und internationale Standards hält und sogar zu täuschen versucht. Damit kamen die europäischen Regierungen unter Zugzwang, die angekündigten Schritte umzusetzen, falls die Auflagen nicht erfüllt werden. Sie mussten ein Ultimatum setzen, was nach den abgeschlossenen Verträgen der erste Schritt für einen möglichen Ausstieg sein könnte. Stichtag war somit der 12. Dezember 2008.

Aus unserer Sicht haben die drei europäischen Regierungen diese Maßnahme unternommen, weil sie real unter Druck geraten sind. Doch vielmehr wollten sie die Türkei endlich dazu bewegen, angesichts des öffentlichen Drucks und der Proteste, die Auflagen zumindest teilweise zu erfüllen. Ihr Ziel ist, dass die europäischen Länder nicht aus dem Projekt aussteigen müssen. Denn wie bekannt ist, haben die Europäer großes wirtschaftliches und strategisches Interesse, im Wasserkraft- und Talsperrenbausektor federführend zu bleiben. Dabei spielt das Ilisu-Projekt zweifellos eine wichtige Rolle.



Baumaßnahmen am Tigris, 23.11.2008 Foto: Mujgan Arpat

Bei Betrachtung der letzten knapp 60 Tage zeigte sich erneut, wie die Türkei die drei europäischen Regierungen übers Ohr zu hauen versucht. Auf der einen Seite wurden große Versprechen und Beteuerungen gegeben und einige vortäuschende Maßnahmen getroffen, auf der anderen Seite die Verträge (TOR) mehrfach eindeutig bewusst gebrochen. Zunächst legte die Türkei viele neue Pläne zur Umsetzung der Auflagen vor. Dazu kamen Vertreter der Wasserbaubehörde DSI nach Europa und hielten schöngefärbte Vorträge. In der Kleinstadt Dargeçit – sie ist die nächstgelegene Stadt zur Staudammbaustelle – wurde gleichzeitig ein Informationsbüro eröffnet, Broschüren wurden ausgelegt und eine Person zur Beratung der Betroffenen abgestellt. Hierbei ist anzumerken, dass diese Maßnahme keine besondere Mühe erfordert, vorhandene Broschüren können schnell neu aufgelegt werden. Zu sehen ist, dass die Betroffenen in den Dörfern leben und nicht in Dargeçit selbst. Nach unseren Forschungen vor Ort ist die Existenz des Büros nahezu unbekannt. Hinzu kommt, dass die erwähnten Broschüren in einem bürokratischen Türkisch aufgelegt wurden und ein Großteil der Betroffenen Türkisch kaum lesen kann.

Für den Ort Ilisu, der vom Stausee verschlungen werden soll, wurde ein neuer Siedlungsort ausgewählt. In die

Auswahl wurden der Dorfvorsteher und einige Dorfoberhäupter eingebunden, dabei jedoch die zum Ilisu-Projekt kritisch eingestellten Menschen im Dorf nicht eingeladen. Der neue Siedlungsort liegt mehrere Hundert Meter weiter in der Ebene (vorher am Hang). Doch sind grundlegende Fragen wie Einkommensbeschaffung der Menschen nach der Umsiedlung und Wertausgleich z. B. des alten Hauses gegenüber dem neuen Haus (in der Türkei bedeutet eine Umsiedlung immer eine Verschuldung) ungeklärt geblieben.

Die Dörfer Ilisu und Karabayir sind nun weitgehend vom Militär abgesperrt. Menschen aus anderen Provinzen wie Batman und Siirt können nicht mehr ungehindert in die Dörfer gelangen. So können auch die Mitarbeiter unserer Initiative aus Batman, Diyarbakır und Hasankeyf nicht mehr mit den Menschen im Baustellengebiet sprechen. Trotzdem konnten Bilder vom Baubeginn der Talsperre direkt am Fluss Tigris veröffentlicht werden. Es handelt sich um eine breite Betonbrücke, die zur schnellen Überquerung für die Baumaschinen dient und nicht – wie die europäischen Regierungen in ihren Statements gegenüber der Presse am 2. Dezember 2008 überhastet mitteilten – den Bedürfnissen der Bevölkerung, die schon immer mit Floßen den Fluss überquert haben. Diese Bauaktivität ist ein direkter Eingriff in die Natur.

Schon im Frühling gab es Baumaßnahmen in der direkten Umgebung des Dorfes Ilisu. Dabei soll nach Äußerung der europäischen Exportkreditagenturen erst von einem Baubeginn gesprochen werden, wenn am eigentlichen Damm selbst gebaut wird.

Etwa zeitgleich mit der Veröffentlichung der Bilder vom Baubeginn am Tigris wurden am 4. Dezember zwei AktivistInnen unserer Initiative in Ilisu/Dargeçit vom türkischen Militär festgenommen. Sie hatten mit mehreren Menschen in Dargeçit und mit Betroffenen aus dem Dorf Ilisu Gespräche geführt. Weil dies den Sicherheitskräften nicht passte, wurden sie einen Tag lang festgenommen, ihre Unterlagen wurden beschlagnahmt und es wird ihnen mit einem Verfahren gedroht. Sie wurden gewarnt, nicht noch einmal in die

Ilisu: Oesterreichische Kontrollbank besetzt! Österreich vor dem Ausstieg?

Am 10.12. um 9.00 Uhr haben AktivistInnen von ECA Watch die Büroräume der *Oesterreichischen Kontrollbank* (OeKB) in Wien besetzt. Die Organisation protestierte damit gegen die Beteiligung Österreichs am umstrittenen Ilisu-Staudamm-Projekt und forderte Kontrollbankchef Dr. Rudolf Scholten auf, den Ausstieg aus dem Projekt umgehend zu veranlassen. „Die Besetzung soll Dr. Scholten und seinen MitarbeiterInnen die Dramatik und Tragweite des Projekts vor Augen führen", so Ulrich Eichelmann von *ECA Watch Österreich*. „Genug geredet, genug verzögert. Herr Dr. Scholten, stoppen Sie Ilisu", fordern *ECA Watch* und die BewohnerInnen der bedrohten Stadt Hasankeyf.

Am 12. Dezember läuft das Ultimatum der Europäer an die Türkei ab, eine Entscheidung steht also unmittelbar bevor. Trotz aller Bedenken und der desaströsen Bilanz des Projektverlaufs scheint Rudolf Scholten aber an „Ilisu" festhalten zu wollen. Dem Vernehmen nach soll bei internen Verhandlungen bereits eine Verlängerung des Ultimatums so gut wie beschlossen sein. Bei einem Verbleib im Projekt wäre die OeKB mitverantwortlich dafür, dass 65 000 Menschen ihre Heimat verlieren, Tierarten aussterben, sowie wertvollste Kulturgüter zerstört würden, darunter Hasankeyf – eine der ältesten Städte der Welt.

Erst letzte Woche hatte die OeKB Nachweise illegaler Bauarbeiten am Staudamm verneint und als Arbeiten für die lokale Bevölkerung verharmlost. Offiziell herrscht Baustopp vor Ort. Filmaufnahmen des ZDF beweisen jedoch, dass dort rund um die Uhr tatsächlich bis zu 1 000 Arbeiter tätig sind, der Tigris umgeleitet und eine Betonbrücke für die Baufahrzeuge errichtet wurde. „Eine falsche und geradezu lächerliche Aussage der OeKB und wohl schon ein Hinweis darauf, dass Österreich unbedingt im Projekt bleiben will", so *ECA-Watch*-Sprecher Eichelmann. Im Gegensatz dazu hat das deutsche Wirtschaftsministerium die Bauarbeiten bestätigt und die Türkei dafür scharf kritisiert.

Dieses Nichterfüllen von Auflagen hat bei „Ilisu" Tradition: Immer wieder hatten die türkischen Behörden den Europäern Besserung versprochen, sich in der Realität aber nicht daran gehalten. Experten hatten 2008 dem Projekt zwei Mal ein „ungenügend" bescheinigt und eine Bauverschiebung um drei Jahre gefordert, um internationale Standards zu erreichen.

Am 7. Oktober haben die drei beteiligten europäischen Staaten (Österreich, Deutschland, Schweiz) der Türkei offiziell ein Ultimatum gestellt, das am 12. Dezember abläuft. Auch diesmal dürfte die Türkei Besserung versprechen.

Botschafter aus Hasankeyf

Stellvertretend für die betroffenen BewohnerInnen am Tigris ist Osman Topkan anlässlich der Aktion nach Wien gekommen. Er stammt aus Hasankeyf, dort lebt seine Familie, die sich – wie fast alle BewohnerInnen – gegen den Damm wehrt. Er selbst wohnt zurzeit in Hamburg. Osman Topkan ist gekommen, um die Besetzung zu unterstützen und um Rudolf Scholten eine Botschaft der Menschen aus dem Tigristal zu überreichen. „Österreich, Deutschland und die Schweiz müssen aus dem Projekt aussteigen. Nur so haben wir eine Chance unsere Heimat doch noch zu retten. Wie kann Österreich ein Projekt unterstützen, das in Europa undenkbar wäre?" so Osman Topkan.

Um fünf vor zwölf wurde die Besetzung nach Gesprächen in der Kontrollbank von den AktivistInnen beendet. Die Aktion fand in den österreichischen Medien großen Widerhall.

Steigt Österreich aus?

Zwei Tage vor Ablauf des Ultimatums (12.12.) an die Türkei hat der österreichische Außenminister Dr. Michael Spindelegger im ORF den Ausstieg Österreichs aus dem Ilisu-Projekt angekündigt. In einem Interview in der ZIB 2 am Mittwochabend erklärte der Außenminister, dass sich die *Oesterreichische Kontrollbank* (OeKB) aus dem Projekt zurückziehen werde, weil die Auflagen nicht erfüllt seien.

Im selben Beitrag bestätigte zudem der Direktor der OeKB, Dr. Rudolf Scholten, dass die Türkei die Auflagen nicht erfüllt. „Das sind ungewohnt klare Worte, auf die wir und die Menschen in Hasankeyf lange gewartet haben", so Ulrich Eichelmann von *ECA Watch Österreich*.

Mehr dazu: www.stopilisu.com *(ECA-Watch, 10., 11.12., ISKU)*

Gegend zu kommen. Dies stellt einen neuen Höhepunkt in der Behinderung der Aktivitäten unserer Initiative dar. Diese Haltung zeigt sehr deutlich, dass dieses Projekt nicht im Ansatz die TORs und internationalen Standards erfüllt, es vielmehr als Skandal bezeichnet werden muss.

In Hasankeyf wurde Ende November 2008 eine Informationsveranstaltung von der staatlichen Wasserbehörde DSI (die das Projekt ausführende staatliche Einrichtung der türkischen Regierung) und TOKI (staatliche Wohnungsbaugesellschaft) durchgeführt, in der der neue Siedlungsort für Hasankeyf und die dort geplanten Häuser vorgestellt wurden. Es nahmen nur 55 Personen teil, die aber aus Protest die Infoveranstaltung weit vor Veranstaltungsende verließen. Sie hatten keine Antworten auf die Fragen bekommen, wie ihre jetzigen Häuser wertgeschätzt werden und wie hoch die Kosten für die neuen Häuser sein würden und wovon sie dort leben sollen. Genau diese Sorgen haben auch die Menschen in den Dörfern im direkten Baugebiet. Die Erfahrung in der Türkei zeigt, dass die Betroffenen immer schlechter dastehen.

Auch mit dem Schutz der Kulturgüter ergab sich in den letzten Monaten nichts Neues. Das ergab der kürzlich veröffentlichte Bericht von Kulturexperten. Laut deren Leiterin, Margarete van Ess vom Deutschen Archäologischen Institut, fehlen noch immer wesentliche Grundlagen. Dazu gehören ein Überblick über wertvolle archäologische Fundstätten im Projektgebiet sowie der Nachweis über die Machbarkeit der Umsiedlung einzelner Baudenkmäler von Hasankeyf.

Die Beispiele für die Verletzung der von den drei europäischen Regierungen so gelobten Auflagen können hier noch weiter aufgeführt werden. Dabei ist offensichtlich, wie die Türkei mit ihren Vortäuschungen und leeren Versprechungen vorgeht. Die drei europäischen Regierungen haben dafür ein offenes Ohr. Die Vertreter der entsprechenden europäischen Regierungen und der ECAs sind in den letzten Wochen sehr bestrebt, die Türkei in ihren Bemühungen, die notwendigen Auflagen doch noch zu erfüllen, ins rechte Licht zu rücken. Wir gehen davon aus, dass ein fauler Kompromiss in diesen Tagen und Wochen getroffen wird. Dies könnte z. B. eine Fristverlängerung für die Türkei sein. Wenn die Regierungen von Deutschland, Österreich und der Schweiz auch nur ein bisschen Verbundenheit an ihre Verträge für wichtig halten, sollten sie sofort aus dem Projekt aussteigen.

Wie dem auch sei, unsere Kampagne und Widerstand gehen weiter. Wie die letzte Zeit zeigte, wird diese Bewegung weiter anwachsen und sich zu einer ernsthaften sozialen Bewegung entwickeln. Sie wird noch enger den Kontakt zu anderen von Staudämmen und Talsperren betroffenen Menschen und anderen sozialen Bewegungen in der Türkei knüpfen, wofür das anstehende Weltwasserforum im März 2009 in der Türkei der ideale Ansatzpunkt ist.

Hier rufen wir aber auch Menschen in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Italien und Frankreich auf, die Kampagne weiterzuführen und sie zu verstärken. Es steht außer Zweifel, egal wie im Dezember oder Januar entschieden wird, die Auseinandersetzung geht weiter. Die türkische Regierung wird sich bemühen, dieses Projekt umzusetzen, auch wenn die Europäer aussteigen sollten. Die Kampagne gegen das Ilisu-Staudamm-Projekt sollte als Möglichkeit gesehen werden, alle großen Talsperrenprojekte in der Türkei zu hinterfragen, und eine neue Politik im Umgang mit Wasser entwickeln, die die Menschen nicht vertreibt, ihre natürlichen Rechte anerkennt, die ökologischen Systeme als Lebensgrundlage erhält, das kulturelle Erbe erforscht und erhält sowie dem Frieden dienlich ist. ♦



Türkische Prominente protestieren in Istanbul gegen Ilisu-Staudamm

Ein Werbeplakat von Turkcell - dem größten türkischen Mobilfunkanbieter - wurde dazu verwendet, die Fluten des Stausees zu veranschaulichen. Aktivisten, bekleidet mit den Flaggen der drei Länder Österreich, der Schweiz und Deutschland, erkletterten die 20 Meter hohe Plakatwand. Turkcell wirbt mit Hasankeyf auf seinen Plakaten. Die SchauspielerInnen Gürkan Uygun (TV-Serie: Tal der Wölfe), Görkem Yeltan (TV-Serie: Love hurts), Mehmet Ali Alabora, Övül Avkiran und Mustafa Alabora bekannten sich vor diesem Hintergrund zum Schutz von Hasankeyf.

Quelle: www.stopilisu.com

Alternatives Wasserforum in Istanbul

Ercan Ayboğan, Initiative zur Rettung Hasankeyfs

Im März 2009 wird in Istanbul das 5. Weltwasserforum stattfinden, auf dem Beschlüsse zur weltweiten Wasserpolitik gefasst werden. Dieses Forum organisiert seit 1997 der Weltwasserrat, der jedoch von privaten Unternehmen und internationalen Finanzinstituten dominiert wird. Dieser legitimationslose Wasserrat, der für die Wasserprobleme der Welt hauptverantwortlich ist, wird auf diesem Weltwasserforum Lösungen suchen. Gerade dieses – auch auf viele Regierungen großen Einfluss ausübende Gebilde – hat in den vergangenen Jahren weltweit die Privatisierung von öffentlichen Wasserbehörden und der daraus erwachsenen Probleme gefördert. Neben dieser Privatisierung wird in Istanbul die Öffnung von Wasserressourcen und der Bau von Talsperren in den Vordergrund treten.

So hat der türkische Umweltminister im September 2008 einen Aufruf an internationale Konzerne zur Investition in Talsperren und Wasserversorgungsnetze getan. Der Investitionsbedarf in den Wassermarkt in der Türkei wird mit bis zu 60 Mrd. Euro beziffert. Offiziellen Zahlen zufolge liegen Pläne für den Bau von etwa 2 000 Talsperren vor. Bei Verwirklichung dieser Projekte, die von einem grundsätzlich falschen Entwicklungsverständnis herrühren, werden noch weitere Hunderte Ökosysteme und soziale Strukturen von vielen Hunderttausend Menschen zerstört.

Wir stellen uns diesen Plänen entgegen, wofür wir mit der Kampagne „Another Water Management is possible" ein breites Bündnis gebildet haben. Wir betrachten Wasser als ein grundlegendes Menschen- und Sozialrecht und heben hervor, dass eine andere Bewirtschaftung von unseren Wasserressourcen möglich ist. Die Bedürfnisse der Menschen und nicht der Unternehmen oder anderer ist entscheidend. Gleichzeitig müssen wir die Gesundheit der Gewässer-Ökosysteme – eine sehr wichtige Basis unserer Existenz – sicherstellen.

So haben auf einem Treffen am 15. November 2008 insgesamt 25 Organisationen beschlossen, alternative Aktivitäten zum vom 16. bis zum 22. März 2009 stattfindenden Weltwasserforum durchzuführen. Am 12. und 13. März wird es ein Wassertribunal geben, am 14. März findet eine große Demonstration statt und zwischen dem 20. und 22. März 2009 in Istanbul wird das alternative Wasserforum organisiert. Das alternative Wasserforum wird in „Santralistanbul" (Campus der Bilgi Universität, http://www.santralistanbul.org) stattfinden, was relativ nahe des offiziellen Weltwasserforums ist. Das alternative Wasserforum wird vorerst in folgende Aspekte aufgeteilt:

- Wasser, Energie und Talsperren
- Globale Klimaveränderung und Wasser
- Ökosystem, Wassermanagement und Wasserpolitik
- Abgefülltes Wasser und Privatisierung von Wasserquellen
- Privatisierung von städtischen Wasserbetrieben
- Landwirtschaft, Wasser und Trockenheit
- Gesundheit, Recht auf Leben und Wasser
- Wasser, Hegemonie und Kriege

Das alternative Wasserforum wird in Form von selbst organisierten Initiativen abgehalten. Alle Organisationen und Gruppen sind aufgerufen, bis zum 17. Januar 2009 ihre vorgeschlagenen Seminare bei uns anzumelden. Am 17. Januar 2009 wird in Istanbul ein internationales Vorbereitungstreffen durchgeführt, wo das genaue Programm gemeinsam beschlossen werden soll. Dazu sind alle interessierten Menschen und Organisationen eingeladen.

Genauere Informationen können der Webseite unserer Kampagne entnommen werden:
www.alternatifsuforumu.org
E-Mail-Adresse:
contact@alternatifsuforumu.org

Liste der Mitgliedsorganisationen:

Akdeniz Çevre Platformu – Umweltplattform Mittelmeer (AKCEP)
Allianoi Inisiyatifi – Allianoi Initiative
Barışarock Inisiyatifi – Rock-für-Frieden-Initiative
Çevre Icin Hekimler Derneği – Ärzteverein für Umwelt
Göç-Der – Verein der MigrantInnen
Hasankeyf'i Yaşatma Girişimi – Initiative zur Rettung von Hasankeyf
Heinrich Böll Stiftung Derneği – Heinrich-Böll-Stiftung
Helsinki Yurttaşlar Derneği – Helsinki Citizen's Association
Insan Hakları Derneği (Istanbul Şubesi) – Menschenrechtsverein (Istanbul-Vertretung)
Kadiköy Kent Konseyi – Kadiköy Stadtrat
Küresel Eylem Grubu – Globale Aktionsgruppe
Mezopotamya Kültür Merkezi – Kulturzentrum Mesopotamien
Munzur'u Koruma Kurulu – Rat zum Schutz vom Munzur
Özgür Demokratik Alevi Hareketi – Freie Demokratische Alevitische Bewegung
Pir Sultan Abdal Kultur Derneği – Pir-Sultan-Abdal-Kulturzentrum
Selis Kadın Derneği – Selis Frauenverein
Sosyal Demokrasi Vakfı – Stiftung der Sozialdemokratie (SODEV)
SODEV Gençlik – SODEV Jugend
Tunceli Dernekleri Federasyonu – Föderation der Tuncelivereine (TUDEF)
Tuketici Dernekleri Federasyonu – Föderation der Verbrauchervereine
Vapurlarimi Vermiyorum Kampanyasi – Kampagne zum Erhalt der Fähren
Yeşil Adimlar Çevre Eğitim Derneği – Umweltbildungsverein Grüne Schritte

Politische Parteien, die unsere Kampagne unterstützen:

Demokratik Toplum Partisi – Demokratische Gesellschaftspartei (DTP)
Devrimci Sosyalist Işçi Partisi – Revolutionär Sozialistische Arbeiterpartei (DSIP)
Emekçi Hareket Partisi – Partei der Bewegung von Werktätigen (EHP)
Yeşiller Partisi – Grüne Partei

Zur aktuellen Situation im Baskenland, Euskal Herria

Otegi: Wir stellen die soziale und die nationale Frage gleichzeitig

Internationalismus-Gruppe ASKAPENA (bask: Befreiung)

Das Baskenland, Euskal Herria, umfasst ein Territorium von 20 000 qkm mit ca. 3 Mio. Einwohner/innen. Es besteht aus 7 Provinzen, drei unter Herrschaft der französischen Republik, vier besetzt vom spanischen Königreich, letztere außerdem geteilt in zwei verschiedene Verwaltungsbereiche: die Autonome Region Baskenland und die Region Navarra. Diese Teilungen verhindern eine angemessene Politik und Verwaltung des Territoriums und machen Lösungen für die sozialen und ökonomischen Probleme unmöglich. Die baskische Gemeinschaft hat als Volk oder Nation mit ihrer Sprache, ihrer Kultur und Geschichte eine eigene Identität. Tatsächlich gilt das baskische Volk als das älteste ursprüngliche Volk des alten Europa, das Jahrtausende von Völkerwanderungen und imperiale Besetzungen überdauert hat, mit einer Geschichte, die um Hunderte von Jahren über die Zeit hinausgeht, als die katholischen Könige im 15. Jh. das Königreich Kastilien gründeten (später Spanien genannt).

Nach 40 Jahren blutiger Diktatur unter General Franco haben fast alle im spanischen Staat tätigen Parteien aktiv dazu beigetragen, dass fundamentale demokratische Rechte, Rechtsstaatlichkeit und individuelle und kollektive Menschrechte mit Füßen getreten werden, sei es aus Eigeninteresse, aus Staatsräson, aus Angst oder aus fehlender Konsequenz gegenüber den eigenen Prinzipien.

Der sogenannte „demokratische Übergang“ vom Franquismus zur „spanischen Demokatie“ unter dem Mantel einer spanischen Monarchie ist ein Übergang, bei dem die faschistischen Kräfte nie die Kontrolle aus den Händen gegeben haben, auch wenn es manchmal oberflächlich den Anschein haben mag. Dagegen entlarven die Bemühungen des baskischen Volks für Freiheit und eine gerechte und dauerhafte Befriedung immer wieder die wirklichen Machtverhältnisse in diesem nachfranquistischen Staat. Nie wurden die franquistischen Kriminellen in den vergangenen 30 Jahren zur Rechenschaft gezogen, weder die Armee noch die Polizei, die Justiz oder die Wirtschaft, die ähnlich wie in Nazideutschland von Arbeits- und Konzentrationslagern profitierte. Auf wundersame Weise haben sich all diese Täter in Demokraten verwandelt, sie wie ihre Nachfolger verteidigen die demokratische spanische Verfassung so, wie sie vorher das diktatorische System und ihren Führer verteidigt haben. Keine der politischen Kräfte oder Parteien im spanischen Staat hat diesen scheinbaren „Übergang“ je in Frage gestellt, um sich den „demokratisierten Franquismus“ nicht zum Feind zu machen. Als Gegenleistung dürfen alle am politischen Spiel teilnehmen.

Die Konsequenzen dieser Unterwerfung sind für Demokratie und Menschenrechte fatal und werden immer deutlicher sichtbar: Verhindert wird ein wirklicher und notwendiger Übergang zu einer Demokratie, die elementarsten Rechte werden verletzt, jeder Weg zu einer Lösung des Konflikts, den Spanien und die französische Republik mit der baskischen Nation haben, wird verbaut. Beide Staaten anerkennen nicht einmal die Existenz der baskischen Nation. Stattdessen werden baskische Kommunikationsmedien geschlossen; JournalistInnen, die über Aktivitäten gegen die Illegalisierung von politischen Parteien berichten, werden angeklagt; jegliche politische Aktivität, die an Alternativen und einer würdigen Lösung für alle arbeitet, wird für illegal erklärt; das Versammlungsgesetz wird außer Kraft gesetzt; wer die Menschenrechte der politischen Gefangenen verteidigt und Folter anklagt, wird kriminalisiert; RechtsanwältInnen, Familienangehörige und Solidaritätsarbeit Leistende wurden eingesperrt, zuletzt im Sommer 2008 Angehörige der Amnestie-Bewegung, die zu bis zu 10 Jahren Haft verurteilt wurden. Jugendliche werden willkürlich verhaftet, gefoltert und wieder freigelassen, weil nichts gegen sie vorliegt außer ihrer politischen Haltung. Sie alle werden als „unbewaffnete Terroristen“ bezeichnet, damit wird jede zivile, demokratische Aktivität bestraft, die sich im Rahmen der Menschenrechte und der internationalen Gesetzgebung bewegt und die nach Konfliktregelungen sucht und konkrete Schritte vorschlägt. Lösungen für einen Konflikt, der schon viel zu lange andauert, der zu viel Leiden verursacht hat und der unter den Vorzeichen eines wirklichen demokratischen Übergangs und eines ernst gemeinten Dialogs durch politische Verhandlungen schon längst hätte gelöst werden können.

Im Baskenland, Euskal Herria, sind die Folgen dieser Haltung täglich zu sehen: So sehr auch die Medien kontrolliert werden; so hoch auch die Mauer der Informationssperre sein mag; so viele Zeitungen auch geschlossen werden, die andere Nachrichten verbreiten und deshalb wegen Unterstützung oder Mit-

gliedschaft in bewaffneten Gruppen verurteilt werden.

Dennoch kann diese Zerstörungs-Politik die Versuche nicht aufhalten, eine dauerhafte Konflikt-Regelung zu finden und gesellschaftliche, kulturelle, wirtschaftliche und gewerkschaftliche Alternativen zu entwickeln gegenüber dem im spanischen Staat vorherrschenden Einheitsdenken. So sehr die Repression als „demokratisch" verkleidet oder als neoliberale „Freiheit" daherkommt, der Weg führt zu einem totalitären Abgrund.

In Euskal Herria, diesem kleinen Fleck in Europa, entwickelt die baskische Gesellschaft seit Jahrzehnten Alternativen in allen gesellschaftlichen Bereichen, die sich mit dem herrschenden imperialistischen Spanien-Projekt nicht abfinden. Bei den Versuchen, diese Alternative zu unterbinden, zeigt der spanische Staat sein wahres Gesicht. Nach den Prozessen der letzten Jahre haben sowohl die VerteidigerInnen von baskischen Angeklagten wie auch internationale BeobachterInnen folgendes Fazit gezogen: „Es wird deutlich, dass hier nicht eine bewaffnete Organisation verfolgt wird, sondern ein ganzes gesellschaftspolitisches Spektrum." – „Das politische System in Spanien nimmt sogar in Kauf, den Anschein von demokratischen Spielregeln zu verlieren." – „Egal was in den gerichtlichen Anhörungen ans Tageslicht kommt, die Rolle der Verteidigung ist anekdotisch, die Urteile sind von Polizei und Guradia Civil bereits geschrieben". Alle Aktivitäten, die den Staat oder seine Legitimität infrage stellen, werden willkürlich als „terroristisch" interpretiert. „Die RechtsanwältInnen gewinnen die Prozesse und verlieren die Urteile." Der deutsche Anwalt Martin Poel, der die Sitzungen des 18/98-Prozesses verfolgte, fasste es zusammen: „Wir haben schon Prozesse ohne Beweise erlebt, das hier ist der erste Prozess ohne Delikt." Der spanische Staat instrumentalisiert seine Gerichtshöfe, sie sollen eine „ideologische und politische Justiz" ausüben. Dabei helfen spezielle Gesetze gegen die baskischen „Abtrünnigen", immer weitere politische Überzeugungen und Aktivitäten werden verfolgt. Diese Gesetze werden auch in anderen Bereichen ihre Anwendung finden, die sich als unbequem erweisen. Keine politische Partei mit überzeugenden Alternativen, keine Organisation, die Rechte von Minderheiten, gesellschaftlichen Randgruppen, ImmigrantInnen oder alternativer Kultur vertritt, wird davon verschont bleiben. Die europäischen Machtzentren begrüßen das spanische Beispiel und unterstützen das totalitäre Spiel. Das spanische Zwei-Parteien-System droht jeder Abweichung mit Vernichtung, dabei ist ihnen selbst klar, dass so kein Konflikt gelöst wird. Kollektive demokratische Ideen und Debatten über Identität, Kultur und politische



Kundgebung gegen Madrider Massenprozess, in dem gegen verschiedene zivile Organisationen der Abertzalen Linken verhandelt wird und mehr als 1 000 Jahre Haft gefordert werden; dabei geht es um keinen Anschlag, nicht einmal um Körperverletzung oder Sachbeschädigung.
Am 19. Dezember 2007 verurteilte die Audiencia Nacional 47 Personen im Prozess 18/98 zu einer Gesamtstrafe von 525 Jahren Gefängnis wegen ihrer Mitgliedschaft in verschiedenen politischen und sozialen Organisationen sowie in kulturellen Unternehmen, darunter auch eine Zeitung, mit der Behauptung, dass es eine Verbindung aller dieser Gruppen mit ETA gäbe. Dieses Urteil setzte zum ersten Mal das Motto „Alles ist ETA" um. Foto: ASKAPENA

Rechte, über eine gerechte Gesellschaft können nicht ausgelöscht werden. Eine der Folgen der repressiven Politik ist, dass momentan mehr als 750 politische Gefangene auf die Gefängnisse der gesamten französischen und spanischen Staatsgebiete verteilt inhaftiert sind. Doch diejenigen, die auf einer Konfliktregelung bestehen, auf der Grundlage des international anerkannten Selbstbestimmungsrechts, lassen deshalb nicht locker. Sie bestehen auf einen demokratischen Rahmen, in dem alle politischen Optionen gleichberechtigt vertreten werden können und in dem die Bevölkerung von Euskal Herria das Recht zur Entscheidung hat in allen Angelegenheiten, die sie betreffen, ohne äußere Einmischung. Eine vernünftige Konfliktlösung lässt sich zwar mit brachialer Repression verzögern, mit Strafen, Folter, schmutzigem Krieg durch Paramilitärs, Justiz – auf Kosten des Rechtsstaats, auf Kosten von Grundrechten, doch auf Dauer lässt sie sich nicht verhindern.

Ein Blick auf die Vorgehensweise der spanischen Regierung (mit Zapatero von der PSOE) bei den 2006 gescheiterten Befriedungsverhandlungen und auf die darauf folgende Repressionswelle lässt zwei Dinge klar werden: Erstens, eine fortgesetzte Verzögerung der Konfliktlösung kümmert die Regierung wenig, zweitens, im Gegenteil bildet diese Verzögerung einen Teil ihrer Strategie, um sich an der Macht zu halten, es ist ihre Art, einen Staat zu verteidigen, der längst alle Vernunft verloren hat. Abgesehen von kleinen Unterschieden im politischen Diskurs kann über die ultrakonservative Volkspartei (Opposition) dasselbe gesagt werden.

Bedeutende Teile des baskischen Volkes werden sich dadurch nicht entmutigen lassen. Während des Waffenstillstands und der Verhandlungen 2006, der von internationalen Organisationen und BeobachterInnen begleitet wurde, hat die Weltöffentlichkeit ein paar mehr Details über den Konflikt erfahren. Der spanischen Seite ist das gar nicht recht, denn ausnahmslos alle dieser BeobachterInnen werfen ihr schwere Fehler und Versäumnisse vor, vor allem, dass sie nach dem Ende des Dialogversuchs die Leute ins Gefängnis warf, mit denen sie gerade noch verhandelt hatte. Mit Hilfe der europäischen und der Weltöffentlichkeit steigt der Druck auf die spanische Seite, sich endlich zu bewegen. Darüber hinaus zählt die baskische Seite auf europäischer Ebene auf demokratische und linke Parteien, die eine wichtige Hilfestellung leisten können. Unter anderen die Linkspartei oder die Gruppe Friendship im *Europäischen Parlament*, die mehrfach das Baskenland und politische Gefangene besucht haben und die Regierung zu einer Neuaufnahme der Verhandlungen auffordern. Aus Anlass der spanischen Parlamentswahlen befand sich eine europäische Delegation aus ParlamentarierInnen und JournalistInnen zur Beobachtung im Baskenland und kam im Abschlussbericht zu einem vernichtenden Urteil, was politische Freiheiten und Menschenrechte betrifft.

Arnaldo Otegi, Sprecher der baskischen Linken, Mitglied der Verhandlungskommission, eingesperrt und mittlerweile wieder frei, stellte kürzlich in einem Interview fest, dass der spanische Staat derzeit seine Repression gegen die baskische Linke enorm verstärkt habe. Dieser Kurs Madrids sei auch darauf zurückzuführen, dass Spanien die Kraft der Unabhängigkeitsbewegung ernsthaft fürchte – und zwar deshalb, weil diese links steht und auf Sozialismus orientiert ist. Otegi schlägt für die Zukunft ein neues linkes Bündnis vor, dessen Initiative müsse von der linken Unabhängigkeitsbewegung ausgehen. Er verwies auf jüngste Beispiele wie Schottland und Grönland, wo im Sinne des Völkerrechts zumindest Volksabstimmungen stattfinden konnten. Im Übrigen hätten die Regierenden in der EU nirgendwo ein Problem mit einer Unabhängigkeits-Bewegung, unterstützten diese mancherorts gar – allerdings unter der Voraussetzung, dass das existierende Gesellschaftssystem nicht infrage gestellt werde. Das Baskenland passe nicht in deren Konzept: „Wir stellen die soziale und die nationale Frage gleichzeitig. Und wenn Du das System angreifst, wirst Du automatisch bekämpft.“ ♦



Großdemo Donostia/San Sebastián für die politischen Gefangenen, die bis zu 2 000 km von ihrer Heimat entfernt einsitzen Foto: ASKAPENA

Humanitäres Flüchtlingsrecht wird zu einem Mittel der politischen Repression

Widerrufsverfahren gegen Flüchtlinge aus der Türkei

Dirk Burczyk, wissenschaftlicher Mitarbeiter der MdB Ulla Jelpke, DIE LINKE.

Das deutsche Asylverfahrensrecht ist – nicht erst seit dem „Asylkompromiss“ von 1993 – darauf angelegt, Flüchtlinge nicht als solche anzuerkennen. Für diejenigen, die eine solche Anerkennung trotzdem erhalten, hat es noch eine „Überraschung“ parat: das Widerrufsverfahren.

Bei diesem Widerrufsverfahren wird geprüft, ob die Gründe, die einst zur Anerkennung des Asylbegehrens oder des Flüchtlingsstatus geführt haben, noch fortbestehen. Kommt das zuständige *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) zu der Ansicht, dass die Gründe nicht fortbestehen, wird der Asylstatus widerrufen. Damit geht auch eine Verschlechterung des Aufenthaltsstatus einher, denn Flüchtlinge sind gegenüber anderen „Ausländern“ privilegiert: Sie müssen nicht so lange auf den Erhalt einer Niederlassungserlaubnis warten, auch für die Einbürgerung verkürzt sich die Wartefrist. Vor allem müssen sie nicht selbst für ihren Unterhalt sorgen, der Bezug von Sozialleistungen ist kein Ausweisungsgrund. Diese „Privilegien“ fallen weg, wenn der Asyl- oder Flüchtlingsstatus widerrufen wird. Mit dem Widerruf von Asyl- oder Flüchtlingsstatus geht aber nicht automatisch der Verlust des Aufenthaltstitels einher, wie manchmal befürchtet wird.

Widerrufsverfahren als Beschäftigungsmaßnahme

In diesem Jahr ist die Zahl der Widerrufsverfahren so hoch wie nie zuvor. Das hat mit den Änderungen des Aufenthaltsgesetzes zu tun, die 2005 in Kraft getreten sind. Bis dahin gab es bereits die Möglichkeit, den Asyl- oder Flüchtlingsstatus zu widerrufen, aber es lag im Grunde im Ermessen der Behörden, ob sie eine entsprechende Prüfung vornehmen wollen. Meist wurde ein Widerrufsverfahren durchgeführt, wenn anerkannte Flüchtlinge ihren Aufenthaltsstatus verfestigen wollten oder die Einbürgerung beantragt haben.

Die alte Regelung wurde geändert, nun muss nach spätestens drei Jahren ein Widerrufsprüfverfahren eingeleitet werden. Zusätzlich hat der Gesetzgeber damals beschlossen, dass alle bis zum Jahr 2005 anerkannten Asylbewerber und Flüchtlinge bis zum Ende des Jahres 2008 überprüft werden sollen, die so genannten „Altfälle“. Da kaum noch Asylbewerber überhaupt die Bundesrepublik erreichen, sollte das zuständige *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* anscheinend auf diesem Wege ausgelastet werden.

Oberflächliche Prüfungen

Dabei war und ist eine Praxis zu beobachten, die Flüchtlingsorganisationen wie *pro asyl* auch bei den Asylverfahren immer wieder auffällt: Statt eine ordentliche inhaltliche Begründung zu liefern, werden einfach Textbausteine aneinandergereiht.

Im Fall der Flüchtlinge aus der Türkei hat das verhängnisvolle Folgen. Bei keiner anderen Flüchtlingsgruppe wurde in so vielen Fällen der Asyl- oder Flüchtlingsstatus widerrufen. Bei 5 377 Entscheidungen über einen Widerruf wurde in 1 302 Fällen das Asyl widerrufen, in 1 891 Fällen der Schutz nach der *Genfer Flüchtlingskonvention* (GFK) und in 46 Fällen der „subsidiäre Schutz“ (Abschiebeschutz). Das heißt: 60 % der Entscheidungen fielen gegen die Betroffenen aus. (Quelle: Antwort auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag, Drucksache 16/11141) Im Jahr zuvor wurde sogar in 84 % der Fälle der Schutzstatus widerrufen, 2006 sogar in 90 %.

Dabei haben die Entscheidungen des Bundesamtes vor Gericht selten Bestand. *pro asyl* untersuchte 90 Fälle, in denen Betroffene gegen die Entscheidung des *Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge* geklagt hatten – und fast immer recht bekamen. Nach Einschätzung der Flüchtlingshilfsorganisation gibt es eine politisch motivierte Weisung aus dem Bundesinnenministerium, den Asylstatus der ja vor allem kurdischen Flüchtlinge aus der Türkei zu widerrufen. Die Bundesregierung widerspricht solchen Vorwürfen selbstverständlich – doch nur allzu zahlreich waren in der letzten Zeit die Hinweise gesät, dass die Bundesrepublik die „sicherheitspolitische Zusammenarbeit“ mit der Türkei sucht. Als Stichpunkte seien nur das Verbot des kurdischen Senders ROJ TV und die Auslieferungsverfahren selbst gegen anerkannte kurdische Flüchtlinge genannt.

Deutscher Sonderweg

In EU-Europa ist die massenhafte Durchführung von Widerrufsverfahren gegen anerkannte Asylbewerber eine deutsche Besonderheit. Zwar kennen alle Nationen eine entsprechende Regelung, aber diese ist meist einfach aus der *Genfer Flüchtlingskonvention* (GFK) abgeschrieben. Auch dort heißt es in einem Artikel, dass die Flüchtlingseigenschaft endet, wenn die Gründe der Flucht weggefallen sind. Diese Regelung ist daher auch in den EU-Richtlinien

zum Flüchtlingsrecht enthalten – aber auch hier ohne Angaben dazu, ob überhaupt und wann ein solches Überprüfungsverfahren durchgeführt werden muss.

Dennoch verzichten alle anderen EU-Staaten darauf, alle Flüchtlinge in ihrem Land mit diesen Prüfverfahren zu überziehen. Nach einer Untersuchung des *Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages*, die dieser im Auftrag von Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE.) durchgeführt hat, kommt es in anderen EU-Staaten nur sehr vereinzelt oder nie zu Widerruf oder Rücknahme des Flüchtlingsstatus.

Widerruf des Asyls aus „Sicherheitsgründen“

Nach den Angaben der Bundesregierung haben 2005 und 2006 insgesamt 48 Personen kein Asyl oder Flüchtlingsschutz erhalten, weil sie im Verdacht standen, Mitglieder oder Unterstützer von terroristischen Gruppierungen zu sein. Im gleichen Zeitraum wurde in 41 Verfahren der Asyl- bzw. Flüchtlingsstatus mit der gleichen Begründung widerrufen (siehe Bundestagsdrucksache 16/6189). In beiden Konstellationen beruft sich das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* auf den § 60 Absatz 8 des Aufenthaltsgesetzes: Nicht als Flüchtling anzuerkennen ist ein Antragsteller demnach, wenn er „aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland anzusehen ist oder eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet.“ Kriterium für die „Gefahr“ ist die Verurteilung zu einer Haftstrafe von mindestens drei Jahren. Dieser Teil der Regelung zielt also gegen Flüchtlinge, die für die Bundesrepublik Deutschland eine „Gefahr“ darstellen. Darüber hinaus wird aber auch das Handeln des Flüchtlings im Herkunftsstaat betrachtet. Im § 3 des Asylverfahrensgesetzes ist geregelt, dass als „asylunwürdig“ gilt, wer Verbrechen gegen den Frieden oder gegen die Menschlichkeit begangen hat, eine schwere nichtpolitische Straftat begangen hat, oder „den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen zuwidergehandelt hat“.

Die Bundesregierung beruft sich dabei auf eine aus der *Genfer Flüchtlingskonvention* (GFK) übernommene Regelung, die Asyl für Kriegsverbrecher und Ähnliche ausschließen soll (Art. 1 F GFK). Diese Regelung wird so weit ausgelegt, dass bereits mutmaßliche Verstöße gegen UN-Resolutionen oder das alleinige Befürworten terroristischer Anschläge für einen Ausschluss vom Recht auf Asyl ausreichen sollen. Übrigens gegen die ausdrücklichen Auslegungsempfehlungen des *Hohen Kommissars für Flüchtlinge der Vereinten Nationen* (UNHCR): Das Kommissariat schlägt eine sehr restriktive Auslegung dieser Regelung vor, um in der Praxis den Ausschluss vom Asyl auf die wirklich krassen Fälle zu beschränken. Dies erklärt sich schon aus der Vorgeschichte dieser Regelung: Als nach dem Zweiten Weltkrieg die *Genfer Flüchtlingskonvention* geschaffen wurde, hatte man dabei nämlich zweierlei vor Augen: zum einen die vielen Menschen, die vor der Vernichtung durch die Nazis hätten gerettet werden können, wenn Nationen wie die USA und Großbritannien sie aufgenommen hätten. Andererseits sollte aber auch verhindert werden, dass sich die führenden deutschen Nazis und Kriegsverbrecher einer Strafverfolgung entziehen können, indem sie sich in einem anderen Staat auf eine drohende „Verfolgung“ beispielsweise durch die sowjetischen Besatzungskräfte und damit auf einen Flüchtlingsstatus berufen können. Nur in diesen besonders krassen Fällen von Menschenrechtsverletzungen sollte also eine „Schutzunwürdigkeit“ gelten.

Die deutsche Rechtslage geht aber genau in die andere Richtung und nimmt eine sehr weite Auslegung der völkerrechtlichen Regeln vor. Beim Widerruf des Asylstatus reicht es aus, wenn „Tatsachen die Annahme rechtfertigen“, dass die Betroffenen eine Gefahr für die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ oder die Sicherheit der Bundesrepublik sind. Hier wird eine Regelung aus der GFK so lange gebeugt, bis sie in den „ganzheitlichen Ansatz“ der „Terrorismusbekämpfung“ aus dem Hause Schäuble passt. Wenig überraschendes Ergebnis ist, dass in den meisten Fällen türkische Staatsangehörige von diesem „sicherheitspolitischen“ Ausschluss aus dem Asylstatus betroffen sind. Nach vertraulichen Informationen aus dem *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) handelt es sich zumeist um (ehemalige) Kämpfer der PKK, hinzu kommen Mitglieder der iranischen *Volksmujaheddin* (MEK). Besonders brisant ist daran, dass das BAMF ja meist genau durch das Asylverfahren Kenntnis von der Mitgliedschaft in den genannten Organisationen hat, also die Gründe, die zur Anerkennung des Asylstatus geführt haben, nun zu seinem Widerruf führen. Jedenfalls hat dieses Vorgehen von Sicherheitsbehörden und BAMF nichts mit dem angeblichen „Kampf gegen den internationalen islamistischen Terrorismus“ zu tun, der regelmäßig als Begründung herhalten muss. Eine Regelung aus dem humanitären Flüchtlingsrecht wird so zu einem Mittel der politischen Repression gegen unliebsame Flüchtlinge. ♦



Paragraf 129, 129a, 129b ...

Gerade der 129b passt in den weltweiten Anti-Terror-Kampf

Interview mit Heinz-Jürgen Schneider, Rechtsanwalt und Vorstandsmitglied von MAF-DAD

Seit März 2008 läuft in Stuttgart ein § 129b-Prozess gegen fünf Angeklagte, denen „Mitgliedschaft in einer ausländischen terroristischen Vereinigung" vorgeworfen wird. Zunächst einmal: Was ist konkret eigentlich der deutsche Strafrechtsparagraf 129b, gegen wen wird er benutzt, mit welchem Ziel?

Seit Jahrzehnten gibt es den §129a. Er ist berüchtigt als die zentrale Norm bei der Kriminalisierung systemoppositioneller Bewegungen. Er ermöglicht Durchsuchungen, Telekommunikationsüberwachung oder die erleichterte Verhängung von Untersuchungshaft wegen Mitgliedschaft oder Unterstützung einer „terroristischen Vereinigung", die es in Deutschland geben soll. Eines von vielen Verfahren betraf 2007 Gegner des G8-Gipfeltreffens in Heiligendamm. Es gab medial groß herausgestellte Razzien, 2008 wurden die Verfahren dann aber eingestellt.

Im August 2002 hat dieser Paragraf einen bösen Zwillingsbruder bekommen als Beitrag dieses Landes zum „internationalen Kampf gegen den Terror". Das Zustandekommen beruht auf einer EU-Richtlinie, der 11. September sorgte für schnellen Vollzug.

§ 129b erweitert die Verfolgungspraxis jetzt auch auf angebliche Terrorvereinigungen, die es nur in Staaten außerhalb der BRD und der EU gibt – in der Türkei, Palästina, Lateinamerika, es gibt keine Grenzen mehr. Die juristische Kampfzone des politischen Strafrechts ist erweitert.

Insgesamt gibt es damit drei Strafvorschriften in der BRD gegen Organisationen. Hinzu kommt noch der § 129 (kriminelle Vereinigung). Er wird u. a. zur Kriminalisierung der PKK verwandt oder der jetzt in Berlin angeklagten Gruppe „mg".



Heinz-Jürgen Schneider Foto: Annett Bender

Seit Inkrafttreten des 129b gab es über 160 Ermittlungsverfahren nach dieser neueren Vorschrift. Aus der 129a-Praxis ist bekannt, dass es sich um einen „Ausforschungsparagrafen" handelt. Die Sicherheitsorgane bedienen sich der Telekommunikationsüberwachung, es gibt Durchsuchungen und Observierungen. Rund 90 Prozent der Ermittlungen verlaufen aber im Sande und werden ohne Prozess eingestellt. Beobachten, Verunsichern und Zersetzen ist die Hauptfunktion. Wobei bei den verbleibenden zehn Prozent der Fälle natürlich Verfahren mit langer Untersuchungshaft und hohen Gefängnisstrafen herauskommen können.

Sechs Jahre 129b-Erfahrungen zeigen ein vergleichbares Bild. Es gab bisher nur knapp zehn Verurteilungen. Ermittlungsverfahren und Urteile erfolgten fast ausschließlich mit „islamistischem" Hintergrund. Einmal ging es um die baskische ETA und im schon angesprochenen Stuttgarter Verfahren wird Mitgliedschaft in der türkischen DHKP-C vorgeworfen.

Was wird den Beschuldigten in den Verfahren denn vorgeworfen, was sollen sie in Deutschland gemacht haben?

Das geht von Überweisungen von legal oder illegal verschafftem Geld ins Ausland bis zu dem Vorwurf der Verbreitung von Propaganda im Internet.

In der umfangreichen Anklage im DHKP-C-Prozess sollen die Angeklagten hohe Funktionäre der europäischen „Rückfront" sein, die der „Terrorfront" in der Türkei Waffen, Geld oder Logistik verschafft haben.

Alle fünf Angeklagten leben seit Jahren legal in Deutschland. In der Anklage werden ihnen auch „Vorwürfe" gemacht wie Vereinsgründungen, Demonstrationsanmeldungen, politische Bildungsversammlungen, Herausgabe einer Zeitschrift oder Kulturaktivitäten – also alles legale Grundrechtswahrnehmungen. „Terroristisch" werden sie durch das Konstrukt „Rückfront".

In einem anderen Verfahren gab es eine Verurteilung, weil der Angeklagte Al-Quaida-Veröffentlichungen auf seine Internetseite gestellt hatte. Bekannt ist auch der Fall, dass eine deutsche Journalistin als eine Art „Pressesprecherin" der DHKP-C kriminalisiert wird.

Woher bekommen die Ermittler in der BRD ihre Informationen?

Kurz gesagt: Natürlich führt das *Bundeskriminalamt* (BKA) auch in Deutschland umfangreiche Operationen durch – das volle Programm u. a. mit Überwachung und der Erstellung von Bewegungsbildern wie schon geschildert.

Eine wichtige Rolle hat aber auch die internationale Kooperation mit Polizeibehörden, Geheimdiensten und Staatsanwaltschaften anderer Länder.

Im Stuttgarter Prozess spielt etwa die Auswertung von beschlagnahmten Materialien aus Durchsuchungen in Holland und Belgien eine Rolle.

Auch wurde im Laufe der Beweisaufnahme bekannt, dass es seit Jahren eine Zusammenarbeit von BKA und *Bundesanwaltschaft* (BAW) mit der *Generalsicherheitsdirektion* in Ankara und der türkischen Justiz gibt. Im Wege der sog. Rechtshilfe sind ordnerweise Urteile, Verhörprotokolle oder Fotos aus der Türkei nach Deutschland geliefert worden. Die BAW will sie zur Grundlage einer Verurteilung machen.

Für die Verteidigung ist demgegenüber klar, dass Materialien aus Folterstaaten unverwertbar sind und in einem deutschen Gerichtssaal nichts zu suchen haben. Einem als Zeugen geladenen türkischen Anti-Terror-Polizisten konnte nachgewiesen werden, dass gegen ihn zwei Anklagen wegen Folter im Amt anhängig sind. Seine Vernehmung wurde daraufhin nicht fortgesetzt. Die BAW hat der Türkei eine verbesserte Menschenrechtslage attestiert und will nur im Einzelfall prüfen, ob Folter vorgelegen hat.

Das absolute Heraushalten von Folterbeweisen bleibt natürlich in den § 129b-Verfahren von großer Wichtigkeit. Für die Türkei kann man auch Pakistan, Syrien oder beliebige andere Länder einsetzen, in denen Menschenrechte systematisch verletzt werden und die potentielle Kooperationspartner deutscher Behörden werden könnten oder im Fall des Libanon schon sind.

Die *Bundesanwaltschaft* als oberste Anklagebehörde hat sich in einem Vortrag ihres Abteilungsleiters Terrorismus, Bundesanwalt Griesbaum, auf dem *67. Deutschen Juristentag* zwar zur Unverwertbarkeit von durch Folter erlangten Beweismitteln bekannt. Diese rechtsstaatliche Selbstverständlichkeit aber auch dadurch relativiert, dass er davon sprach, nicht alle „Früchte vom verbotenen Baum“ dürften – unter bestimmten Umständen – ungenutzt bleiben.

Die Folterfrage ist also von großer Bedeutung.

Dies gilt auch für die diversen „Terrorlisten“ etwa der EU. Das System der Listung kommt einem juristischen Todesurteil gleich, ohne dass Urteile gegen die Aufnahme in die Listen wie sie etwa von KADEK/Kongra-Gel erreicht wurden, bisher Auswirkungen hatten.

Wird nicht auch das Asylrecht weiter ausgehöhlt, wenn Aussagen im Asylverfahren später im Strafverfahren verwendet werden können?

Ja. Die Gefahr besteht doppelt. Zum einen kann aus den Asylakten auf eine frühere Mitgliedschaft in einer Organisation geschlossen werden. Zum anderen kann eine Verurteilung zur Aberkennung des Asylstatus und einer drohenden Abschiebung führen.

Noch mal zurück zum Prozess vor dem Oberlandesgericht Stuttgart. Was ist seine Bedeutung, wo steht er, wann ist er beendet?

Ein Ende ist jetzt – Ende November – nach über 50 Verhandlungstagen nicht absehbar.

In Staatsschutzkreisen spricht man von einem „Pilotverfahren“. Erstmals geht es um eine sich revolutionär und nicht islamistisch verstehende Organisation. Und Mitte November hat es weitere Festnahmen gegeben. Die dortigen Haftbefehle ähneln der Anklage und müssen nicht die letzten sein.

Hinzu kommt noch, was absurd und wenig glaubhaft anmutet. Hauptbelastungszeuge für einen angeblichen Waffentransport ist ein psychisch kranker Doppelagent.

Diese Person wurde durch Geld und ideologische Nähe vom türkischen Geheimdienst MIT angeworben und an die DHKP-C herangeführt. Wegen dieser nachrichtendienstlichen Agententätigkeit in der BRD ist er vom OLG Koblenz rechtskräftig verurteilt worden, allerdings zu einer milden Bewährungsstrafe, um als eine Art Kronzeuge zur Verfügung zu stehen. Auch eine Tätigkeit für den Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz ist belegt. Der Zeuge streitet diese Geheimdienstarbeit aber vehement ab.

Auch seine psychische Erkrankung ist durch ein Gutachten bekannt.. Er hat dem Sachverständigen u. a. angegeben, die Angeklagten würden ihm als „Djins“ (Geister) erscheinen. Ein „Obergeist“ habe ihm befohlen, einen der Angeklagten zu töten. Als Zeuge beleidigte er die Angeklagten schwer, bezeichnete sie als seine „Feinde“ und seinen Beruf als „Krieger“. Auf dieses Beweismittel ein Urteil zu stützen, erscheint eigentlich ausgeschlossen.

Andere Umstände des Verfahrens im Stammheimer Prozessbunker sind wie in vielen anderen politischen Prozessen an diesem Ort: Eine über zweijährige Untersuchungshaft unter strengen Sicherheitsbedingungen und mehrere Angeklagte, die erkrankt sind und nicht aus der Haft entlassen werden. So Mustafa Atalay, der herzkrank ist und Bypässe erhalten hat und durch seine lange Haft und Folter in der Türkei an einem Posttraumatischen Belastungssyndrom leidet.

Wie bewertest Du die weitere Perspektive des § 129b ?

Den § 129a gibt es seit über 30 Jahren. Und den 129b nun auch schon über sechs. Sie sind zentrale Vorschriften für die deutschen Sicherheitsbehörden. Aufgehoben werden sie sicherlich nicht. Gerade der 129b passt auch in den weltweiten Anti-Terror-Kampf, der mit dem Präsidentenwechsel in den USA kosmetische Änderungen wie die Schließung der Camps auf Guantanamo erfahren wird, aber keine substantiellen Änderungen.

Natürlich gibt es auch die Forderung nach Streichung dieser Paragrafen. Sie ist richtig, es gab dazu Demos und Aktionen. Sie durchzusetzen verlangt einen langen Atem. ♦

Die 16. *Hüseyin-Çelebi-Literaturpreise* wurden vergeben

Einem Andenken gerecht werden …

Zine Cudi

Im November jährte sich das PKK-Verbot in Deutschland nun schon zum 15. Mal. Und obwohl Hüseyin Çelebi zum Zeitpunkt des Verbots schon gefallen war, ist seine Person doch von der Phase, die zum Verbot führte, nicht wegzudenken. Als der jüngste von zwanzig Angeklagten im größten und aufwendigsten politischen Prozess Deutschlands war er zugleich auch der politisch Unerfahrenste, zu jenem Zeitpunkt erst 21-jährig ist es aber Hüseyin gewesen, der den Dialog zwischen den unter totaler Isolation gehaltenen kurdischen politischen Gefangenen sicherte, der seine Genossen über die politischen Entwicklungen per Brief informierte und somit eine tragende Rolle im Widerstand in den Isolationszellen und während des Prozesses spielte. Hüseyin war in Deutschland zur Welt gekommen und aufgewachsen. Hier fand seine Sozialisation statt, aber auch seine Politisierung. Er war sich sehr gut bewusst über das deutsche Staatssystem und dessen Politik. Zugleich war er auch Teil einer kurdischen Widerstandstradition. Vielleicht lag seine politische Stärke auch darin, dass er es stets schaffte, den Zusammenhang zwischen dem Lokalen und Globalen herzustellen. Für ihn war klar, dass ein Revolutionär immer und überall Revolutionär sein muss. Und Hüseyin war ein Revolutionär, ein wahrer Revolutionär.

Eben dies macht es so schwer, seinen viel zu frühen Tod zu akzeptieren. Erst 25-jährig ist er im Oktober 1992 während des „Südkriegs“ der Türkei mit Unterstützung der KDP und PUK gegen die kurdische Guerilla gefallen. Zurückgelassen aus dieser Zeit hat er uns vor allem Gedichte, in denen deutlich wird, wie glücklich er doch in seinem letzten Lebensabschnitt gewesen ist. Dieses Gefühl mag vom Bewusstsein rühren, ein bedeutungsvolles Leben zu führen. Ein Leben mit dem Ziel, die Welt zu verändern. Ein Ziel, was allzu oft als utopisch abgestempelt wird von einem System, dessen Hauptaufgabe es ist, den Menschen seiner Träume zu berauben. Eben aus diesem Grund sind die Menschen, die ihre Freiheitsutopien nicht verloren haben, vielleicht auch die glücklichsten Menschen. Daran können auch Isolationszellen oder Glaskästen in deutschen Knästen und Gerichtssälen nichts ändern.

Hüseyin gehörte 1991 zu den Gründern des *Verbands der Studierenden aus Kurdistan e.V.*, YXK, deren vorrangiges Ziel es ist, eine Gegenöffentlichkeit zum schmutzigen Krieg in Kurdistan aufzubauen. Und so ist es auch nicht verwunderlich, dass der YXK Hüseyin Çelebi nach seinem Tod zum Ehrenvorsitzenden gewählt hat. Während die Wahl zum Ehrenvorsitzenden jedoch eher symbolischen Gehalt misst, so sollte das Andenken an das Leben und den Kampf von Hüseyin doch auch auf praktische Weise lebendig gehalten werden. Die Entscheidung fiel dabei auf einen Literaturwettbewerb in kurdischer und türkischer Sprache. Kurdisch und Türkisch, weil Hüseyin mütterlicherseits Türkisch war und auf diese Weise auch eine Brücke zwischen Kurden und Türken aufgetan werden sollte. Kurdisch vor allem auch, um die Menschen dazu anzuregen, ihre Gefühle und Gedanken in ihrer eigenen Sprache, einer verbotenen Sprache, auszudrücken und somit einen Beitrag zur Entwicklung der kurdischen Literatur zu leisten.

Was 1993 mit einer Handvoll Gedichten und Erzählungen begann, entwickelte sich mit der Zeit zu der qualitativ und quantitativ wichtigsten kurdischen Literaturveranstaltung. Mittlerweile nehmen jedes Jahr Hunderte aus Kurdistan, der Türkei – vor allem aus den dortigen Gefängnissen – und Europa an diesem ausschließlich von Studierenden veranstalteten Wettbewerb teil.

Im November 2008 fand in Frankfurt die nunmehr 16. Preisverleihung des *Hüseyin-Çelebi-Literaturpreises* statt. Wie in jedem Jahr war das Programm der Veranstaltung in zwei Blöcken aufgebaut. Zunächst wurden in Foren Diskussionen zu kurdischer und linker Literatur geführt. Im Anschluss fand das Bühnenprogramm mit den musikalischen Beiträgen, Gedichtlesungen und der Preisverleihung statt. Neu war in diesem Jahr die Ehmedi-Xani-Ecke, in der das Leben und Werk des kurdischen Dichters Ehmedi Xani vorgestellt wurde. Der YXK hat vor, von nun an auf jeder Veranstaltung Leben und Werk eines Dichters oder Schriftstellers der klassischen Literatur zu präsentieren, um somit das Augenmerk der jüngeren kurdischen Generation auf diese Dichter zu lenken.

Auf der Preisverleihung anwesend war auch Hüseyins Mutter, die uns alle mit ihrer Ansprache zu Tränen gerührt hat. Fehime Çelebi machte mit knappen Worten deutlich, was unser aller Sehnsucht ist: ein Leben in Freiheit und Frieden. Fehime Çelebi ist keine Politikerin oder Aktivistin. Sie ist Mutter. Sie stammt aus dem Schwarzmeergebiet. Wenn sie als Mutter Wut darüber empfindet, dass ihr Sohn, den sie neun Monate lang in ihrem Bauch getragen hat, sich dem kurdischen Befreiungskampf angeschlossen hat und 25jährig gefallen ist, dann könnte man das nach-

vollziehen. Aber das ist bei Fehime Çelebi nicht der Fall. Ihr geht es vor allem darum, dass auch die heutige Generation kurdischer Jugendlicher den Kampf von Hüseyin versteht und dementsprechend weiterführt.

In diesem Zusammenhang bedarf es einer Selbstkritik des *Verbands der Studierenden aus Kurdistan*. Hüseyin Çelebi wurde auf dem 2. Kongress des YXK zum Ehrenvorsitzenden gewählt, weil er aus Sicht der kurdischen Studierendenschaft in Deutschland ein Beispiel darstellte. Hüseyin Çelebi hat unermüdlich für Freiheit, Frieden und ein selbstbestimmtes Leben gekämpft. Dabei ist er stets in der Lage gewesen, Verknüpfungen zwischen den verschiedenen sozialistischen Organisationen und Befreiungsbewegungen weltweit herzustellen. Internationalismus ist Teil seines Charakters gewesen, Metropolenchauvinismus aber hat er abgelehnt.

Während wir seit 16 Jahren die *Hüseyin-Çelebi-Literaturpreise* vergeben und auf diese Weise sein Andenken lebendig halten, haben wir es bis zum heutigen Tag nicht geschafft, Hüseyin Çelebi als Mensch und Kämpfer einer breiten Öffentlichkeit näherzubringen. Zwar gibt es Texte und Dokumentationen über Leben und Kampf von Hüseyin. Aber ein Werk, in dem seine gesamte Lebenslaufbahn berücksichtigt und sein Kampf gewürdigt wird, gibt es auch 16 Jahre nach seinem Tod noch nicht.

Aus diesem Grund wird der *Verband der Studierenden aus Kurdistan* diese Aufgabe nun antreten. Dabei ist von Bedeutung, dass dieses Werk Hüseyins Leben wirklich gerecht wird. Uns geht es darum, eine Art Versprechen, dass wir vor 16 Jahren gegeben haben, endlich einzulösen. Hierbei werden wir Hilfe benötigen. Wir hoffen, dass diejenigen, die das Glück hatten, Hüseyin persönlich gekannt zu haben, uns bei dieser schwierigen Aufgabe unterstützen werden. ♦

Wir trauern um Hıdır Çelik

Am 7. Dezember 2008 kam der kurdische Musiker Hıdır Çelik bei einem Autounfall in der Nähe von Liège in Belgien bei einem Autounfall ums Leben. Hıdır befand sich mit fünf weiteren Freundinnen und Freunden auf der Fahrt von Deutschland nach Brüssel, um dort bei einer Feier aus Anlass des 30-jährigen Bestehens der PKK aufzutreten. Sosin, Zozan, Amed, Türkan und Nevzat überlebten den Unfall schwer verletzt.



Der Leichnam von Hıdır Çelik wurde zunächst nach Köln gebracht, wo im kurdischen Verein *Mala Kurda* eine Trauerfeier gehalten wurde. Hıdır hatte im Verein Gitarrenunterricht gegeben; seine Schülerinnen und Schüler gestalteten im Gedenken einen Tisch mit Fotos und Gedichten von ihm. Am darauffolgenden Tag wurde sein Leichnam in seinen Geburtsort nach Sivas überführt, wo auch seine Familie lebt. Auf diesem letzten Weg begleiteten ihn Mitglieder aus seiner Musikgruppe „Venge Sodiri“.

Wer war Hıdır Çelik?

Hıdır Çelik wurde in Sivas im Kreis Zara geboren. Seit 1995 war er Musiker, studierte an einer Musikschule und unterrichtete selbst zehn Jahre lang im *Mesopotamischen Kulturzentrum* (NÇM) in Istanbul. Weiterhin veröffentlichte er „Stranên Kurdi“, einen Sammelband kurdischer Lieder, und einen Gedichtband. 1997 gehörte er zu den Mitbegründern der Musikgruppe „Venge Sodiri“, die überwiegend auf Zaza singt. Nachdem er Istanbul verlassen musste, kam er nach Köln.

Die KCK veröffentlichte eine Erklärung, in der sie „seiner Familie und unserem Volk“ ihr Beileid aussprach: „Künstler in Kurdistan zu sein bedeutet, den kurdischen Widerstands- und Kampfgeist weiterzuentwickeln und aufrechtzuhalten. Auch Hıdır Çelik hat in seinem Künstlerleben in diesem Sinne wichtige Beiträge geleistet. Ihn im produktivsten Alter zu verlieren, bedeutet einen großen Verlust für die Musik Kurdistans. Wir sind davon überzeugt, dass andere junge Menschen seinen Weg fortsetzen werden.“

Gedenkveranstaltung im NÇM in Istanbul

Im *Mesopotamischen Kulturzentrum* (NÇM) in Istanbul fand zeitgleich zum Gedenken in Köln eine Gedenkveranstaltung statt. In Anwesenheit der DTP-Abgeordneten Sebahat Tuncel, weiterer DTP-Parteiratsmitglieder, den NÇM-MitarbeiterInnen und den SchülerInnen von Hıdır Çelik wurde nach einer Schweigeminute für alle verstorbenen kurdischen Künstlerinnen und Künstler ein kurzer Filmbeitrag über Hıdır gezeigt. Danach hielt Genim von der Musikgruppe *Koma Çiya*, der selbst 13 Jahre mit ihm zusammengearbeitet hat, eine Ansprache, in der er ausführte, dass er mit seiner Haltung, seiner Arbeit und den Schülerinnen und Schülern, die er ausgebildet habe, ein Künstler sei, dessen Platz für immer unausgefüllt bleibe. „Im Gedenken an ihn werden wir seine Arbeit fortsetzen.“ ♦

Sosani:

„Dort, wo das Leben der Kunst endet, endet auch meines“

Anja Flach

Sosani kommt aus Nofelya Dorisch einem yezidischen Dorf bei Hesiça (AI-Hasaka) im „kleinen Süden“, wie die KurdInnen den syrischen Teil Kurdistans nennen. Er wurde 1978 geboren. In seiner Familie gibt es zahlreiche Künstler, so dass er mit Kunst groß geworden ist und schon als kleines Kind viel malte. Während der Schulzeit besuchte er das *Zentrum für bildende Kunst und Gestaltung* in Hesiça, aus dem viele kurdische Künstler hervorgehen.

Nach dem Abitur studierte Sosani Kunst an der Künstlerfakultät der Universität Damaskus. „Während des Studiums wurde ich immer wieder von der Baath-Partei drangsaliert, allein schon wegen meines kurdischen Nachnamens. Auch die Professoren wurden eingeschüchtert. Obwohl es in Syrien viele kurdische Künstler gibt, wurden sie verleugnet, als Araber dargestellt“, so Sosani.

Im Kriegsmuseum Damaskus hatte Sosani ein Atelier im Hof, in dem es zahlreiche Galerien und traditionelle Kunstgewerbe gibt. Dort konnte er Bilder an Reisende verkaufen und so seinen Lebensunterhalt mit der Kunst bestreiten.

Mit einer Gruppe kurdischer Studenten organisierte er Ausstellungen. Sie veröffentlichten ihre Bilder in den kurdischen Zeitschriften *Rastî*, *Pirs*, *Aso* und *Hiwar*, die illegal erscheinen mussten, da sie sich mit kurdischer Kunst und Kultur befassten. Es kam immer wieder zu Verhaftungen, so wurde die Gruppe 1998 wegen der Herausgabe von *Rastî* festgenommen. „Einen Monat lang wurden wir gefoltert, dann wurden wir gezwungen zu unterschreiben, dass wir nie wieder kurdische Zeitungen veröffentlichen.“

Ausstellungen kurdischer Künstler mussten im Geheimen, in den Kellern kurdischer Privathäuser stattfinden, in den überwiegend von KurdInnen bewohnten Stadtteilen Ruknedin und Zorava. „Einmal besuchte auch Abdullah Öcalan heimlich nachts eine unserer Ausstellungen in Ruknedin. Das Geld, das wir mit den Bilder einnahmen, spendeten wir für die Ausbildungsstätte der Guerilla.“

Zweimal wurden Ausstellungen vom syrischen Geheimdienst zerstört, u. a. 1998 und 1997, da die KünstlerInnen der kurdischen Bewegung nahe standen. „Obwohl wir große Angst hatten, dass unsere Bilder zerstört werden, haben wir weiter Ausstellungen und Lesungen organisiert. Wir waren eine Gruppe von etwa 50 jungen Leuten, überwiegend StudentInnen, bei jeder Aktion kamen viele Leute, in kurdischer Kleidung, kurdische Musik wurde gespielt, jede Ausstellung war wie ein Fest.“



Sosani Foto: Anja Flach

Im offiziellen Rahmen jedoch war es nicht möglich, Bilder mit kurdischen Titeln auszustellen. „Der Rassismus in Syrien und Irak, vom Baathregime regiert, lehnt die kurdische Kultur vollkommen ab. Wenn wir auf Ausstellungen kurdische Musik gespielt haben, KurdInnen in traditioneller Kleidung dort waren, kam kein Publikum."

2000 verließ Sosani aufgrund dieser Probleme Damaskus, in Hesiçe wollte er als Kunstlehrer im Zentrum für bildende Kunst und Gestaltung arbeiten. Aber aufgrund seiner Haftstrafe in Damaskus wurde er nicht eingestellt. Er bereitete daher erneut eine Ausstellung in einem kurdischen Kulturzentrum in Hesiçe vor, die gut besucht wurde. Die Ausstellung wurde mit der kurdischen Hymne „Ey raqib" eröffnet. „Die Leute waren sehr begeistert, dann kam der Geheimdienst und ich wurde erneut verhaftet. Sie haben uns beschimpft und nahmen einige Bilder mit. Ich blieb erneut etwa zwei Monate in Hesiçe in Haft unter miserablen Bedingungen."

Sosani wurde erneut gezwungen zu unterschreiben, dass er keine kurdischen Aktionen mehr machen werde. Einen Monat nach seiner Entlassung verließ er das Land.

Die Botschaften der abstrakten Bilder von Sosani, alle in Öl auf Leinwand, bleiben europäischen Augen teilweise verborgen. Die Farben und Techniken der in Kurdistan entstandenen Bilder erinnern an Wüstenwanderungen. „Thematisch beschreibe ich mit meinen Bildern Kurdistan, die Farben, den Himmel, die Sonne, die Erde und die Berge. Sie handeln aber auch von den Gesellschaftsstrukturen in Kurdistan, die den Frauen keine Freiheit zugestehen, den Kindern, die in Armut und Entbehrung groß werden. Aber auch vom Aufstand und der Organisierung der Unterdrückten, der Befreiung Kurdistans, gegen die Unterdrückung der Völker. Mit meinen Bildern kämpfe ich für Kurdistan. Ich fühle mich mit meinen Wurzeln verbunden, und möchte mit meinem Reichtum an inneren Bildern meine Kultur nahebringen."

Sosanis Bilder reflektieren persönliche Erfahrungen, Erlebnisse aus dem Alltag. Während des zügigen Malprozesses lässt er diese mal bewusst, mal unbewusst einfließen. Während die Bilder, die in Kurdistan entstanden sind, erdfarben sind, sind die in Europa entstandenen Bilder farblich viel kräftiger, noch abstrakter.

Die Künstler aus Hesiçe sind alle von dem international bekannten Künstler Malva, der auch aus Hesiçe stammt und seit 1978 in Wien lebt, beeinflusst. Wer sich in Hesiçe mit Kunst befasst, stößt unausweichlich auf Malva. „In Syrien hatte man kaum Möglichkeiten, die Bilder internationaler Künstler zu sehen, allenfalls auf Photos. Die neuen Möglichkeiten haben meine Bilder natürlich beeinflusst. Ein Künstler muss immer in Bewegung bleiben und überall Eindrücke mitnehmen."



Foto: www.sosani.de

Europa verbietet den kurdischen Künstlern nicht ihre Identität, Sosani kann hier ungestraft kurdische und politische Thematiken behandeln, aber es ist nicht so leicht, Zugang zur Kunstwelt zu finden, die hier eher vom Kunstmarkt bestimmt wird als von gesellschaftlicher Auseinandersetzung. Während im kleinen Süden und in Syrien die Begeisterung für Kunst und Kultur nach wie vor sehr groß ist, ist die Resonanz hier in Europa eher gering. „Die Menschen sind hier so mit ihrer Alltagsorganisation beschäftigt, dass sie der Kunst wenig Raum lassen", so Sosani.

Sosanis Familie und Freunde sind über die ganze Welt verstreut, wie es das Schicksal vieler KurdInnen ist, so plant er, seine Bilder und ihre Botschaft in viele Länder zu tragen und dort neue Eindrücke für seine Kunst zu finden.

Mehr über Sosanis Kunst ist auf seiner Webseite zu erfahren: www.sosani.de ♦

Belgien:
KNK - Kurdistan National Kongress | Zentrale
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 30 84
E-mail: knk@kongrakurdistan.com

Belgien:
KON-KURD
41 Rue Jean Stas
1060 Brüssel
Tel: (32) 2 647 99 53
E-mail: info@kon-kurd.org

Deutschland:
Ceni - Kurdisches Frauenbüro für Frieden e.V.
Corneliusstr. 125
40215 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 5989251
E-mail: ceni_frauen@gmx.de

Deutschland:
YEK-KOM
Graf-Adolf-Str. 70a
40210 Düsseldorf
Tel: (49) 211 - 17 11 452
E-mail: yekkom@gmx.net
http://www.yekkom.com/

Österreich:
FEY-KOM
Siebenbrunnengasse 27
1050 Wien
Tel: (43) 1 - 9209082
E-mail: feykom@chello.at

Italien:
Ufficio d´Informazione del Kurdistan in Italia
UIKI-Onlus
Via Gregorio VII 278, int. 18
00165 Roma
Tel: (39) 06 - 636892
E-mail: uiki.onlus@fastwebnet.it

Niederlande:
FED-KOM
Sloterkade 10
1058 HD Amsterdam NL
Tel: (31) 20 - 61 41 816
E-mail: kicadam@xs4all.nl

Dänemark:
FEY-KURD
Victoriagade 16 c, 2 Sal
1655 Kobenhavn
Tel: (45) 33 - 22 89 98
E-mail: feykurd@mail.dk

Australien:
Australian Kurdish Association Inc.
93 Main Street
Blacktown 2148 Sydney
Tel: (61) 2 - 96 76 72 45

Zypern:
Kypriaki Epitropi Allileggyis sto Kourdistan
Tach. Thyr. 25607
1311 Lefkosia / Kypros
Tel: (357) 2 - 37 42 16
E-mail: ernk-ky@logos.cy.net

Russländische Föderation:
Mala Kurda
ul. Vilgelma Pika, d. 4/A
129 226 Moskva
Tel./Fax: (70) 95 - 18 71 200
E-mail: kurdistan_komite@yahoo.com

Frankreich:
Centre d'Information du Kurdistan
147 Rue Lafayette; 75010 Paris
Tel: 0(033) 1 42 81 22 71
E-mail: knkparis@wanadoo.fr

Schweiz:
KURD-CHR
15 rues des Savoises
1205 Genevre
Tel: (41) 22 32 81 984
E-mail: kurd-chr@freesurf.ch

- Bestellschein -

Hiermit bestelle ich den Kurdistan Report für sechs Ausgaben. Wenn ich den Kurdistan Report nicht mit der vorletzten Ausgabe kündige, verlängert sich das Abonnement um ein weiteres Jahr.
Das Abonnement kostet für sechs Ausgaben 15,– Euro plus Portokosten. Die Bezahlung erfolgt per Rechnung.

Den Bestellschein bitte senden an:
Kurdistan Report
c/o ISKU
Schanzenstraße 117
20357 Hamburg
oder einfach eine
E-Mail an:
k.report@gmx.de

Ich bestellen den Kurdistan Report an folgende Adresse:

Name

Vorname

Straße

PLZ/Wohnort

Tel./Fax

E-Mail

Datum und Unterschift





Sosani – dîlana jinan | 2005

ISSN 0935-5375